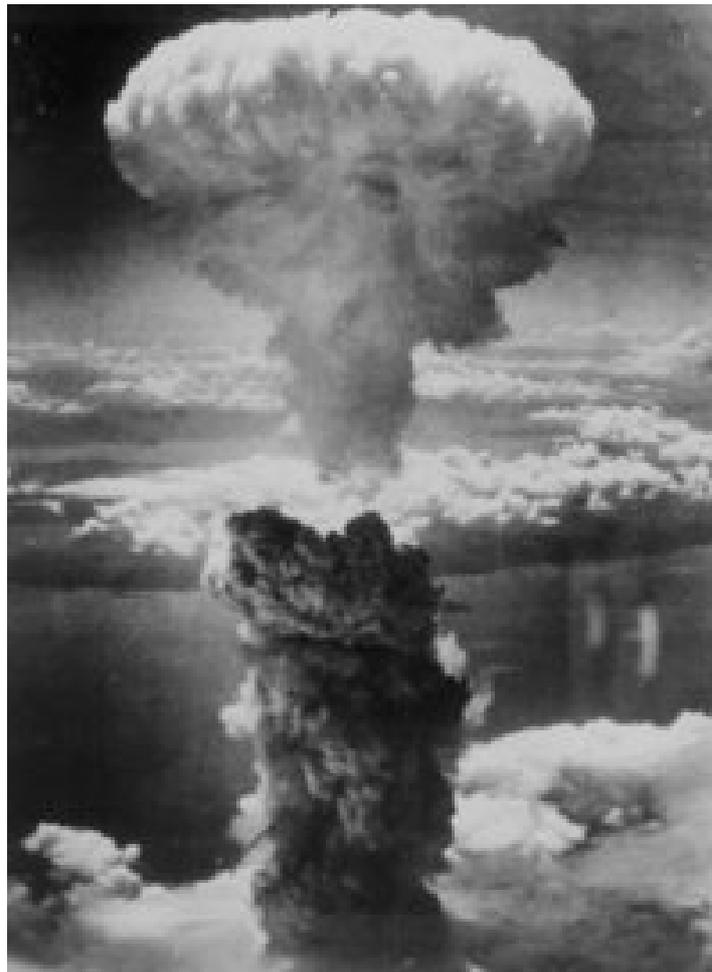


**Eine andere Welt ist möglich!**

# **Atomkrieg gegen den Iran?**



**Materialien zur drohenden militärischen Eskalation im Irankonflikt, zu den geopolitischen Hintergründen, zur Kriegspropaganda der Massenmedien und zum Einsatz von Atomwaffen im 21. Jahrhundert**

## Inhaltsverzeichnis

Der Irankonflikt und seine Hintergründe .....	3
Trauert nicht – organisiert euch! .....	3
Kriegspläne gegen Iran .....	4
Frau Merkel kann einen Iran-Krieg verhindern.....	6
Iran: Das nächste Ziel der Neokonservativen .....	9
Rede des Senators Ron Paul im amerikanischen Kongress.....	9
Motive der Konfliktparteien im Iran-Atomkonflikt.....	17
Das Scheitern der EU-Diplomatie und Alternativen zu einem neuen Krieg.....	17
Die Iran-Krise - "Diplomatie" als Raketenabschussrampe.....	24
Medien und Kriegsvorbereitung.....	27
Medien & Krieg: Die Politik der Fälschung .....	27
Niederlage im Medienkrieg .....	32
Clash of Cartoons: Die westliche Gesellschaft riskiert einen Heiligen Krieg, dem sie nicht gewachsen ist.....	36
Iran: Das ganze Land ist korrupt, die Jugend drogenabhängig .....	38
Atomwaffen .....	40
IRAN: Nicht-Atomwaffenstaaten können US-Angriffe verhindern .....	40
Atomkrieg gegen den Iran / Nuclear War against Iran .....	41
US-Atomarsenal 2005.....	44
Appell des IPPNW Zur Verhinderung eines Irankrieges.....	45
Englische Atomwaffen werden modernisiert .....	46
USA sind uneingeschränkt nuklear erstschlagsfähig.....	47
The Rise of U.S. Nuclear Primacy.....	47
Das gefährliche Spiel der amerikanischen Nuklearwissenschaftler .....	54
Weitere deutsche Nuklearwaffenträger für Israel? .....	56

### Impressum:

Zusammengestellt von Gerhard Wendebourg, attac Hamburg

Layout und V.i.S.d.P: Reinhard Frankl, Morgenweg 17, 63856 Bessenbach

Eigendruck im Selbstverlag

Letzte Änderung: 23. April 2006

## Der Irankonflikt und seine Hintergründe

### Trauert nicht – organisiert euch!

#### Historische Lehren aus dem Widerstand gegen den Vietnam-Krieg

##### Mumia Abu-Jamal

Wenn diese Zeilen veröffentlicht werden, wird der Himmel über Bagdad wahrscheinlich in gleißendes rotes Licht getaucht sein. Das wird nicht von der heißen irakischen Sonne herrühren, sondern von einem Flammenmeer, das die Bombardements des begonnenen Irak-Krieges ausgelöst haben.

Die Herrschenden in den USA haben sich jeglicher diplomatischer Maskerade entledigt, haben das Feigenblatt der Vereinten Nationen abgelegt und sich dem Willen der Kriegsfraktion in der US-Regierung unterworfen, die sich im Rausch der Macht dafür entschieden hat, die Welt nach ihrem verschrobenen Bild neu zu erschaffen. Sie werden das Wort »Demokratie« so oft für ihre Zwecke missbrauchen, bis es jeden Inhalt verloren hat. Sie schreiten voran unter dem zerlumpten Banner der »Demokratie« im Angesicht der seit Generationen größten Antikriegsdemonstrationen und im Angesicht einer Bevölkerung, die derart in Angst und Schrecken versetzt worden ist, dass jeder Verstand ausgesetzt hat und die Lüge akzeptiert wird, der Grund für den Krieg sei, daß die Irakis irgend etwas mit den Anschlägen des 11. September zu tun haben und daß Amerika gegen jene zurückschlagen muss, von denen es selbst Schläge versetzt bekam. Dieses Denken folgt der rassistischen Logik: Wenn die Terroristen des 11. September Araber waren, dann sind alle arabischen Länder potentielle Terroristen.

Der verrückte Texaner will uns weismachen, er habe eine »Koalition der Willigen« zusammengebracht. Dabei handelt es sich bestenfalls um eine »Koalition der einzig Verfügbaren«. Diese Koalition ist nichts als der beschämende und vergebliche Versuch, die Vereinten Nationen zu imitieren. Mehr als alles andere ist es eine »Gang der Gekauften«, die

beste Koalition, die für Geld und Privilegien zu haben ist. Aber ein spanischer und ein britischer Premier allein machen noch keine Koalition. Das ganze Unternehmen ist auch der schlechte Versuch, die Interessen des Imperiums zu verdecken.

Wird der Antikriegsbewegung die Luft ausgehen, wenn die Bomben weiter fallen? Einige unter euch, vor allem die »linken« Kriegsbefürworter, werden ganz sicher so argumentieren. Ich sehe es aber genau anders herum. Das Verlangen nach Frieden wird sich eher verstärken und nicht abschwächen, wenn der Krieg läuft. Wir müssen die historischen Lehren aus der Erfahrung des Vietnamkrieges ziehen. Damals begannen die Proteste zunächst sehr langsam. Tag für Tag wütete damals der Krieg in Vietnam, Laos und Kambodscha. Trotzdem wuchs die Bewegung an, wurde größer und größer, gewann an inhaltlicher Tiefe, bis keiner der Politiker im Weißen Haus – weder Nixon noch Johnson – sich den öffentlichen Forderungen länger widersetzen konnte. Eine solche Bewegung müssen wir jetzt erneut schaffen!

Wenn wirklich noch jemand an die Macht der Demokratie glaubt, dann sollte die jetzige Zeit das Aufblühen einer Antikriegsbewegung hier und überall auf der Welt markieren. Wir stehen nicht am Ende, sondern am Anfang dieser Entwicklung. Bewegungen sind wie alle sozialen Beziehungsgeflechte einem ständigen Auf und Ab unterworfen. Aber lasst euch nicht entmutigen. Gebt nicht auf. Ganz im Sinne des ermordeten Arbeiterführers Joe Hill: »Trauert nicht – organisiert euch!

(Übersetzung: Jürgen Heiser)

jungewelt 29.03.2003/Ausland/Seite 7

## Kriegspläne gegen Iran

Georg Schöfbänker 10.04.2006/Telepolis

Nach einem Bericht von Seymour Hersh gehört die auch militärische Beendigung des iranischen Nuklearprogramms zu einer der dringendsten außenpolitischen Prioritäten der Bush-Regierung.

Der US-Enthüllungsjournalist Seymour Hersh hat in einem vielbeachteten Artikel im New Yorker seine Serie über Angriffspläne der US Regierung gegenüber dem Iran fortgesetzt. Auch bei Hershs neuestem Artikel ist - wie auch schon aus anderen Quellen bekannt wurde - dabei vom möglichen Einsatz substrategischer Kernwaffen die Rede. Dies wurde auch von der Washington Post bestätigt.

Nachdem der vielleicht bekannteste Enthüllungsjournalist der USA, Seymour Hersh, schon im Januar 2005 im "New Yorker" auf neuerliche Kriegsplanungen der USA gegenüber Iran hingewiesen hatte, lässt sich seinem neuesten Beitrag vor allem eine aktuelle Dringlichkeit entnehmen. Aus der anschwellenden Rhetorik, aus der zunehmenden medialen Aufgeregtheit, manche US-Medien sprechen bereits von einem "countdown" gegenüber Iran, lässt sich mit Sicherheit Folgendes ableiten: Die Frage des iranischen Nuklearprogramms zählt nun zu den bedeutendsten außenpolitischen Prioritäten der Bush-Regierung. Trotz des gesamten Debakels im Irak.

Diese Dringlichkeit erklärt sich nicht aus der tatsächlichen zeitlichen Ferne zur Herstellung einer möglichen ersten Kernwaffe. Hier geht selbst John Negroponte, der oberste Geheimdienstchef der USA, von einem Zeitraum zwischen fünf und zehn Jahren aus. Nach Hershs Quellen - er nennt einen "Regierungsberater mit engen Verbindungen zum Pentagon" - ist Bush erstens davon überzeugt, dass Iran "die Bombe" auf jeden Fall bauen werde, wenn er nicht gestoppt wird, und zweitens, dass er tun müsse, was kein Präsident nach ihm jemals tun würde, nämlich "Iran zu retten".

Im Unterschied zu den weniger alarmistischen Analysen der IAEA oder un-

abhängiger Think-Tanks, wonach es noch Zeit für eine Verhandlungslösung gäbe, scheinen die Scharfmacher in der Umgebung von Bush nun die israelische Position übernommen zu haben, wonach bereits die technische Option der Urananreicherung verhindert werden müsse. Aus dem Umfeld von Bush wurde dies in den letzten beiden Monaten ähnlich formuliert. Iran dürfe nicht die Möglichkeit haben, die Technologie der Urananreicherung zu beherrschen.

Bei Hersh liest sich das so: Iran müsse die Möglichkeit verwehrt werden, auch nur eine Pilotanreicherung zu betreiben. Oder: Staatssekretär Robert Joseph wird mit der Aussage zitiert: "Wir können es nicht zulassen, dass sich nur eine einzelne Zentrifuge im Iran dreht. Iran ist eine direkte Bedrohung der nationalen Sicherheit der USA und wir werden dies nicht tolerieren." Dies ist nun Doktrin und mehr als nur ein Versuch, Iran mit drastischer Rhetorik zum Einlenken zwingen zu wollen. Es verstellt den Blick jedoch darauf, dass es jenen Hardlinern, die eine militärische Konfrontation suchen, schon längst nicht mehr nur um das Nuklearprogramm, sondern eben auch um einen generellen Regimewechsel in Teheran geht.

### Parallelen zum Irak-Krieg

Wie glaubwürdig kann man Hersh und seine Quellen einstufen, insbesondere wenn es um die militärischen Planungen geht? Seymour Hersh ist nicht der Typ, der sich irgendwie als Sprachrohr einer Regierung, schon gar nicht der Bush-Regierung, hergeben würde. Er hat für diesen Bericht länger recherchiert und nennt, was die US-Situation angeht, folgende Quellen: einen früheren Geheimdienstmitarbeiter, einen früheren Verteidigungsexperten, einen früheren hochrangigen Mitarbeiter des Pentagon, einen kürzlich zurückgetretenen hochrangigen Mitarbeiter der Bush-Regierung, sowie "im Amt befindliche" Regierungsberater, einen militärischen Planer, einen hochrangigen Diplomaten, einen Pentagon-Berater, ein Mitglied des US-Repräsentantenhauses sowie einen

israelischen Geheimdienstmitarbeiter. Nachdem vieles, was Hersh schreibt, ohnehin schon aus anderen Quellen bekannt ist, etwa die Planungen für einen Kernwaffeneinsatz, sollte man seinen Text eher als Bestätigung der schlimmsten Befürchtungen der Planung mancher Hardliner in der US-Regierung betrachten denn als haltlose Übertreibung.

Es sind eher die Details, der Subtext, der zu denken gibt, wo sich Parallelen zum Irakkrieg geradezu aufdrängen. Geheime Briefings für ausgewählte Senatoren und Abgeordnete. Ein Detail, das, wenn es stimmt, militärisch sinnlos wäre, aber als psychologische Einschüchterung verstanden werden könnte. Hersh berichtet von Flugmanövern von trägergestützten taktischen Kampfflugzeugen, bei denen in Reichweite iranischen Radars Kernwaffenabwürfe simuliert worden sein sollen. Das Pikante dabei ist, dass es nach allem bekanntem Wissen seit 1994 keine luftgestützten Kernwaffen für taktische Kampfflugzeuge mehr auf amerikanischen Trägerverbänden gibt.

Ein weiteres bemerkenswertes Detail ist die Rolle, die A. Q. Khan, der Vater der pakistanischen Kernwaffe, beim iranischen Nuklearprogramm spielt oder spielen soll. Er wird ja verdächtigt, Zentrifugen und Zentrifugenteile, sowie einen chinesischen Bauplan an das iranische Regime auf eigenen Gewinn und ohne Mitwisserschaft der pakistanischen Behörden verkauft zu haben. Dies ist zumindest die gängige Theorie. A. Q. Khan gilt in Pakistan noch immer als Nationalheld, steht unter Hausarrest und US-Behörden geben sich bei ihm die Türklinke in die Hand. Eine der Quellen von Hersh spricht davon, dass A. Q. Khan "singe wie ein Kanarienvogel", eine andere meint gar, aus seinen Aussagen ließe sich eine neue und völlig dramatische Gefahrenlage rekonstruieren. Das ist insofern merkwürdig, als es der IAEA, der eigentlich zuständigen Behörde für die Aufklärung des iranischen Nuklearprogramms, bisher kein einziges Mal gestattet wurde, A. Q. Khan zu vernehmen.

### **Machtkampf innerhalb des Militärs?**

Die Tatsache, dass gerade jetzt, etwa zwanzig Tage vor Ablauf der Frist des UN-Sicherheitsrates gegenüber Iran alle Anreicherungsexperimente einzustellen, weitere Details über nukleare Einsatzplanungen an die Öffentlichkeit durchsickern, könnte auch bedeuten, dass sich, wie Hersh behauptet, zahlreiche Spitzenmilitärs deutlich gegen eine "nukleare Option" bei einem Angriff aussprechen.

Hersh nennt hier vor allem die Generalstabchefs und meint, es wären auch einige bereit, deswegen zurück zu treten. Die Generalstabchefs haben hier jedoch bestenfalls beratende Funktion, da sie nicht in der Befehlskette bei einem allfälligen Angriff vorkommen werden. Diese verläuft vom Weißen Haus oder vom Pentagon direkt zum CENTCOM, dem regionalen Einsatzkommando.

Die Nicht-Widerlegbarkeit und das "parallele Nuklearprogramm"

Eine Argumentation ist in den letzten Monaten verstärkt aufgebaut worden: das "parallele Nuklearprogramm". Dieser Gedankenstrang findet sich auch bei Hershs Quellen und funktioniert so: Selbst wenn Iran alle IAEA-Auflagen erfüllen sollte, aber trotzdem mit seinem Anreicherungsprojekt weiter machen würde, werde das Land die technische Fähigkeit erlangen, dies in einem geheimen parallelen Nuklearprogramm fortzusetzen.

Nur gibt es bis heute keinerlei ernst zu nehmenden Hinweise darüber. Auch von der IAEA, die hier durchaus ihren Ruf zu verlieren hat, wurde nichts gefunden. Sollte es also zu Luftangriffen kommen, so würde damit auch fast jede Form der Überprüfbarkeit beseitigt sein. Fast alle Experten sind sich darüber einig, dass eine solche Form der militärischen Intervention ein militärisches Nuklearprogramm des Iran zwar verzögern, aber nicht stoppen könnte.

■ Georg Schöfbänker ist Politikwissenschaftler und betreibt das Österreichische Informationsbüro für Sicherheitspolitik und Rüstungskontrolle in Linz.

## Frau Merkel kann einen Iran-Krieg verhindern

### Interview mit Mohssen Massarat

IM GESPRÄCH Der Politikwissenschaftler, Nah- und Mittelost-Experte Mohssen Massarat über Zugeständnisse in Teheran, die rote Linie und den Charme eines russischen Kompromisses

FREITAG: Sind letzte Chancen auf einen Kompromiss im Atomstreit mit dem Iran verspielt, seit die USA den jüngsten russischen Vorschlag abgelehnt haben?

MOHSSEN MASSARRAT: Das glaube ich nicht, denn dieser Vorschlag wurde vom Iran als - im Prinzip - akzeptabel betrachtet. Eine Position, die nach langen kontroversen Debatten zwischen beiden Fraktionen in Teheran zustande kam.

*Zwischen wem genau?*

Zwischen den konservativen Hardlinern um den Präsidenten Ahmadinedschad und den Reformern um Rafsanjani und Ex-Präsident Khatami, die daran interessiert sind, einen Krieg zu vermeiden. Wenn es bei diesem Konsens bleibt, sollte man davon ausgehen, dass der russische Vorschlag erneut zur Debatte stehen kann. Die Amerikaner müssten dann begreifen, dass ihre Option, einen Luftkrieg gegen den Iran führen zu wollen, letztlich ohne politische Basis ist. Mit anderen Worten: Wird den Amerikanern klar gemacht, dass die Europäer keinerlei militärische Lösung unterstützen, hat der russische Vorschlag weiter eine reelle Chance.

*Wenn der Iran das russische Angebot akzeptiert, verzichtet man dann nicht letzten Endes auf seine bisherige Position, auf keinen Fall einer Urananreicherung auf fremdem Territorium zuzustimmen?*

Davon gehe ich ziemlich dezidiert - um nicht zu sagen hundertprozentig - aus. Die jüngste Rede von Hassan Rohani - einst Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrates und während der Präsidentschaft Khatamis Verhandlungsführer gegenüber den EU-3, also Deutschland, Großbritannien und Frankreich - enthielt zwischen den Zeilen das Eingeständnis: Die bisherige Doppelstrategie, die dar-

auf zielte, sich irgendwann auch in militärischer Hinsicht als Nuklearmacht zu platzieren, ist gescheitert. Ich glaube, auch die Hardliner in Teheran können sich dieser Einsicht nicht länger verschließen. Die Devise lautet: Abwarten. Das heißt, man will einen Krieg vermeiden und hat sich darauf eingestellt, diese Doppelstrategie aufzuschieben, für die es unverzichtbar war, den gesamten Brennstoffkreislauf auf iranischem Gebiet zu haben - sowohl für die friedliche Nutzung der Kernenergie wie auch für die Option, Atomwaffen bauen zu können.

*Das heißt, im Unterschied zu bisherigen Beteuerungen wird damit indirekt zugegeben, dass man eben doch an eine militärische Nutzung der Kernenergie dachte ...*

Wenn man zwischen den Zeilen der Rede von Rohani liest, wird genau das eingestanden. Nun heißt es: Wir müssen eine bessere Gelegenheit abwarten.

*Das läuft auf Gesichtsverlust hinaus.*

Nicht unbedingt, der russische Vorschlag besitzt den Charme, genau das zu verhindern. Er sieht vor, dass ein beschränktes Kontingent iranischer Wissenschaftler an einer Art Joint Venture für Uran-Anreicherung in Russland beteiligt wird. Zugleich soll dem Iran - im Rahmen der Forschung - erlaubt werden, Uran in einem geringen und kontrollierten Umfang anzureichern. Das ist die Brücke, die von den Russen gebaut wurde, damit sich die Iraner und die internationale Gemeinschaft darauf treffen können.

*Warum hat sich die EU nicht energischer für den russischen Kompromiss engagiert?*

Aus meiner Sicht ist deren Haltung inzwischen das Hauptproblem für eine Lösung geworden, auch wenn versucht wird, in der Öffentlichkeit den gegenteiligen Eindruck zu erwecken. Am 7. März war der russische Außenminister Lawrow in Washington und hatte mit Zu-

stimmung der Iraner und nach vorsichtig positiven Signalen von Angela Merkel wie auch IAEO-Generaldirektor Al Baradei versucht, den Amerikanern die russische Variante schmackhaft zu machen, stieß aber auf resolute Ablehnung. Noch am gleichen Tag hat Lawrow für alle einigermassen verblüffend diesen Vorschlag als nicht mehr existent bezeichnet. Danach waren sich die EU-Außenminister - und das war in der Tat unverschämt - für die Erklärung nicht zu schade: Iran sei am Scheitern der russischen Vermittlung schuld. Das ist für mich das eigentlich Katastrophale, dass die EU in keiner Weise zum selbstständigen Handeln in der Lage ist. Eigentlich hätte doch die EU selbst einen ähnlichen Vorschlag unterbreiten müssen, wie er stattdessen von Russland kam, und sie hätte die US-Führung von diesem Vorschlag überzeugen müssen.

*Weshalb hat die EU darauf verzichtet?*

Weil sie konzeptionslos handelt und ihr außenpolitisch jede Identität fehlt. Die EU-Diplomatie ist im Mittleren und Nahen Osten auf der ganzen Linie gescheitert - entweder gibt man israelischen oder amerikanischen Forderungen, genauer den neokonservativen und damit den absoluten Hardlinern in der Weltpolitik, voll und ganz nach. Da kann ich nur sagen: Oh, du armseliges Europa! Dieser Staatenbund legt ein Verhalten an den Tag, das seiner moralischen und wirtschaftlichen Stärke nicht angemessen ist. Er ist offenbar unfähig, sein Potenzial im Sinne eines außen- und friedenspolitisch wirksamen Konzepts einzubringen.

*Wäre es nicht denkbar, dass die Europäer bei diesem Konflikt homogener auftreten wollen als vor dem Irak-Krieg?*

Das mag sein, doch es wäre kontraproduktiv, weil eine solche Homogenität nur der amerikanischen Seite hilft. Die USA bestehen darauf, die Drohkulisse gegen Teheran aufrechtzuerhalten, weil sie die Option für einen Krieg nicht aufgeben wollen. Gerade das erschwert es der iranischen Seite, einem Kompromiss zuzustimmen. Bush, Cheney und Rumsfeld nutzen die auch von Angela Merkel immer wieder betonte

mer wieder betonte Einstimmigkeit auf der westlichen Seite dazu, um Iran mit ihrer harten Forderung nach einem vollständigen Verzicht auf jede Urananreicherung zu konfrontieren, die unweigerlich in den Krieg führt.

*Nun deutet allerdings einiges darauf hin, dass im Sicherheitsrat Russland und China den USA nicht bedingungslos folgen. Rechnen Sie damit, dass die Amerikaner eine Anti-Iran-Koalition jenseits der UNO bilden?*

Das ist durchaus denkbar, wenn die EU-3 ihre jetzige Position nicht korrigieren und so den Amerikanern moralisch den Rücken freihalten, damit sie weiter die Legende pflegen können, allein die aggressive Haltung Teherans sei schuld, wenn eine friedliche Lösung misslinge. Ändert sich daran nichts, schließe ich nicht aus, dass die USA schon bald, zusammen mit Israel und Großbritannien, eine Allianz bilden, um jenseits der UNO zu handeln und zum Militärschlag auszuholen.

*Sie sagen, dafür seien aus Sicht der USA die strategischen Bedingungen nie günstiger gewesen, die Amerikaner haben alles, was sie für Luftangriffe brauchen, rings um den Iran disloziert. Man könnte entgegen, die Bedingungen waren auch selten ungünstiger. Irak liegt Washington zu sehr im Magen, das Risiko Iran ist zu hoch.*

Rational gesehen haben Sie völlig Recht. Das sagen auch US-Militärexperten. Aber wir müssen davon ausgehen, dass die Neokonservativen schon im Fall Irak nicht rational gehandelt haben, sondern missionarisch und hegemonial. Denken Sie bitte daran, Präsident Bush möchte das, was er als seinen göttlichen Auftrag ausgibt, in den letzten beiden Jahren seiner Amtszeit vollenden. Er steht unter dem Druck seiner eigenen Wünsche und der Interessen diverser Fraktion um sich herum. Deshalb gehe ich davon aus, hier spielen letztlich völlig irrationale Entscheidungskriterien eine Rolle.

*Sind die Amerikaner nicht auch Getriebene der Israelis, die etwas gegen den Iran unternehmen wollen?*

Israels Wunsch, als Atommacht keine Konkurrenz im Mittleren und Nahen Osten zu dulden, deckt sich mit der US-Hegemonialpolitik. Eine iranische Koalition mit der Hisbollah im Libanon, mit der Hamas in Palästina und radikalen Schiiten im Irak als Antwort auf Israels Drohung könnte den Ausschlag geben für einen - wie es dann sicher begründet würde - präventiven und flächendeckenden Militärschlag.

*Wann ist keine Deeskalation mehr möglich?*

Die rote Linie könnte mit harten Sanktionsmaßnahmen erreicht sein, die als Vorstufe eines Militärschlages zu verstehen wären, sollte der Sicherheitsrat einen solchen Beschluss fassen - was ich für eher unwahrscheinlich halte. Lassen Sie mich das an dieser Stelle mit aller Deutlichkeit sagen, hier hat die EU immer noch die Chance zu verhindern, dass die rote Linie überschritten wird - hier hat Deutschland eine Schlüsselrolle inne. Ich bin davon überzeugt, dass ein klares Nein der Bundesregierung zu einem Krieg - und zwar jetzt und nicht erst dann, wenn die rote Linie erreicht wird - die Absichten der USA durchkreuzen kann, weil die Neokonservativen in Washington auf diesen außenpolitischen Rückhalt angewiesen sind. Innenpoli-

tisch fehlt er ihnen, weil nur noch 30 Prozent der Amerikaner ihren Kurs unterstützen. Insofern hat Frau Merkel eine historische Chance, einen möglichen Krieg zu verhindern.

*Diesen Gefallen wird sie Ihnen mit Verweis auf die Historie kaum tun. Ein solches Nein würde als ein unfreundlicher Akt gegenüber Israel gedeutet und die deutsche Regierung unter einen enormen Druck setzen.*

Das ist sicher richtig, nur handelt es sich um psychologische Fesseln, die sich die EU und Deutschland - bewusst oder unbemerkt - angelegt haben. Aber wenn aus der Zivilgesellschaft, aus den Parteien - der SPD, den Grünen und der Linkspartei - ein entsprechender Druck entsteht, der in der Gesellschaft spürbar wird, dann sind diese Fesseln zu durchbrechen. Ihre Absurdität sollte vor Augen geführt werden, indem man sich fragt: Was bedeuten sie eigentlich? Man unterwirft sich dem Diktat Israels und der Hardliner in den USA. Das muss in der Gesellschaft neu diskutiert und offen gelegt werden, damit es allen klar wird, dass Deutschland und Europa so aus dieser Sackgasse nicht herauskommen, und was für sie im Mittleren Osten auf dem Spiel steht.

*Das Gespräch führte Lutz Herden*



## Iran: Das nächste Ziel der Neokonservativen

### Rede des Senators Ron Paul im amerikanischen Kongress

(5. April 2006)

Es ist nun drei Jahre her, dass die USA ihren Krieg gegen Saddam Hussein und "seine Massenvernichtungswaffen" begannen. Natürlich weiß jetzt fast jeder, dass es keine derartigen Waffen gab und dass Saddam Hussein keine Bedrohung für die Vereinigten Staaten darstellte. Obwohl manche unserer Soldaten, die im Irak dienen, immer noch glauben, dass sie dort sind, weil Saddam Hussein an "9/11" beteiligt war, bestätigt jetzt sogar die Administration, dass es da keine Verbindung gab. Niemand kann wirklich absolut sicher sagen, warum wir in den Irak eindringen. Die gegenwärtige Entschuldigung, – abgegeben auch für das Verbleiben im Irak –, soll diesen zu einem – den Vereinigten Staaten freundlich gesinnten – "demokratischen" Staat machen. So stößt es nun auf weniger Ablehnung, wenn der Grund angeführt wird, dass die Sicherung der Ölversorgung eine bedeutende Rolle in unserem Entschluss spielte, in den Irak zu gehen und dort zu bleiben. Das würde natürlich erklären, warum US-Steuerzahler solch einen Preis bezahlen, um zahlreiche riesige, permanente Militärstützpunkte im Irak zu bauen und zu unterhalten. Sie finanzieren auch ein neues Botschaftsgebäude, das Milliarden von Dollars verschlingen soll, – das größte Botschaftsgebäude in der Welt.

Die bedeutsame Frage, die wir uns hier stellen müssen, ist: Was haben wir von drei Jahren im Irak gelernt? Anhand der Tatsache, dass nun Pläne für eine Änderung des Regimes im Iran geschmiedet werden, wird deutlich, dass wir absolut nichts gelernt haben. Es gibt immer noch eine Menge Beamte in der Administration, die tagtäglich ein rosiges Bild eines ("neuen") Iraks malen, den wir da angeblich geschaffen haben. Aber ich frage mich: Wenn nun die letzten drei Jahre nichts als ein böser Traum gewesen wären und unsere Nation plötzlich erwachen würde, wie Viele dann wohl

noch "aus Gründen nationaler Sicherheit" zu einer gleichen Invasion drängen würden? Würden wir stattdessen nicht einen gigantischen Seufzer der Erleichterung ausstoßen, dass es nur ein böser Traum war, dass wir den dreijährigen Alptraum von Tod, Zerstörung, Chaos und phantastischer Verschwendung von Steuereurodollars nicht noch einmal erleben müssen. Vorstellbar wäre dann auch, dass der Barrel Öl noch unter \$ 30 kosten würde, und was ganz wichtig ist, dass etwa 20.000 schwerwiegende Folgeschäden der US-Aktivitäten nicht existieren würden. Ich vermute, 99 % aller Amerikaner wären dankbar, wenn es nur ein böser Traum gewesen wäre, und hätten die Invasion nie unterstützt, wenn sie gewusst hätten, was wir heute wissen.

Sogar angesichts der schrecklichen Resultate der letzten drei Jahre ist der Kongress voller Pläne, nun auch noch die Iranische Regierung zu verändern. Es gibt nur geringen Widerstand gegen den aufkeimenden Ruf nach "Demokratisierung" des Iran, obwohl ihr gegenwärtiger Präsident, Mahmoud Ahmadi-nejad, ein gewählter führender Politiker ist. Obschon der Iran kaum eine perfekte Demokratie ist, ist sein System den meisten unserer arabischen Verbündeten, über die wir nie klagen, weit überlegen. Schon hat die koordinierende Propaganda die amerikanische Bevölkerung gegen den Iran elektrisiert für die vermeintliche Bedrohung, die er für uns mit angeblichen "Massenvernichtungswaffen" darstellt, die jedoch nicht existenter sind als jene, die Saddam Hussein angeblich gehabt haben sollte. Es ist erstaunlich, wie schnell die Neokonservativen wieder mit den selben Schwindel-Argumenten – nun gegen den Iran – bei der Hand sind, nachdem sie sich mit den gegen Saddam Hussein erhobenen Vorwürfen gründlich unglaubwürdig gemacht haben. Und es ist erschreckend, zu beobachten, wie leicht

der Kongress, die Medien und die Bevölkerung viele derselben Argumente gegen den Iran akzeptieren, die verwendet wurden, um eine Invasion im Irak zu rechtfertigen.

Seit 2001 haben wir über 300 Milliarden Dollar ausgegeben und zwei moslemische Nationen – Afghanistan und Irak besetzt. So sind wir dadurch nun zwar ärmer, aber nicht sicherer geworden. Wir drangen in Afghanistan ein, um Osama bin Laden, den (angeblichen) "Anführer hinter 9/11" zu bekommen. Dieses Bemühen ist praktisch aufgegeben worden. Obwohl die Taliban in Afghanistan aus der Macht entfernt worden sind, wird der überwiegende Teil des Landes jetzt von Kriegsherren besetzt und kontrolliert, die einen Drogenhandel verwalten, der umfangreicher ist als je zuvor. Die Taliban in Afghanistan aus der Macht zu entfernen, war den Interessen des Iran, dem Erzfeind der Taliban, tatsächlich dienlicher als den unseren.

Das Langzeit-Ziel der Neokonservativen, den Irak umzumodellieren, veranlasste uns, die Suche nach Osama bin Laden aufzugeben. Die Invasion in den Irak im Jahre 2003 wurde künstlich als noble Mission hochstilisiert, "gerechtfertigt" durch gezielte Missinterpretation der Geheimdienste, was Saddam Hussein und seine Fähigkeit betraf, uns und seine Nachbarn anzugreifen. Diese verfehlte Politik hat das gegenwärtige Chaos im Irak geschaffen, – ein Chaos, das viele als Bürgerkrieg beschreiben. Saddam Hussein ist zwar aus der Macht entfernt, und die meisten Leute sind erfreut. Doch einige Iraker, die von Stabilität träumen, sehnen sich nach seiner autoritären Herrschaft. Aber Saddams Beseitigung nützte noch einmal den Iranern, die Saddam Hussein als einen Erzfeind betrachteten.

Unsere Besessenheit von (so genannter) "Demokratie", die eindeutig bedingt ist, wenn man sich unsere Antwort auf die neuen palästinensischen Wahlen ansieht, erlaubt, dass die Mehrheit der Shia Anspruch auf Führungstitel erhebt, wenn die Wahl im Irak tatsächlich zu einer ordentlichen Regierung führt. Dies

erfreut die Iraner, die nahe Verbündete der irakischen Shias sind.

Reden wir über die unbeabsichtigten Folgen! Dieser Krieg hat Chaos, Bürgerkrieg, Tod und Zerstörung sowie riesige finanzielle Folgekosten produziert. Er hat zwei der schlimmsten Feinde des Irans beseitigt und besten Freunden des Irans zur Macht im Irak verholfen. Sogar dieser offenkundige Fehler der Politik bewirkt nicht, den gegenwärtigen Marsch in Richtung einer ähnlichen Konfrontation mit dem Iran zurückzuhalten. Was muss es uns noch kosten, damit wir aus unseren Misserfolgen lernen?

Gesunder Menschenverstand sagt uns, dass sich der Krieg im Irak bald über den Iran ausbreitet. Furcht vor imaginären Kernwaffen oder ein Vorfall, der den Iran involviert – ob nun geplant oder versehentlich – wird die Stimmen sammeln, die gebraucht werden, damit wir uns auf ein moslemisches Land Nr. 3 zu bewegen. All die bisherigen Fehler und unbeabsichtigten(?) Folgen werden vergessen.

Sogar angesichts der sich verschlechternden Unterstützung für den Irak-Krieg wird neue Informationspolitik, wohlgeplante Propaganda oder ein größerer Zwischenfall die Skepsis und den Gram über unseren frustrierenden Kampf außer Kraft setzen. Stimmen des Widerstands gegen einen Angriff des Irans werden wieder als "unpatriotisch, mangelnde Unterstützung der Truppen, und als Sympathisieren mit den Radikalen des Irans" abgestempelt werden. Statt vor diesen Beschuldigungen zu kapitulieren, sollten wir darauf verweisen, dass jene, die uns in den Krieg hineinmanövrieren, es mit geringer Sorge um unsere jungen Leute tun, die im Militär dienen, und theoretisch wenig an ihre eigenen Kinder denken, wenn sie überhaupt welche haben. Es ist schwer vorstellbar, dass politische Anhänger des Kriegs bewusst behaupten würden, dass ein Präventivkrieg zur Regime-Änderung, in dem junge Leute geopfert werden, nur dann der Sache wert sei, wenn die Todesfälle und Verletzungen auf die Kinder der anderen Seite be-

grenzt blieben. Dies, da bin ich sicher, würde abgestritten werden, was bedeutet, dass ihre eigenen Kinder technisch gesehen verfügbar gehalten werden für diese Opfer, die so oft gelobt und glorifiziert werden als "Vorteil für die Familien", die doch so viel verloren haben. Wenn dem nun so ist, sollten sie doch einmal mehr an ihre eigenen Kinder denken. Wenn sie selbst aber keine Kinder für solche Opfer zur Verfügung stellen können, ist die Heuchelei offensichtlich. Erinnern wir uns: die meisten neo-konservativen Planer fallen in die Kategorie der "Falken".

Während der letzten 3 Jahre wurde geschlossenfolgert, dass, wenn man die gegenwärtige Politik nicht unterstützt, man "gegen die Truppen" sei und angeblich den Feind "unterstütze". Damit wurde behauptet, dass mangelnde Unterstützung des Irakkriegs bereits eine "Befürwortung" der Person Saddam Husseins und seiner üblen Politik sei. Dies ist ein beleidigendes und groteskes Argument. Wer sich seinerzeit für eine Abgrenzung gegenüber dem sowjetischen Parlament aussprach, wurde ja auch nicht gleich als Sympathisant Stalins oder Chruschtschows gebrandmarkt. Fehlende Unterstützung für den Irak-Krieg sollte daher niemals als Argument verwendet werden, man hätte mit Saddam Hussein "sympathisiert". Eingrenzung und Diplomatie sind weiterhin die Bedingungen, einem potentiellen Feind gegenüberzutreten, und sind weniger kostspielig und viel weniger gefährlich, besonders wenn es keine Beweise dafür gibt, dass unsere nationale Sicherheit bedroht wäre.

Obwohl ein großer Prozentsatz der Öffentlichkeit die verschiedenen Argumente für den Irak-Krieg jetzt zurückweist, wurde sie vor 3 Jahren leichtfertig von den Politikern und Medien dazu überredet, die Invasion gänzlich zu unterstützen. Jetzt, nach 3 Jahren schrecklicher Schmerzen für so Viele, erwachen sogar die Truppen aus ihrem Schlummer und spüren die Vergeblichkeit dieser unserer gescheiterten Anstrengung. 72 % unserer Truppen, die jetzt im Irak dienen, sagen, dass es Zeit ist, nach Hause zu gehen; doch die Mehrheit hängt immer

noch an der Propaganda, dass wir "wegen der 9/11-Attacken" dort seien, etwas, was sogar die Administration inzwischen nicht mehr behauptet. Unseren Truppen wird ausbeutend diese Propaganda aufgenötigt, damit sie an eine Sache glauben sollen, die es Wert sei, Leib und Leben zu riskieren.

Ich rieche hier eine Ausdehnung des Kriegs im Nahen Osten und bete dafür, dass ich Unrecht habe. Ich spüre aufkommende Umstände, die auch hier wieder nach Unterstützung rufen, ohne Rücksicht auf Gefahren und Kosten. Und wieder wird jede mangelnde Unterstützung als "Schwäche gegenüber dem Terrorismus und Al-Qaida" herausgestrichen. Es wird uns wieder eingeredet werden, dass wir Israel und den "Patriotismus" und unsere Truppen unterstützen und die Freiheit verteidigen müssen. Die Öffentlichkeit riecht allzu oft nur noch den Gestank des Krieges, wenn das Töten erst einmal begonnen hat. Öffentlicher Einwand kommt später, aber er hilft schließlich, mit dem Krieg aufzuhören. Ich befürchte, bevor wir den Krieg selbst beenden und uns da herausziehen können, dass patriotisches Eiferertum für eine Ausdehnung des Kriegs die Schreie "es ist genug!" über-tönt.

Die Agitation und die Kongressbeschlüsse, die den Iran als "Feind" brandmarken, der uns angeblich angreifen möchte, haben schon begonnen. Es ist nur allzu schlimm, dass wir nicht aus unseren Fehlern lernen können. Dieses Mal wird so ein Vorwand für eine größere internationale Anstrengung erst einmal von den Vereinten Nationen gebilligt werden müssen, bevor die Bomben fallen. Doch sogar ohne Unterstützung der internationalen Gemeinschaft ist zu erwarten, dass der Plan für eine Veränderung des Regimes dort weiter verfolgt wird. So sind wir vorgewarnt, dass "alle Optionen" auf dem Tisch bleiben. Und es gibt kaum Grund, anzunehmen, dass vom Kongress Widerstand zu erwarten ist. Insofern besteht sogar weniger Widerstand des Kongresses gegen Akzeptanz einer Iran-Invasion als seinerzeit im Falle Irak. Es ist schon erstaunlich,

dass nach drei Jahren schlimmer Resultate und ungeheurer Kosten es nur geringe Anzeichen dafür gibt, dass wir uns auf unsere Tradition einer Außenpolitik der Nichteinmischung besinnen. So bilden leider Themen wie Regime-Änderung, Aufbau von "Nationen", Weltpolizei spielen und das Schützen "unseres Öls" immer noch die Grundlage für die Art Politik, wie sie von den führenden Politikern beider größeren Parteien akzeptiert wird.

Es wird in Washington bereits von Vielen, mit denen ich rede, "angenommen, dass der Iran allen Ernstes Kernwaffen beschaffen würde und ein viel schlimmerer Gegner sei als der Irak". Nebenbei bemerkt: Mahmoud Almadinjad drohte, Israel zu zerstören, was so nicht stehen bleiben kann. Washington betrachtet den Iran als eine "größere Bedrohung als der Irak jemals gewesen sei", was nicht übersehen werden kann. Die Geschichte des Irans wird einfach ignoriert, so wie wir auch die Geschichte des Iraks ignoriert haben. Es wird erwartet, dass diese Unkenntnis oder bewusste Verfälschung unseres neuen Verhältnisses zum Irak und zum Iran die Leidenschaftlichkeit generiert, die benötigt wird, um wieder einmal ein Land anzugreifen, das keine Bedrohung für uns darstellt. Unsere Politik in Richtung Iran ist provozierender als jene in Richtung Irak. Ja, Präsident Bush stempelte den Iran als Bestandteil der "Achse des Bösen" ab und provozierte damit wieder einmal unnötigen Zorn auf uns. Doch unsere Fehler mit dem Iran begannen schon lange bevor dieser Präsident das Amt übernahm.

Im Jahr 1953 beteiligte sich unsere CIA mit Hilfe der Briten am Sturz des demokratisch gewählten politischen Führers Mohamed Mossadek. Wir verhalfen dem Schah zur Macht. Er herrschte rücksichtslos, schützte jedoch unsere Öl-Interessen, und dafür schützten wir ihn; das ging so bis 1979. Wir lieferten ihm sogar den ersten Atomreaktor des Irans. Offensichtlich glaubten wir dem Argument nicht, dass seine Öl-Lieferungen einen Bedarf an ziviler Kernenergie ausschlossen. Seine autoritäre Herrschaft

1953 bis 1979 begünstigte zugleich das Aufheizen einer radikalen moslemischen Opposition, angeführt von Ayatollah Khomeini, der den Schah zu Fall brachte und im Jahr 1979 unsere Geiseln nahm. Dieser Rückschlag wirkte sich zunächst nur langsam aus, aber Moslems haben ein langes Erinnerungsvermögen. Die Geiselkrise und der Sturz des Schahs durch den Ayatollah waren ein großer Sieg für die radikalen Islamisten. Entweder wussten die meisten Amerikaner nichts über die unkluge Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Iran im Jahr 1953 oder sie vergaßen es leichthin wieder.

Während der 1980er Jahre wirkten wir dem Iran weiter entgegen durch Unterstützung der Iraker bei ihrem Einmarsch in den Iran. Dies verschlechterte natürlich unsere Beziehung zum Iran, während wir Saddam Hussein zugleich die Botschaft vermittelten, dass dieses Eindringen in ein Nachbarland "nicht so schlimm" sei. Als Hussein dann noch die Mitteilung unseres Außenministeriums erhielt, dass sein Plan, in Kuwait einzudringen, für die USA nichts Besorgnis erregendes sei, setzte er auch dies in die Tat um. In gewisser Weise ermutigten wir ihn dazu beinahe genau so wie dazu, in den Iran einzumarschieren. Allerdings war dann unsere Reaktion gänzlich anders, und da wurde plötzlich unser bisher freundschaftlich Verbündeter Saddam Hussein zum Erzfeind. Die amerikanische Bevölkerung mag dieses "Flip-Flop" vergessen haben, aber diejenigen, die darunter zu leiden hatten, werden es nicht vergessen. Und auch die Iraner erinnern sich gut an unsere Einmischung in ihre Angelegenheiten. Die Iraner nun als "Bestandteil der Achse des Bösen" zu brandmarken, hat sie nur noch weiter befremdet und trug zusätzlich zu ihrer Antipathie gegen uns bei.

Welche Gründe auch immer nun die Neo-Konservativen anführen mögen, sie bleiben starr entschlossen zu einer Konfrontation mit der iranischen Regierung und der Forderung nach Änderung ihrer Führung. Diese Politik wird unsere militärische Präsenz überall noch weiter

ausbreiten – und unsere Sicherheit weiter unterhöhlen. Die traurige Wahrheit ist, dass die vom Iran ausgehenden angeblichen "Gefahren" nicht realer sind als jene, die über den Irak behauptet wurden. Die gegen den Iran erhobenen Anschuldigungen sind unbegründet und klingen erstaunlich ähnlich wie die gegen den Irak erhobenen falschen Behauptungen. Man sollte meinen, dass die Unterstützer des Irak-Kriegs ein bisschen zurückhaltender wären damit, dieselben Argumente noch einmal zu verwenden, um Hass gegen den Iran zu schüren. Das amerikanische Volk und der amerikanische Kongress sollten vorsichtiger damit sein, diese Anschuldigungen wörtlich zu nehmen. Doch die Propaganda scheint (wieder einmal) zu funktionieren, da nur Wenige in Washington Einspruch dagegen erheben, dass der Kongress Resolutionen verabschiedet, die den Iran verdammen in den UN nach Sanktionen rufen.

Es gibt keine Beweise einer Bedrohung durch den Iran und keinen Grund, eine Konfrontation gegen ihn zu planen und zu initiieren. Es gibt jedoch viele Gründe, es nicht zu tun. Der Iran hat keine Kernwaffen, und es gibt keine Beweise, dass er daran arbeitet – nur Vermutungen.

Wenn der Iran Kernwaffen hätte – was wäre daran anders als im Falle Pakistans, Indiens und Nordkoreas? Warum sollte der Iran weniger Rechte auf "defensive Waffen" haben als diese anderen Länder? Wenn der Iran Kernwaffen hätte, wären die Chancen eines Angriffserfolgs, – der ja seine eigene Vernichtung einschließen würde –, gleich Null. Und dasselbe würde für die Möglichkeit gelten, wenn solche Waffen in die Hände nicht-staatlicher Terroristen gegeben würden.

Pakistan hat seine nukleare Technologie überall auf der Welt verbreitet, insbesondere in Nordkorea. Und angesichts internationaler Einschränkungen protzen sie damit auch noch. Doch wir belohnen sie genauso, wie wir Indien belohnt haben.

Wir bedrohen also den Iran überflüssiger- und törichterweise, obwohl er keine Kernwaffen besitzt. Aber hören wir einmal, was ein führender israelischer Historiker, Martin Van Creveld dazu zu sagen hatte: "Wir wünschen offenkundig nicht, dass der Iran Kernwaffen besitzt, und ich weiß nicht, ob er welche entwickelt; aber wenn er keine entwickelt, ist er töricht".

Es gab viel Fehlinformation hinsichtlich eines nuklearen Programms des Irans. Diese Verdrehung der Wahrheit wurde benutzt, um Emotionen im Kongress anzuzünden, damit dieser Resolutionen verabschiedet, den Iran zu verurteilen und in den UN Sanktionen gegen ihn zu fördern. General Mohamed El Baradei, Direktor der internationalen Atomenergie-Behörde hat nie von irgendwelchen Beweisen über "heimliche" Ressourcen oder speziellem Kernmaterial im Iran oder von dessen Weitergabe berichtet. Wenn wir fordern, dass der Iran beweist, dass er die Nuklear-Abkommen nicht verletzt, fordern wir von ihm die Unmöglichkeit, das Gegenteil zu beweisen. El Baradei bestätigt, dass sich der Iran gemäß des Nichtauslieferungsvertrags in Sachen Kern-Energie (NPT) (Nuclear Non-Proliferation-Treaty) verhält.

Wir vergessen, dass die Waffen, die wir bei Saddam Hussein fürchteten, ihm von den USA geliefert wurden, und wir weigerten uns, den UN-Inspektoren und der CIA zu glauben, dass er keine mehr besaß.

Ebenso erhielt auch der Iran seinen ersten Atomreaktor von uns. Jetzt fragen wir uns hysterisch, ob es sein könnte, dass der Iran eines Tages beschließt, aus Selbstinteresse eine Bombe zu bauen. Anti-Iran-Stimmen, die die Trommeln der Konfrontation rühren, verzerren die in Paris gemachte Vereinbarung und den Wunsch des Irans, den Anreicherungsprozess neu zu starten. Der Termin-Aufschub des Anreicherungsprozesses geschah freiwillig und war keine gesetzliche Verpflichtung. Der Iran hat ein absolutes Recht unter dem NPT, Atomkraft für friedliche Zwecke zu entwickeln und zu verwenden, und dies soll

nun eine ausgemachte Übertretung des NPT sein. Es sind die USA selbst und ihre Verbündeten, die das NPT verzerren und verletzen. Ebenso ist unsere Versorgung Indiens mit Nuklear-Material eine klare Übertretung des NPT. Die Forderung nach UN-Sanktionen wird zurzeit vom Kongress stark befürwortet. Das "Gesetz zur Sicherung der Freiheit Irans" HR 282 wurde vom Komitee für internationale Beziehungen verabschiedet; und nun reichte dieses Haus vor kurzem die Resolution H Con Res 341 weiter, die den Iran fälschlich für eine "Verletzung der Verpflichtung einer Nichtweitergabe von Nuklearmaterial" verdammt. Die Wahrscheinlichkeit eines realen Grundes dafür, wie er im Kongress betont wird, ist minimal.

Es besteht kein Zweifel: Die Neo-Konservativen Kriegstreiber sind immer noch am Ruder und dressieren den Kongress, die Medien und die Amerikanische Bevölkerung auf einen "Präventivschlag" gegen den Iran. Was macht es schon, dass Afghanistan aufgerieben ist und der Irak sich im Bürgerkrieg befindet: da werden wieder ernsthaft Pläne geschmiedet für neue Ablenkungsmanöver, die diesen Krieg sich im Nahen Osten weiter ausbreiten lassen sollen. Die unbeabsichtigten(?) Folgen dieser Bestrebungen werden mit Sicherheit schlimmer ausfallen als alle Komplikationen, die während der dreijährigen Besatzung des Irak aufgetreten sind.

Unsere Offerte politischer und finanzieller Beihilfe an ausländische und einheimische Personen, die den Sturz der gegenwärtigen iranischen Regierung unterstützen, ist gefährlich und von Arroganz durchtränkt. Stellen wir uns doch einmal vor, wie amerikanische Bürger darauf reagieren würden, wenn China ähnliche Versuche hier in den Vereinigten Staaten unterstützen würde, eine Regime-Veränderung zu bewirken! Wie viele von uns würden noch ruhig bleiben, wenn jemand wie Timothy McVeigh von einer ausländischen Macht finanziert werden würde? Ist es da noch ein Wunder, dass sich die iranische Bevölkerung über uns und die Haltung unserer führenden Politiker ärgert? Obwohl El Bara-

dei und seine Behörde keine Verstöße gegen die Schutzklausel gefunden haben, fordert das "Gesetz zur Sicherung der Freiheit Irans" immer noch, dass der Iran beweist, keine Nuklear-Waffen zu besitzen, – was einer Weigerung gleichkommt, die Unmöglichkeit der Erfüllung dieser Forderung anzuerkennen.

Täuschen wir uns nicht: Obwohl das Wort "Regime-Änderung" nicht in der Gesetzesvorlage zu finden ist, ist es genau das, worüber da gesprochen wird. Der Neo-Konservative Michael Ledeen, einer der Architekten des Irak-Fiaskos, bezeugte vor dem Komitee für internationale Beziehungen geradeheraus: "Ich weiß, dass einige Mitglieder es vorziehen würden, um die explizite Bezeichnung "Regime-Änderung" als Politik dieses Landes herumzureden, doch jeder, der eng mit der Sprache und dem Kontext des Komitees vertraut ist, sieht eindeutig, dass dies in der Tat die Essenz der Sache ist. Man kann keine Freiheit im Iran haben, ohne die Mullahs zu entmachten".

Sanktionen, zusammen mit finanzieller und politischer Unterstützung für Personen und Gruppen, die sich für einen Umsturz der iranischen Regierung engagieren, sind Kriegshandlungen. Wieder einmal erklären wir einseitig einen Präventivkrieg gegen ein Land und ein Volk, das uns keinen Schaden zugefügt hat und auch nicht die Kapazität hat, dies zu tun. Und es ist nicht zu erwarten, dass der Kongress eine Erklärung der Kriegsresolution ernsthaft diskutiert. In den letzten 56 Jahren hat der Kongress die Macht, nach Belieben in den Krieg zu ziehen, der Exekutive überlassen, ohne Rücksicht auf die tragischen Folgen und Kosten.

Kürzlich signalisierte Staatsministerin Rice eine scharfe Kursänderung in Richtung Konfrontation in der Iran-Politik, als sie auf einer Finanzierung von 75 Millionen Dollar für Propagandasendungen im Iran durch Fernsehen und Rundfunk beharrte. Diesen Bedarf meldete sie aufgrund der angeblichen, so genannten "aggressiven" Politik der iranischen Regierung an. Da sind wir dann siebentausend Meilen von Zuhause weg

und sagen den Irakern und den Iranern, was für eine Regierung sie haben sollen, gestützt auf den Einsatz unserer Militärstreitkräfte – und nennen sie die "Angreifer". Wir machen uns dabei nicht klar, dass die iranische Bevölkerung, welche Fehler sie auch immer gemacht haben mag, in der heutigen Zeit keinen einzigen Nachbarn angegriffen hat. Diese Provokation ist gänzlich unnötig, kostspielig und gefährlich.

So wie die Invasion im Irak unbeabsichtigt den Interessen der Iraner dienlich wurde, wird auch eine militärische Konfrontation mit dem Iran unbeabsichtigte Folgen haben. Das zwischen den Iranern und der irakischen Mehrheit erzeugte erfolgreiche Bündnis, die Shia, wird sich als ungeheurer Gegner für uns im Irak erweisen, wenn der Bürgerkrieg sich dort ausweitet. Wenn unsere Schiffe im persischen Golf die Meerengen von Hormuz passieren, kann diese von den Iranern leicht unterbrochen werden, in Vergeltung für jede militärische Konfrontation. Da der Iran unfähig wäre, sich mit konventionellen Mitteln zu verteidigen, erscheint es logisch, dass Einige zur terroristischen Attacke gegen uns greifen könnten. Sie werden sich nicht passiv ruhig verhalten und können auch nicht so leicht vernichtet werden.

Einer der vorgeschobenen Gründe für den Waffengang gegen den Irak war, "unsere" Ölversorgung zu sichern. Dies schlug jedoch fehl: Die Produktion im Irak ist um 50 % vermindert, und die Ölpreise in der Welt haben sich auf mehr als 60 Dollar pro Barrel verdoppelt. Sich im Iran einzumischen, könnte leicht ein ähnliches Resultat haben. Dann könnten wir leicht Ölpreise von über 120 Dollar pro Barrel erleben, und 6 Dollar Benzinpreis an den Tankstellen. Die Besessenheit, die die Neo-Konservativen hinsichtlich Umgestaltung des Nahen Ostens an den Tag legen, ist schwer nachzuvollziehen. Leicht nachzuvollziehen hingegen ist, dass keiner von denen, die diese Kriege planen, erwarten muss, auch in ihnen kämpfen zu müssen, und dass wohl auch keines ihrer Kinder durch irgend eine improvisierte Explosionsvorrichtung wird sterben müssen.

Wann genau ein Angriff stattfinden soll, ist nicht bekannt, doch wir sind mehr als einmal vorgewarnt, dass alle Optionen auf dem Tisch bleiben. Die Abfolge von Ereignissen, die jetzt hinsichtlich des Irans stattfinden, erinnert in gespenstischer Weise an das Gerede vor unserem Präventivschlag gegen den Irak. Wir sollten uns des Sprichworts erinnern: "Lege mich einmal herein – Schande über dich; lege mich zweimal herein – Schande über mich!" Für mich sieht es so aus, als ob der Kongress und das Land ein zweites Mal hereingelegt werden sollen.

Interessanterweise stehen viele frühere Anhänger des Irak-Krieges dem Präsidenten jetzt sehr kritisch gegenüber, da sie hinsichtlich der Gründe für eine Invasion und Besetzung irreführend wurden. Doch dieselben Leute sind nur allzu begierig darauf, dieselben hirnrissigen Argumente für unser Bedürfnis zu akzeptieren, die iranische Regierung zu unterminieren.

Die 'Nationale Sicherheitsstrategie 2006' des Präsidenten, soeben veröffentlicht, ist in jedem Detail genauso erschreckend wie jene des Jahres 2002 mit der Billigung des Präventivkriegs. Er behauptet darin: "Es gibt keine größere Herausforderung durch ein einzelnes Land als die seitens des Iran". Er behauptet, dass die Iraner seit 20 Jahren versteckte Schlüssel-Aktivitäten in Sachen Kernkraft betrieben hätten –, obwohl weder die internationale Atomenergiebehörde derartige Vermutungen ausspricht noch der Sicherheitsrat in diesen 20 Jahren jemals Sanktionen gegen den Iran verhängt hat. Das Hauptargument im Dokument der 'Nationalen Sicherheits-Strategie' ist: "Wenn diplomatische Bemühungen fehlschlagen, soll eine Konfrontation erfolgen". Das Problem ist: Die diplomatische Bemühung – wenn man diesen Begriff überhaupt verwenden soll – ist gezielt auf Vergeblichkeit hin angelegt, weil vom Iran gefordert wird, Unbeweisbares zu beweisen. Der von den USA angeführte Westen leistet sich eine größere Vertragsverletzung, indem er fordert, dass der Iran Nukleartechnik nicht einmal für

friedliche Zwecke verfolgen soll, ein Recht, das vom "NPT" garantiert wird.

Der Präsident konstatiert: Der "Wunsch des Iran, eine Kernwaffe zu haben, ist inakzeptabel". Ein "Wunsch" ist rein subjektiv und kann weder erhärtet noch widerlegt werden. Daher ist nun alles, was "notwendig" ist, um einen Angriff zu rechtfertigen, der Umstand, dass der Iran versäumt, zu beweisen, dass er nicht den "Wunsch" hat, zu sein wie die Vereinigten Staaten, China, Russland, Großbritannien, Frankreich, Pakistan,

Indien und Israel, – deren Atomraketen den Iran umgeben. Eine Logik wie diese – zur "Rechtfertigung" eines neuen Kriegs ohne die geringste Erwägung einer Kriegserklärung durch den Kongress – ist wirklich erschreckend.

Gesunder Menschenverstand sagt uns, dass ein Kongress besonders angesichts des Bürgerkriegs im Irak und des Schlamassels in Afghanistan große Vorsicht walten lassen sollte, wenn er erwägt, eine militärische Konfrontation mit dem Iran "stillschweigend zu dulden".



Militärische Reaktionen der USA seit 1990 – östliche Hemisphäre (von USA aus gesehen)

## Motive der Konfliktparteien im Iran-Atomkonflikt

### Das Scheitern der EU-Diplomatie und Alternativen zu einem neuen Krieg

#### Von Mohssen Massarrat\*

Der Iran-Atomkonflikt wird in der öffentlichen Debatte überwiegend darauf zurückgeführt, dass das iranische Atomprogramm nicht nur energiepolitische Ziele, sondern auch militärische Ziele verfolgt und dass die „internationale Gemeinschaft“ aus Sorge um die Nicht-Weiterverbreitung von Atomwaffen Iran zu einer Änderung seiner Atompolitik bewegen will. In der Logik dieser Konfliktbeschreibung liegen auch Schlussfolgerungen, die einen Gewalteinsatz als Mittel zur Konfliktlösung legitimieren: „Sollte Teheran nicht zu mehr Flexibilität bereit sein“, so Oliver Thränert von der Stiftung Wissenschaft und Politik „dürfte es kaum eine andere Möglichkeit geben, als zu versuchen, durch Beschlussfassung des UN-Sicherheitsrates Iran auch mit nicht-kooperativen Mitteln von seinen allem Anschein nach bestehenden Absichten, sich eine Atomwaffenoption zu verschaffen, abzubringen.“

Diese die Anwendung von nicht-kooperativen Mitteln, letztlich einen neuen Krieg befürwortende Position, die inzwischen leider in Europa und in Deutschland zur Mainstream-Position geworden ist, ist empirisch einseitig und unterschlägt die vielschichtigen Motive und Interessenlagen auf beiden Seiten des Konflikts. Der Iran verfolgt mit seinem Atomprogramm energiepolitische, sicherheitspolitische sowie wirtschafts- und technologiepolitische Ziele mit national-symbolischer Bedeutung. Der Westen verfolgt dagegen einerseits das Ziel zu verhindern, dass der Iran eine regionale Atommacht wird. Andererseits kristallisiert sich auch immer deutlicher heraus, dass sich hinter dem Vorwand der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen eine Strategie der flächendeckenden Weiterverbreitung von Atomenergie und handfeste Interessen der internationalen, vor allem der US-amerikanischen

Nuklearindustrie verbirgt. Im Folgenden sollen zunächst die Motive und Interessen beider Seiten näher erläutert und dann Alternativen zum Gewalteinsatz und Krieg skizziert werden.

#### 1. Energie- und nukleartechnologische Motive

Das iranische Energieministerium prognostiziert bis 2025 den Bedarf einer Kraftwerkskapazität von 100.000 Megawatt, die gegenwärtige Kapazität beträgt ca. 40.000 MW. Dieser Bedarf wird mit steigender Bevölkerungszahl und wachsendem Lebensstandard begründet. Zur Deckung des wachsenden Strombedarfs seien – so die iranische Regierung - demzufolge 15 – 20 Atomkraftwerke mit einer Gesamtkapazität von 20.000 MW erforderlich. Anderenfalls wäre der Iran gezwungen, bald die gesamte Öl- und Gasproduktion für den einheimischen Verbrauch einzusetzen (gegenwärtig beträgt dieser Anteil 40 %), mit der Folge, dass seine Deviseneinnahmen auf Null sinken würden. Diese doch beträchtliche nukleare Kraftwerkskapazität setze – so Teheran – einen eigenständigen iranischen Brennstoffkreislauf, d.h. die Herstellung von yellow cake, die Erzeugung des gasförmigen Uranhexafluorid (UF<sub>6</sub>) und schließlich die Urananreicherung auf 3 % voraus. Nur so könne langfristig die eigene energiepolitische Unabhängigkeit und Sicherheit garantiert werden.

Mit einer ähnlichen Argumentation schuf 1975 das mit den USA verbündete Schah-Regime - seinerzeit mit Zustimmung und Unterstützung von USA und Europa - das iranische Atomprogramm, das schon damals den vollständigen Brennstoffkreislauf einschloss. 1981 - also nach der islamischen Revolution, die 1979 stattfand - beschloss die neue islamische Führung, das nukleare Pro-

gramm des alten Regimes weiterzuführen. Inzwischen sind ca. 4.000 hoch qualifizierte Ingenieure und Wissenschaftler in der iranischen Nuklearindustrie beschäftigt, die - ganz in Übereinstimmung mit der Propaganda der europäisch-amerikanischen Nuklearindustrie - den Atomstrom als die einzige Alternative zu erschöpfbaren fossilen Energiequellen erklären und dafür plädieren, die Atomenergie zum zweiten Standbein der iranischen Energieversorgung zu machen.

Die Prognosen zum Strombedarf entsprechen den Wünschen iranischer Atomenergieexperten, die genauso willkürlich und unbegründet sind wie die Strombedarfsprognosen der deutschen Atomindustrie vor 30 Jahren. Erstens werden in dieser Prognose die technologischen Möglichkeiten zur Steigerung der Energieeffizienz und Absenkung des Bedarfs in großem Umfang nicht berücksichtigt. Zweitens wird die Perspektive der Nutzung von regenerativen Energiequellen, deren Potentiale im Iran beträchtlich sind, als Alternative zur Nuklearenergie und ein zweites Standbein neben den fossilen Energiequellen systematisch ausgeblendet.

Die USA und die EU haben bisher weder die iranischen Strombedarfsprognosen, und damit die angepeilte nukleare Kraftwerkskapazität in Frage gestellt noch von sich aus die Alternative regenerativer Energietechnologien für Irans Energieversorgung ins Spiel gebracht. Ganz im Gegenteil erklärte sich die EU in ihrem Angebot vom 8. August 2005 bereit, Iran beim massiven Ausbau der Atomenergie zu unterstützen, allerdings mit der nicht verhandelbaren Bedingung eines dauerhaften iranischen Verzichts auf Urananreicherung. Diese Bedingung liefe aus iranischer Sicht jedoch darauf hinaus, die für die Sicherheit der Energieversorgung sensibelste Stufe der nuklearen Energieerzeugung ins Ausland zu verlagern und sich in eine dauerhafte Abhängigkeit zu begeben. Alle Fraktionen der iranischen Elite lehnen dieses Ansinnen mit einem durchaus einsichtigen Argument rundweg ab: „Wir wollen“, so die überwiegende Ansicht der Regierung und des Parlaments „die Ab-

hängigkeit von eigenen fossilen Energiequellen reduzieren, aber nicht um den Preis einer neuen energiepolitischen Abhängigkeit, und dazu noch einer Abhängigkeit vom Ausland bzw. von Staaten, die uns nicht freundlich gesinnt sind“. Tatsächlich wäre der Iran dadurch jederzeit erpressbar und seine kostspieligen Atomanlagen wären im Konfliktfall keinen Pfifferling mehr wert. Teheran wirft den USA und der EU vor, unter dem Vorwand der Nicht-Weiterverbreitung von Atomwaffen die Weiterverbreitung und den flächendeckenden Export von Atomkraftwerken absichern und entgegen den Bestimmungen des Atomsperrvertrages (NPT) zwei Klassen von Staaten mit unterschiedlichen Rechten schaffen zu wollen.

### **Präzedenzfall Iran**

Die Annahme ist durchaus nicht abwegig, dass im Süden eine von der internationalen Nuklearindustrie, hauptsächlich der US-Nuklearindustrie, abhängige Energieversorgung etabliert werden soll. Angesichts der weltweit steigenden Energienachfrage, der sinkenden fossilen Energieressourcen und der Notwendigkeit zur Reduktion von CO<sub>2</sub> rechnet die internationale Nuklearindustrie mit einer Renaissance der Atomkraftwerke, zumal vor allem die US-Nuklearindustrie Prototypen von Mini-AKW's entwickelte, die auch in ländlichen Gebieten dezentral installiert werden könnten. Doch diese langfristig angelegte Strategie der Weiterverbreitung von Atomenergie erfordert gleichzeitig eine überzeugende neue Strategie der Nicht-Weiterverbreitung von Atomwaffen, zumal NPT sich dazu als lückenhaft erwiesen hat. In diesem Kontext ist es naheliegend, durch Iran notfalls auch mittels Gewalteinsatz den Präzedenzfall für zwei Klassen von Staaten mit unterschiedlichen Rechten zu schaffen: Erstens die Industriestaaten, allen voran die USA, mit allen rechtlichen Möglichkeiten der AKW-Produktion und weltweiten Exports. Und zweitens die Länder des Südens, denen die Rolle zugewiesen wird, die AKW's importieren zu dürfen, im übrigen aber von fremder Brennstoffversorgung, und damit der Nuklearindustrie

der Industrieländer de facto langfristig abhängig zu werden.

Für diese Annahme spricht, dass im 35-seitigen EU-Angebot an den Iran die Handschrift der internationalen Nuklearindustrie nicht zu übersehen ist. Die drei EU-Staaten Deutschland, Frankreich und England vermieden es in diesem Angebot konsequent, dem Iran zur Deckung der Bedarfslücke anstelle von Atomtechnik als zweites Standbein regenerative Energietechnologien anzubieten, obwohl ein derartiges Angebot dem Unabhängigkeitsargument der iranischen Seite Rechnung tragen und dem iranischen Atomprogramm auf glaubwürdige Weise die energiepolitische Legitimation entziehen würde. Es ist jedenfalls unbegreiflich, warum ausgerechnet der grüne Außenminister und die rot-grüne Bundesregierung es versäumt haben, die regenerative Energiealternative wenigstens ins Spiel zu bringen, zumal nur diese Alternative auch die sicherste Garantie dafür darstellt, die Weiterverbreitung von Atomwaffen zu verhindern. Indem die drei EU-Staaten diese Alternative bisher an keiner Stelle auch nur erwähnen und ausschließlich die Atomenergie in den Vordergrund stellen, setzen sie sich dem Verdacht aus, den Iran-Konflikt für die Sanierung der internationalen Nuklearindustrie instrumentalieren zu wollen.

## **2. Das sicherheitspolitische Motiv**

Der Iran ist eine regionale Mittelmacht, sicherheitspolitisch aber der militärischen Überlegenheit seiner strategischen Hauptgegner, nämlich der Hegemonialmacht USA und dem Ministaat Israel gleichermaßen, hoffnungslos ausgeliefert. Nicht nur die gegenwärtige islamische Regierung, sondern auch eine demokratisch säkulare Regierung wird sich mit dem bestehenden „Sicherheitsdilemma“ nicht abfinden. Irans Nachbarstaaten Pakistan und Russland sind Atomstaaten, Israels Atomwaffen (200-300 Atomsprengköpfe und alle dazu erforderlichen Trägersysteme) stellen für den Iran eine aktuelle Bedrohung dar. Hinzu kommt die militärische Einkreisung Irans durch die USA von allen vier Himmelsrichtungen. Die EU ignorierte in

ihrem Angebot Ende August diese Realität völlig. Ihr Angebot, auf eine Bedrohung Irans mit britischen und französischen Atomwaffen zu verzichten, ist ein Hohn und eine Beleidigung für die Intelligenz des iranischen Militärs und der Sicherheitsberater. Obgleich die iranische Regierung wohlweislich jegliches Junktim zwischen ihrem Atomprogramm und dem Sicherheitsdilemma vermeidet, ist nicht von der Hand zu weisen, dass Irans Militär auf die Atomwaffenoption drängt. Der geplante Schwerwasserreaktor in der Nähe der Stadt Arak, der für die Produktion von waffenfähigem Plutonium geeignet ist, sowie das Programm zum Ausbau von Trägerraketen lassen auf die Absicht schließen, sich die technologischen und wissenschaftlichen Kapazitäten für die militärische Option zu verschaffen.

Dabei geht es dem Iran um die Herstellung der Balance of Power und eines Gleichgewichts des Schreckens, getreu den international immer noch vorherrschenden sicherheitspolitischen Doktrinen. Israel ist dagegen entschlossen, die atomare Vormachtstellung im Mittleren und Nahen Osten unter keinen Umständen aus der Hand zu geben und gegnerische Nuklearprojekte, wie 1981 in Irak, präventiv zu zerstören. Schenkt man einer informativen Spiegel-Titelgeschichte Glauben, stand Israel tatsächlich auch bereits zwei Mal kurz davor, Atombomben gegen arabische Nachbarn einzusetzen: 1973 im Yom-Kippur-Krieg und 1982 zu Beginn des Libanonkrieges. Die USA und offensichtlich auch die EU wollen, dass Israel seine atomar gestützte militärische Vormachtstellung behält. „Viele Menschen begreifen nicht hinreichend“, sagte Joschka Fischer als deutscher Außenminister in einem Zeit-Interview „warum Israel eine Position der militärischen Überlegenheit braucht.“ Wer aber von Israels militärischer Stärke spricht, der meint natürlich auch dessen Atomwaffenarsenal und nimmt wissend oder nicht wissend unweigerlich auch in Kauf, dass Israel gegebenenfalls davon Gebrauch macht. Als moralische Rechtfertigung dafür wird auf das Existenzrecht

des jüdischen Staates und auf die Rhetorik führender Politiker der Region, wie jüngst die inakzeptable Äußerung des iranischen Staatspräsidenten Ahmadinedschad „der Schandfleck wird ohne Zweifel aus dem Schoß der islamischen Welt verschwinden“, hingewiesen.

Das Monopol an Atomwaffen macht Israel einerseits militärisch unangreifbar, es bedroht gleichzeitig aber alle anderen Staaten in der Region und zwingt diese dazu, sich ebenfalls Atomwaffen zu beschaffen. Dadurch wird Israels Bevölkerung zur Geisel einer permanenten Angst und Unsicherheit, dass es irgendwann einem Staat der Region doch noch gelingen könnte, den jüdischen Staat mit Atomwaffen oder anderen Massenvernichtungswaffen zu bedrohen. Aus dieser Perspektive sind Israels Atomwaffen die schlechteste aller Optionen, um sein Existenzrecht zu garantieren. „Zu viel militärische Macht bringt nicht automatisch mehr Sicherheit, sondern gefährdet sie eher“, lautet der Lehrsatz des neoklassischen Realismus, der vor dem Hintergrund des atomaren Overkills im Ost-West-Konflikt formuliert und als allgemein gültig anerkannt worden ist. Der Verdacht liegt jedoch nahe, es geht den Vereinigten Staaten bei ihrer Mittelost-Politik nicht in erster Linie um die Verteidigung der Existenz Israels, sondern darum, die Existenzängste der israelischen Bevölkerung für eigene geopolitische Ziele in einer der sensibelsten Regionen der Welt zu instrumentalisieren. Ein Zustand der Unsicherheit, der Instabilität und der permanenten gegenseitigen Bedrohung liefert tatsächlich einen permanenten Grund für Parteinahme, Einmischung und schließlich auch militärische Interventionen, die den eigenen geopolitischen Interessen dienlich sind.

### **3. Symbolisches Motiv: Atomprogramm als nationales Projekt**

Das energiepolitische Motiv Irans deckt sich weitgehend mit seinem sicherheitspolitischen Motiv. Atomenergieexperten wännen sich im Bündnis mit den Technokraten und der militärischen Elite der islamischen Republik in einem festen Bündnis. Doch es geht um mehr: Es geht um die Mobilisierung aller, auch der

der regimekritischen Iraner für ein vermeintlich nationales und Identität stiftendes Projekt. Inzwischen ist das Atomprogramm tatsächlich für alle politischen Fraktionen im Iran, für Reforme wie für die Konservativen, auch für die studentische Opposition, die für Demokratie und den säkularen Staat eintritt, zu einem symbolischen nationalen Projekt geworden, an dessen Fundamenten gegenwärtig niemand rütteln kann und will.

Selbst Irans ehemaliger Staatspräsident und Reforme Khatami verteidigte das nukleare Projekt, da es „unseren nationalen Interessen, unserer nationalen Ehre, unserer Zukunft entspricht und unser Fortschritt davon abhängt.“ Noch deutlicher legt sich der konservativ orientierte Teil der iranischen Elite um den neuen iranischen Präsidenten auf das nukleare Projekt fest. „Der nukleare Brennstoffkreislauf“, sagte der neue Chef von Irans Nationalem Sicherheitsrat, Larijani, „ist ein Recht und zugleich auch ein Bedürfnis, ... kein Volk kann am Zugang zu dieser Technologie gehindert werden. Dabei dürfen wir nicht übersehen, Ahmadineschat siegte und übernahm die Macht, weil er die Idee und das Ziel für Iran verfolgte, diese Technologie zu beherrschen und den erreichten Stand zu verteidigen. Er fühlt sich diesem Anliegen nachhaltig verpflichtet. Damit ist dieses Projekt eine nationale Idee und ein nationales Ziel geworden. Es ist ein großer Fehler des Westens, dass er diese allgemein verbreitete Auffassung der Iraner ignoriert.“

Die Parallele zwischen Mossadeghs Projekt der Nationalisierung der iranischen Ölindustrie vor 55 Jahren und dem nuklearen Projekt liegt auf der Hand. Mossadeghs Projekt trug tatsächlich erheblich zum Nationalbewusstsein und zum Souveränitäts- und Freiheitsgefühl im modernen Iran bei. Die kollektive Erinnerung daran, dass es die USA und Großbritannien waren, die vor über einem halben Jahrhundert Mossadeghs Projekt der Nationalisierung des Erdöls gewaltsam zu Fall brachten, bestätigt viele Iraner in der Auffassung, dass es

dem Westen auch diesmal darum geht, Irans Souveränität aushebeln zu wollen, und dass so wie damals die eigenständige Ölindustrie nun heute die Schaffung einer eigenständigen Nuklearindustrie im Iran verhindert werden soll. Doch kann das nukleare Projekt seine symbolische Funktion genauso schnell wieder verlieren wie sie entstanden ist. Das nukleare Projekt verschlingt beträchtliche Ressourcen des Landes und ist ökonomisch nicht tragfähig. Es schafft mehr Abhängigkeit und Konflikte, ohne für Irans Energiebedarf einen nennenswerten Beitrag zu leisten.

#### **4. Wie wahrscheinlich ist ein neuer Krieg?**

Die islamische Regierung hat sich auf das Recht zur Urananreicherung und die Beherrschung des gesamten Brennstoffkreislaufs festgelegt. Ein Abweichen von diesem Ziel ohne objektive Sicherheitsgarantien zur Überwindung von Irans Sicherheitsdilemma und ohne nachvollziehbare Antworten für die Möglichkeit einer selbstständigen Energieversorgung scheint so gut wie ausgeschlossen zu sein. Einseitige Forderungen ohne seriöse Gegenleistungen, wie das EU-Angebot vom 8. August 2005, sind zum Scheitern verurteilt. Auch die USA bestehen entsprechend der oben dargestellten ökonomischen, sicherheits- und geostrategischen Motive weiterhin auf ihrem Standpunkt, Iran zu einem Verzicht auf Urananreicherung zu zwingen. Die EU-Diplomatie ist gescheitert und befindet sich inzwischen im Schlepptau der amerikanischen Iran-Politik. Auch der russische Vorschlag, die Urananreicherung auf russischem Boden durchzuführen, dürfte an der Absicht Teherans scheitern, sich wegen der Atomstromproduktion nicht vom Ausland abhängig machen zu wollen. Durch die Logik vom scheinbar unauflösbaren Gegensatz zwischen den Konfliktparteien gerät eine weitere Konfliktpartizipation - letztlich auch ein Krieg - immer mehr in den Bereich der Wahrscheinlichkeit, und dies trotz der massiven Rückschläge für die USA und die Neokonservativen im Irak. Die US-Regierung glaubt, ohne Bodentruppen und durch die Zerstörung von

Irans Atomanlagen aus der Luft die iranische Bedrohung abzuwenden und dabei im Unterschied zum Fall Irak die Weltöffentlichkeit auf ihrer Seite zu haben.

Washington verfügt zweifelsohne über detaillierte Planungen für einen Luftangriff gegen iranische Atomanlagen. Seymour Hersh, die Koryphäe im investigativen Journalismus der USA, enthüllte im ebenso renommierten wie vorsichtigen „New Yorker“ Mitte Januar 2005 die Angriffsabsichten der US-Neokonservativen. „Bei meinen Recherchen während der beiden vergangenen Monate wurde ich allerdings mit viel un-diplomatischeren Auffassungen konfrontiert. Die Falken in der Regierung rechnen damit, dass sich schon bald das Scheitern der europäischen Vermittlungsbemühungen mit Teheran herausstellen wird.“ Dann sei der Zeitpunkt gekommen, an dem die US-Regierung zur Tat schreiten müsse. „Wir reden hier nicht über irgendwelche Positionspapiere des Nationalen Sicherheitsrats“, betonte der frühere Spitzenagent. „Über diese Hürde sind die längst hinweg. Es geht nicht mehr darum, ob sie irgendetwas gegen Iran unternehmen. Sie werden es tun.“ (Hersh in: Der Spiegel 4/2005) Scott Ritter, ehemaliger Irak-UN-Beauftragter, will von der dezidierten Absicht der USA wissen, Iran durch eine Resolution im UN-Sicherheitsrat verpflichten zu wollen, der IAEA sowohl die Kontrolle seiner nuklearen wie auch aller militärischen Einrichtungen zu jedem Zeitpunkt und ohne Voranmeldung zu erlauben. Da jedoch der Iran - wie vorauszusehen ist - eine derart weitreichende Resolution als Angriff auf die eigene Souveränität auffassen und daher zurückweisen würde, fühlte sich die US-Regierung hinreichend legitimiert, mit oder auch ohne Zustimmung des Sicherheitsrates gegen den Iran Krieg zu führen und z. B. Irans nukleare und militärische Anlagen aus der Luft zu bombardieren.

Daniel Ellsberg, der durch die Veröffentlichung von Geheimdokumenten des Pentagons zum Vietnamkrieg zum vorzeitigen Ende des Krieges beitrug, hält

es für wahrscheinlich, dass die US-Regierung einen Luftkrieg gegen den Iran unternehmen wird, und zwar zu einer Zeit, die ihr politisch geeignet erscheint. Glaubte man den Aussagen in dem Unternehmenskreisen nahestehenden Magazin „Vertrauliche Mitteilungen aus Politik, Wirtschaft und Geldanlage“, dann hätten US-Unterhändler bereits im Oktober 2005 mit den Vertretern wichtiger Industrienationen und internationaler Finanzinstitutionen Stützungsmaßnahmen für Börsen- und Währungskurse vereinbart, die im Falle eines Krieges gegen den Iran ergriffen werden sollten. Dabei ginge es vor allem darum zu verhindern, dass der US-Dollar seine Funktion als Öl-Leitwährung verliert. "Die Gesprächsteilnehmer wurden instruiert, dass das Eingreifen der USA im März 2006 erforderlich werden könnte. Die Planungen gehen offenbar von einem möglichen Angriff zu diesem Termin aus."

Indizien für eine Art psychologische Kriegsvorbereitung erhärten die Annahme ernsthafter Kriegsabsichten der Vereinigten Staaten. Dazu gehört die systematische Stigmatisierung Irans als unglaubliche Konfliktpartei. Die in den neunziger Jahren begangenen Rechtsbrüche werden immer wieder aufgefrischt, obwohl Irans Atomanlagen inzwischen zu den weltweit bestkontrollierten Anlagen gehören. Zu beobachten sind auch die systematischen „Enthüllungen“, die das Unglaubwürdigkeitsstigma festigen sollen. Im November 2005 wurde die Meldung der Entdeckung eines Laptops mit geheimen Details lanciert. Tatsächlich liegt dieser Laptop dem CIA aber bereits seit einem Jahr vor und enthält keineswegs derart hochstilisierte Geheiminformationen. Ein fünfseitiges Dokument mit Zeichnungen zum Bau von Atombomben wurde ebenfalls im November als neue Enthüllung deklariert. Tatsächlich hatte aber der Iran selbst dieses Dokument der IAEA übergeben. Besonders gravierend ist die Umkehrung der Beweislast für den Iran, keine Absicht zum Bau von Atombomben zu hegen. Da jegliche iranische Beateuerung in Zweifel gezogen werden

kann, dürfte der Iran immer auf der Anklagebank sitzen. Zu den psychologischen Kriegsvorbereitungen gehören auch die periodisch aufgestellten Behauptungen, der Iran sei für das Chaos im Irak mitverantwortlich, weil er die Terroristen unterstütze und mit der Al Kaida zusammenarbeite.

### **5. Über die Rolle der EU und Alternativen zu einem neuen Krieg**

Die EU-Diplomatie scheiterte nicht nur an Teheran, sondern auch an Washington. Durch die Ablehnung jedweder, für Iran unverzichtbarer Sicherheitsgarantien hatte Washington die EU-Diplomatie in der Hand und ließ sie mit der Absicht, den Fall vor den UN-Sicherheitsrat zu bringen und selbst den weiteren Ablauf in die Hand zu nehmen, scheitern. Den EU-Drei Deutschland, England und Frankreich bleibt jetzt - sofern sie sich aus der Iran-Falle der USA nicht herauslösen - keine andere Wahl, als der US-Taktik im Sicherheitsrat zu folgen und schließlich auch einen Luftkrieg der USA moralisch zu legitimieren. Auch Russland, das sich bisher gegen eine mögliche Resolution des Sicherheitsrates gewandt hat, droht angesichts eines voraussehbaren Scheiterns seiner Initiative das gleiche Schicksal wie der EU, der US-Eskalationsstrategie nichts mehr entgegenzusetzen zu können.

Mögliche Alternativen zu einem drohenden Krieg sind allesamt komplex und erscheinen sogar mehr oder weniger als utopisch. Aber es gibt sie und es kommt darauf an, sie von der visionären auf eine politisch-praktische Ebene zu bringen:

Erstens die multilaterale Kontrolle sämtlicher Atomanlagen in Industrie- und Entwicklungsländern entsprechend des Vorschlags von El Baradei, und damit die völkerrechtliche Gleichstellung aller Staaten. Dieser Weg wäre konsequent und auch ein entscheidender Schritt in Richtung einer weltweiten Abrüstung von Atomwaffen. Allerdings muss damit gerechnet werden, dass kein Atomwaffenstaat sich darauf einlassen wird, und dass damit dieser Weg vorerst keine

Antwort auf den Atomkonflikt mit Iran liefert.

Zweitens die multilaterale Kontrolle der Urananreicherungsanlagen Irans und auch anderer Schwellenländer mit einem Atomprogramm auf internationalem Boden, wie vom SIPRI vorgeschlagen worden ist. Auf eine derartige Möglichkeit würden sich der Iran und auch andere Länder nicht einlassen, da sie letztlich dazu führen würde, zwei Klassen von Staaten mit unterschiedlichen Rechten zu schaffen. Die Abhängigkeit vom Ausland bliebe bei dieser Alternative bestehen, eine objektive Sicherheitsgarantie für die dauerhafte Lieferung von nuklearen Brennstäben könnte die UN letztlich nur im Falle eines UN-Gewaltmonopols geben. Andernfalls besteht immer die Möglichkeit, dass die USA oder andere Staaten die Brennstofflieferung militärisch verhindern. Zudem macht dieser Vorschlag den Weg für eine flächendeckende Weiterverbreitung von Atomkraftwerken in den Entwicklungsländern frei. Darüber hinaus gibt dieser Weg keine Antwort auf Irans Sicherheitsdilemma und die Abrüstung im Nahen und Mittleren Osten.

Drittens der Vorstoß zu konkreten Schritten für ein System der gemeinsamen Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten analog zum KSZE-Prozess mit dem Ziel der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in der gesamten Region. Dies ist zwar auch kein einfacher Weg, aber er verspricht größere Realisierungschancen und ist gleichzeitig auch eine zukunftsfähige Antwort auf viele andere grenzüberschreitende Konfliktfelder, wie z.B. territoriale Streitigkeiten, ethnische Konflikte, grenzüberschreitende Nutzung von Energiequellen und Gewässern etc. Die USA werden sicherlich über einen derartigen Vorstoß nicht gerade glücklich sein. Dagegen ist die Perspektive eines befriedeten Mittleren und Nahen Ostens für Europa in vieler Hinsicht von existenzieller Bedeutung. Auch Russland und China hätten keinen konkreten Anlass dagegen zu sein und dürften einen Vorstoß in diese Richtung wahrscheinlich

unterstützen. Die EU ist die einzige politische und moralische Kraft, mit diesem Vorschlag aufzuwarten und ihn mit konkreten Schritten zu koppeln. Dazu gehört die Einberufung einer baldigen regionalen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit, die seriös vorbereitet und demnächst durchgeführt werden müsste. Damit wird nicht zuletzt Iran signalisiert, sein Sicherheitsdilemma ernst zu nehmen, so dass auch der Iran sich aller Wahrscheinlichkeit nach bis auf Weiteres zu einem Verzicht auf Urananreicherung bereit erklären könnte. Dieser Vorstoß müsste, um innerhalb von Europa akzeptanzfähig zu sein und auch Israels vermutlich massive Gegnerschaft abzumildern, mit konkreten Vorschlägen sowie unzweifelhaften und objektiven Sicherheitsgarantien für die Existenz Israels z.B. durch die USA und die EU gekoppelt sein. Die EU sollte dem Iran gleichzeitig auch den Vorschlag unterbreiten, ihm regenerative Energietechnologien zu liefern und das Land bei der Etablierung eines zukunftsfähigen und umweltfreundlichen zweiten Standbeins zur Energieversorgung zu unterstützen. Dieser Weg öffnet immerhin ein neues Fenster des Friedens und setzt mit der Perspektive zur Schaffung einer Organisation der regionalen Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten (OSZMNO) einen Prozess in Gang, dem sich auf Dauer kein Staat der Region, weder der Iran noch Israel, wird verschließen können.

*\* Professor für Politik und Wirtschaft am Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück mit den Forschungsschwerpunkten Mittlerer und Naher Osten, Energie, Friedens- und Konfliktforschung, Nord-Süd-Konflikt.*

*Vortrag beim 12. Friedenspolitischen Ratschlag, 3./4. Dezember 2005, Universität Kassel.*

*Wir haben bei der Wiedergabe des Manuskripts auf den Anmerkungsapparat verzichtet. Der vollständige Text wird in dem "Ratschlags-Buch" veröffentlicht, das in der ersten Jahreshälfte 2006 erscheinen soll ("Neue Kriege in Sicht").*

## Die Iran-Krise - "Diplomatie" als Raketenabschussrampe

von Norman Solomon / ZNet 09.02.2006

Die Welle, die die westliche Diplomatie derzeit schlägt, wird sich im Nachhinein wahrscheinlich als Grundlage für den Abschuss von Raketen auf den Iran entpuppen.

Luftschläge gegen Ziele im Iran scheinen mir sehr wahrscheinlich. Aber viele Friedensaktivisten in den USA sind geradezu versessen darauf zu glauben, dass das nicht passiert.

Erste Illusion: Das US-Militär hat genug mit dem Irak zu tun. Das Pentagon ist nicht in der Lage, es gleichzeitig mit dem Iran aufzunehmen.

Aber was in Aussicht steht, ist keine Invasion - vielmehr ein großer Luftschlag. Einen Luftschlag gegen Ziele im Iran zu führen, wäre das amerikanische Militär leicht in der Lage (falls diese Aufgabe nicht dem israelischen Militär zufällt - das ebenfalls gut gerüstet ist, den Iran zu bombardieren).

Zweite Illusion: Die Bush-Administration stecke daheim in großen Schwierigkeiten - zum Beispiel wegen der Lügen über die angeblichen irakischen Massenvernichtungswaffen - da könne es nicht noch einen Aufschrei der Empörung (wegen eines Angriffs auf den Iran) riskieren.

Das Weiße Haus bereitet im Inland langsam aber sicher den politischen Boden für Bomben auf Iran. Das Wall Street Journal vom 3. Februar: "Neuesten Umfragen zufolge sagen erstaunlich viele Amerikaner, sie würden einen amerikanischen Militärschlag unterstützen, damit Iran nicht die Bombe bekommt".

Im Übrigen lautet eine Schlagzeile derselben Zeitung: 'U.S. Chooses Diplomacy on Iran's Nuclear Program' - Wasser auf die Mühlen des Plans der Bush-Administration. Es ist ein alter Trick: Während du dich auf eine aggressive Militäraktion vorbereitest, betonst du gleichzeitig die Diplomatie.

Zwar hat Donald Rumsfeld auf der (Sicherheits-)Konferenz in München am 4. Februar verkündet, die Welt solle an einer "diplomatischen Lösung" arbeiten, um das iranische Atomprogramm zu stoppen. Am folgenden Tag jedoch zitierte die deutsche Tageszeitung 'Handelsblatt' aus einem Interview mit Rumsfeld: "Alle Optionen, auch die militärische, liegen auf dem Tisch".

Amerikanische Top-Offizielle zögern nicht - im Sinne des Majestatis Pluralis - für die ganze Welt zu sprechen. So sagte US-Außenministerin Condoleezza Rice am Wochenende: "Die Welt wird nicht daneben stehen, während der Iran weiter voranschreitet auf dem Pfad der atomaren Waffenfähigkeit". Gleichzeitig erklärte Rumsfeld: "Das iranische Regime ist heute in der Welt der führende staatliche Sponsor des Terrors. Die Welt will keinen nuklearen Iran und muss zusammenarbeiten, um einen solchen zu verhindern".

Das heißt übersetzt: Zuerst geben wir uns diplomatisch, dann können wir bomben.

Dritte Illusion: Die USA werden den Iran nicht angreifen, um nicht mehrere Millionen mit dem Iran verbündete Schiiten im Irak gegen sich aufzubringen, denn das wäre dem amerikanischen Krieg im Irak sehr abträglich.

Andererseits macht es heutzutage wenig Sinn, davon auszugehen, dass die Bush-Administration rational handelt. Die Leute, die unsere Außenpolitik bestimmen, haben eigene Prioritäten - Verhinderung eines Katastrophenszenarios gehört nicht dazu.

Ebenso wenig genießt die Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen einen hohen Stellenwert im Bewusstsein dieser Leute - nach dem einvernehmlichen Verhältnis zwischen Washington und den Atommächten Israel, Indien und Pakistan zu urteilen. Im Gegensatz zum Iran hat keiner der genann-

ten Staaten den Atomwaffensperrvertrag je unterzeichnet, und von diesen vier Ländern ist Iran das einzige, das eine Inspektion seiner Atomanlagen duldet. Ausgerechnet dieses Land bedrohen die Schlauköpfe aus Washington nun im Endeffekt mit Bombardement.

In den Köpfen der Washingtoner Necons reifen die Blümenträume - angesichts der massiven Öl- und Ergasvorkommen im Iran. Durch ihre Köpfen spukt die abwegige Hoffnung, man könne das Regime in Teheran stürzen. In Wirklichkeit würde ein Angriff auf Iran nur die extremsten Kräfte innerhalb des Teheraner Regimes stärken. Falls das iranische Regime jemals irgendein Interesse an der Entwicklung von Atomwaffen hatte - nach einem solchen Angriff erst recht.

"Die USA werden das Atomproblem nicht lösen, indem sie Militärschläge androhen oder den Iran vor den UN-Sicherheitsrat zerren", so die Iranerin und Friedensnobelpreisträgerin 2003 Shirin Ebadi in der Los Angeles Times vom 19. Januar 2006. Koautor des Artikels ist Muhammed Sahimi, ein Professor für 'Chemical Engineering' an der University of Southern California. "Obwohl die große Mehrheit der Iraner gegen die Hardliner im Land ist und wünscht, dass sie stürzen, unterstützt diese Mehrheit auch das Atomprogramm, denn es ist zur Quelle des Stolzes geworden für eine alte Nation mit glorreicher Vergangenheit", so der Artikel.

Und weiter: "Ein militärischer Angriff würde die nationalistischen Gefühle neu entflammen. Iran ist nicht Irak. Angesichts des leidenschaftlichen Nationalismus und der Märtyrer-Traditionen der Schiiten provozierte jeder militärische Schritt eine Reaktion, die die gesamte Region mit einschließen würde. Das Resultat wären unzählige Tote und wirtschaftlicher Ruin, nicht nur für die Region, sondern für die Welt. Auch UN-Sanktionen gegen den Iran wären kontraproduktiv - denn diese würden Teheran veranlassen, aus dem Atomwaffensperrvertrag und dessen Zusatzproto-

koll auszusteigen. Ist die Welt bereit, mit solchen Aussichten zu leben?"

Zwar rufen Ebadi und Sahimi - wegen massiver Menschenrechtsverletzungen - zu internationalem Druck auf Iran auf. Gleichzeitig betonen sie aber: "Der Iran ist mindestens sechs bis 10 Jahre von einer Atombombe entfernt, das schätzen die meisten so ein. Die Krise ist noch nicht einmal eine Krise. Es bleibt jede Menge Zeit für politische Reformen, bevor der Iran je die Bombe bauen wird".

Am 3. Februar zitierte die Iranian Student News Agency den früheren iranischen Präsidenten Muhammad Chatami: "Es ist notwendig, weise und tolerant zu handeln, damit unser Recht auf Atomenergie nicht abgeschafft wird", so Chatami. Er drängt die iranische Regierung dazu, Sicherheiten zu geben, dass das iranische Nuklearprogramm einzig der Energiegewinnung dient.

Chatami war 8 Jahre lang Präsident des Iran. In dieser Zeit gelang es ihm nicht wirklich, im Land für ein politisches Reformklima zu sorgen, dennoch galt Präsident Chatami als Vermittler, wo es um Menschenrechtsverstöße ging. Sein Nachfolger, der Demagoge Mahmoud Ahmadinedschad, ist eine Bedrohung für die Menschenrechte und den Frieden. Dabei ist jedoch keineswegs klar, dass Ahmadinedschad sich der langfristigen Unterstützung durch die im Lande herrschende Geistlichkeit gewiss sein kann.

Im Sommer schlug Ahmadinedschad Hashemi Rafsandschani - auch er ein ehemaliger Präsident - aus dem Felde und wurde neuer iranischer Präsident. Aber Ex-Präsident Rafsandschani ist noch immer relativ stark - als Vorsitzender des Expediency Council\*. Rafsandschani - der durchaus begründet den Ruf eines korrupten Opportunisten genoss -, gilt heute, im Vergleich zu Ahmadinedschad, als Leuchtfeuer der Aufklärung. Anfang Januar verfassten zwei iranische Scholar von der University of California in Berkeley einen Artikel für die Los Angeles Times, in dem sie auf Folgendes hinweisen: "Im Gegensatz zu populären Annahmen ist sich das traditionell konservative klerikale Establishment des Iran

durchaus der Möglichkeit von Gewalt in- und außerhalb des Landes bewusst. Es ist generell gegen eine aggressive Außenpolitik, und durch seine enge Bindung an die abhängige Kapitalistenklasse im Iran ist das Establishment entsetzt über den raschen Abwärtstrend, den die Wirtschaft seit Ahmadinedschads Machtantritt genommen hat. Der Wert der Teheraner Aktienbörse ist um \$10 Milliarden in die Tiefe gesackt, der vitale nationale Immobilienmarkt schrumpft und die Kapitalflucht nimmt zu". Die Autoren des Artikels heißen Dariush Zahedi und Ali Ezzatyar.

Treffend fügen sie hinzu: "Die Geschichte der iranisch-amerikanischen Beziehungen hat es gezeigt, je mehr

Washington auf Teheran wegen seiner Nuklearambitionen eindrischt, desto mehr spielt es damit den Radikalen in die Hände - indem Washington Ängste und das Nationalgefühl schürt".

Im Moment verlassen sich beide Präsidenten - der des Iran und der amerikanische - auf die Kriegslüsterheit des anderen. Alles deutet darauf hin, dass ein Militärschlag gegen den Iran die innenpolitische Macht Ahmadinedschads weiter hochtreiben wird. Wetten, dass die US-Regierung ihm diesen großen Gefallen tun wird? Es sei denn, wir verhindern es.

Norman Solomons aktuelles Buch heißt: 'War Made Easy: How Presidents and Pundits Keep Spinning Us to Death' [www.WarMadeEasy.com](http://www.WarMadeEasy.com)



Bestehende und geplante Pipelines im Nahen und Mittleren Osten

## Medien und Kriegsvorbereitung

### Medien & Krieg: Die Politik der Fälschung

**Wie Tagesschau und TAZ, der Stern und die FAZ die deutsche Öffentlichkeit mit verfälschenden Übersetzungen auf einen Krieg einstimmen.**

**Von Anneliese Fikenscher und Andreas Neumann / Arbeiterfotografie**

Israel dem Erdboden gleichmachen, zerschlagen, vernichten, zerstören, tilgen, ausradieren, von der Landkarte löschen - das habe der iranische Präsident gefordert - lesen oder hören wir Ende Oktober 2005 in der 'taz', in der 'Berliner Zeitung', der 'Welt', im 'stern', im 'Spiegel', in der 'Zeit', in der F.A.Z., der Frankfurter Rundschau, beim ZDF, in der Tagesschau und bei N24 - um nur einige zu nennen. Das, was hier verbreitet worden ist, hat gewirkt. Eine Kriegserklärung des Iran an Israel sei das. Man ist sich in den Medien offensichtlich einig in der Empörung. Sie geht rund um die Welt. Aber lesen wir genauer, was der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad gesagt hat. Es ist das Verdienst der 'New York Times', uns die Rede komplett zur Verfügung zu stellen. Hier ein Auszug der Veröffentlichung vom 30.10.2005:

"They say it is not possible to have a world without the United States and Zionism. But you know that this is a possible goal and slogan. Let's take a step back. [[[ We had a hostile regime in this country which was undemocratic, armed to the teeth and, with SAVAK, its security apparatus of SAVAK [the intelligence bureau of the Shah of Iran's government] watched everyone. An environment of terror existed.]]] When our dear Imam [Ayatollah Ruhollah Khomeini, the founder the Iranian revolution] said that the regime must be removed, many of those who claimed to be politically well-informed said it was not possible. All the corrupt governments were in support of the regime when Imam Khomeini started his movement. [[[ All the Western and Eastern countries supported the regime even after the massacre of September 7 [1978] ]]] and said the removal of the regime

regime was not possible. But our people resisted and it is 27 years now that we have survived without a regime dependant on the United States. The tyranny of the East and the West over the world must should end, but weak people who can see only what lies in front of them cannot believe this. Who could believe that one day we could witness the collapse of the Eastern Empire? But we have seen its fall during our lives and it collapsed in such a way that we have to refer to libraries because no trace of it is left. Imam [Khomeini] said Saddam must go and he said he would grow weaker than anyone could imagine. Now you see the man who spoke with such arrogance ten years ago that one would have thought he was immortal, is being tried in his own country in handcuffs and shackles [[[ by those who he believed supported him and with whose backing he committed his crimes ]]]. Our dear Imam said that the occupying regime must be wiped off the map and this was a very wise statement. We cannot compromise over the issue of Palestine. Is it possible to create a new front in the heart of an old front. This would be a defeat and whoever accepts the legitimacy of this regime [Israel] has in fact, signed the defeat of the Islamic world. Our dear Imam targeted the heart of the world oppressor in his struggle, meaning the occupying regime. I have no doubt that the new wave that has started in Palestine, and we witness it in the Islamic world too, will eliminate this disgraceful stain from the Islamic world."

(Quelle: [www.nytimes.com](http://www.nytimes.com), Einschübe in eckigen Klammern von der New York Times; Passagen in dreifach eckigen Klammern fehlen in der weiter unten wiedergegebenen MEMRI-Fassung)

Einige Sätze davon in deutscher Übersetzung:

"Man sagt, eine Welt ohne USA und Zionismus sei nicht möglich. Aber Sie wissen, daß das ein mögliches Ziel und eine mögliche Losung ist. [...] Unser lieber Imam sagte, das Besatzungsregime müsse von der Karte gefegt werden. Und das war eine sehr weise Äußerung. Wir können mit dem Thema Palästina keine Kompromisse machen. [...] Unser lieber Imam zielte auf das Herzstück des Weltunterdrückers in seinem Kampf und meinte damit das Besatzungsregime. Ich habe keinen Zweifel, daß die neue Bewegung, die in Palästina begonnen hat - und wir nehmen das auch in der islamischen Welt wahr - den Schandfleck aus der islamischen Welt entfernen wird."

Es wird klar. Die Äußerungen des iranischen Präsidenten sind in den Medien manipuliert wiedergegeben. Irans Präsident bezeichnet die Beseitigung der 'Regime', die in Israel und den USA an der Macht sind, als mögliches Ziel. Das ist richtig. Aber nirgends fordert er die Beseitigung oder Auslöschung Israels. Er macht deutlich, daß Veränderungen möglich sind. Das von den USA gestützte Schah-Regime in seinem eigenen Land wurde überwunden. Das östliche Herrschaftssystem der Sowjetunion kollabierte. Die Herrschaft Saddam Husseins ging zu Ende. Und so gibt er der Hoffnung Ausdruck, daß auch in Israel bzw. Palästina Veränderungen möglich sein werden. Ayatollah Khomeini zitiert er unter Bezugnahme auf das Schah-Regime, der in diesem Zusammenhang davon gesprochen habe, das Regime (also das Schah-Regime) müsse beseitigt werden.

Gewiss, Ahmadinedschad überträgt diese Äußerung hinsichtlich eines Regierungswechsels auch auf das besetzte Palästina. Das muß erlaubt sein. Sich in einem Land andere Verhältnisse zu wünschen, ist weltweit durchaus an der Tagesordnung. Aber aus der Forderung nach Beseitigung eines 'Regimes' die Forderung nach Beseitigung eines Staates zu konstruieren, ist grobe Irreführung. Das ist gefährliche Demagogie.

Das ist Teil des Krieges gegen den Iran, der mit den Worten von Georg Meggle, Professor für Philosophie an der Universität Leipzig, bereits begonnen hat - nämlich mit der möglicherweise wichtigsten, der vorbereitenden Propaganda-Phase.

Nur am Rande sei bemerkt, daß es der damalige stellvertretende Verteidigungsminister der USA und heutige Präsident der Weltbank, Paul D. Wolfowitz, war, der im September 2001 öffentlich ohne jede Scheu vom Auslöschen von Staaten sprach. Und es war Bush Vater, der vom gewinnbaren Atomkrieg sprach, wenn nur das Überleben einer Elite gesichert ist.

Greifen wir ein Beispiel heraus. tageschau.de schreibt am 27.10.2005 über Irans Präsidenten: "Er zitierte den iranischen Revolutionsführer Ayatollah Khomeini: 'Wie schon der Imam sagte, muss Israel von der Landkarte getilgt werden.'" Das ist eindeutig - und wir müssen befürchten bewußt - falsch wiedergegeben. Die beiden Stellen im Text des iranischen Präsidenten mit Bezug auf Ayatollah Khomeini lauten: "When our dear Imam said that the regime [Schah-Regime] must be removed, many of those who claimed to be politically well-informed said it was not possible." Und: "Our dear Imam said that the occupying regime must be wiped off the map and this was a very wise statement." In deutscher Übersetzung: "Als unser lieber Imam sagte, das [Schah-]Regime müsse beseitigt werden, sagten viele von denen, die sich für politisch gut informiert hielten, das das nicht möglich sei." Und: "Unser lieber Imam sagte, das Besatzungsregime müsse von der Karte gefegt werden. Und das war eine sehr weise Äußerung." Nirgends nehmen diese Äußerungen Bezug auf Israel. Und wenn es zulässig sein sollte, einen solchen Bezug hinein zu interpretieren, bleibt es eindeutig unzulässig zu suggerieren, die Äußerungen hätten sich nicht auf das 'Regime', das die Palästinenser-Gebiete besetzt hält, sondern auf die Existenz des Staates Israel bezogen.

Eine andere Manipulation ist es, wenn tageschau.de schreibt: "Es gibt keinen Zweifel: Die neue Anschlagswelle in Palästina wird das Stigma im Anlitz der islamischen Welt ausradieren." Dort, wo das Wort 'wave' steht, lesen wir bei tagesschau.de 'Anschlagswelle'. 'Das Wort 'wave' mit 'Anschlagswelle' wiederzugeben, ist Desinformation. Korrekt könnte es heißen: "Die neue Bewegung in Palästina wird den Schandfleck aus der islamischen Welt entfernen." Auch diese Äußerung bezieht sich auf das - im vorangegangenen Satz benannte - Besatzungsregime.

Betrachten wir den Redetext zur Sicherheit noch in einer weiteren Übersetzung - in einer Fassung des in Washington ansässigen Middle East Media Research Institute (MEMRI):

"They [ask]: 'Is it possible for us to witness a world without America and Zionism?' But you had best know that this slogan and this goal are attainable, and surely can be achieved. [[[...]]] ""When the dear Imam [Khomeini] said that [the Shah's] regime must go, and that we demand a world without dependent governments, many people who claimed to have political and other knowledge [asked], 'Is it possible [that the Shah's regime can be toppled]?' That day, when Imam [Khomeini] began his movement, all the powers supported [the Shah's] corrupt regime [[[...]]] and said it was not possible. However, our nation stood firm, and by now we have, for 27 years, been living without a government dependent on America. Imam [Khomeini] said: 'The rule of the East [U.S.S.R.] and of the West [U.S.] should be ended.' But the weak people who saw only the tiny world near them did not believe it. Nobody believed that we would one day witness the collapse of the Eastern Imperialism [i.e. the U.S.S.R.], and said it was an iron regime. But in our short lifetime we have witnessed how this regime collapsed in such a way that we must look for it in libraries, and we can find no literature about it. Imam [Khomeini] said that Saddam [Hussein] must go, and that he would be humiliated in a way that was

unprecedented. And what do you see today? A man who, 10 years ago, spoke as proudly as if he would live for eternity is today chained by the feet, and is now being tried in his own country [[[...]]] Imam [Khomeini] said: 'This regime that is occupying Qods [Jerusalem] must be eliminated from the pages of history.' This sentence is very wise. The issue of Palestine is not an issue on which we can compromise. Is it possible that an [Islamic] front allows another front [i.e. country] to arise in its [own] heart? This means defeat, and he who accepts the existence of this regime [i.e. Israel] in fact signs the defeat of the Islamic world. In his battle against the World of Arrogance, our dear Imam [Khomeini] set the regime occupying Qods [Jerusalem] as the target of his fight. I do not doubt that the new wave which has begun in our dear Palestine and which today we are also witnessing in the Islamic world is a wave of morality which has spread all over the Islamic world. Very soon, this stain of disgrace [i.e. Israel] will vanish from the center of the Islamic world - and this is attainable."

(Quelle: <http://memri.org>, Einschübe in einfachen eckigen Klammern von MEMRI, Auslassungen gegenüber der 'New York Times' in dreifach eckigen Klammern)

Hier kommt das Wort 'Karte' bzw. 'Landkarte', auf das die Medien so breit Bezug nehmen, gar nicht vor. Während es in der 'New York Times' geheißen hatte: "Our dear Imam said that the occupying regime must be wiped off the map" heißt es hier in der Fassung von MEMRI: "Imam [Khomeini] said: This regime that is occupying Qods [Jerusalem] must be eliminated from the pages of history." Auf deutsch: "Imam sagte: Dieses Regime, das Jerusalem besetzt hält, muß von den Seiten der Geschichte entfernt werden."

MEMRI stellt der Übersetzung - gewissermaßen als Titel - folgende Formulierung voran: "Very Soon, This Stain of Disgrace [i.e. Israel] Will Be Purged From the Center of the Islamic World - and This is Attainable", reißt sie damit

aus ihrem Zusammenhang und gibt ihr mittels der Einfügung 'i.e. Israel' den beabsichtigten verfälschenden Sinn. Ansonsten fällt auf, daß MEMRI diejenigen Passagen aus der Übersetzung beseitigt hat, die das von den USA gestützte Schah-Regime als Terror-System charakterisieren und damit gleichzeitig den Charakter der US-amerikanischen Politik erkennbar werden lassen.

In Kürze seien hier noch zwei weitere Fälle von Mitte Dezember 2005 thematisiert: Der iranische Präsident wird - hier als Beispiel tagesschau.de vom 14.12.2005 - wie folgt wiedergegeben: "der Staat Israel solle in eine andere Weltgegend verlegt werden, etwa 'nach Europa, in die USA, nach Kanada oder Alaska'". Laut CNN vom 15.12.2005 lautet das Zitat aber wie folgt: "If you have burned the Jews, why don't you give a piece of Europe, the United States, Canada or Alaska to Israel. Our question is, if you have committed this huge crime, why should the innocent nation of Palestine pay for this crime?" In deutscher Übersetzung: "Wenn Ihr die Juden verbrannt habt, warum stellt Ihr dann nicht ein Stück von Europa, der USA, Kanadas oder Alaskas für Israel zur Verfügung. Unsere Frage ist: wenn ihr dieses gewaltige Verbrechen begangen habt, warum soll dann die unschuldige Nation von Palästina für dieses Verbrechen bezahlen?" Zwischen diesem rhetorischen Gedankenspiel und der Forderung nach Verlegung besteht ein essentieller Unterschied.

Gleichzeitig ist dieses Zitat ein Beleg dafür, daß er den Holocaust - wie vielfach behauptet - keineswegs leugnet. Im Gegenteil: er bezeichnet das, was mit den Juden geschehen ist, als gewaltiges Verbrechen. Bei tagesschau.de vom 14.12.2005 dagegen lesen wir: "Der 'Mythos vom Massaker an den Juden' werde in den westlichen Staaten 'höher gestellt als Gott, die Religionen und die Propheten'." Oder an anderer Stelle: "Mahmud Ahmadinedschad bezeichnete den Holocaust als 'Mythos'." Bei N24 am 14.12.2005 lautet das Zitat dagegen: "Sie haben im Namen des Holocaust einen Mythos geschaffen und schätzen

diesen höher als Gott, die Religion und die Propheten". Auch hier besteht ein essentieller Unterschied. Was er laut N24 sagt, ist durchaus nachvollziehbar. Es kann nicht angehen, Verbrechen, die gegen das palästinensische Volk begangen werden, zu übersehen, weil es ein anderes Verbrechen, das gegen Juden begangen worden ist, gegeben hat. Die Nachkommen der Opfer dürfen in keinem Rechtssystem ungestraft zum Täter werden.

Eine Reuters-Meldung vom 21.2.2006 bestätigt:

"Der iranische Außenminister Manuchehr Mottaki hat [...] dementiert, dass sein Land den jüdischen Staat Israel 'von der Landkarte tilgen' wolle. [...] Irans Präsident Mahmud Ahmadinedschad sei falsch verstanden worden. 'Niemand kann ein Land von der Landkarte entfernen.' Ahmadinedschad habe nicht den Staat Israel sondern das dortige Regime gemeint [...]. 'Wir erkennen dieses Regime nicht als rechtmäßig an.' [...] Mottaki erkannte auch an, dass es den Holocaust gegeben hat, bei dem während des Nationalsozialismus sechs Millionen Juden ermordet worden waren."

Die Formulierungen der Meldung sind zwar irritierend. Es kann nicht dementiert werden, was gar nicht gesagt worden ist. Und die Meldung hat bei weitem nicht den Verbreitungsgrad wie die mit der Falschinformation. Aber trotzdem ist die Meldung bemerkenswert.

Der iranische Außenminister Manuchehr Mottaki zum Holocaust:

Der iranische Außenminister Manuchehr Mottaki hat dementiert, dass sein Land den jüdischen Staat Israel "von der Landkarte tilgen" wolle. Er sagte am 20. Feb. vor Journalisten in Brüssel, Irans Präsident Mahmud Ahmadinedschad sei falsch verstanden worden. "Niemand kann ein Land von der Landkarte entfernen." Ahmadinedschad habe nicht den Staat Israel sondern das dortige Regime gemeint. "Wir erkennen dieses Regime nicht als rechtmäßig an." Mottaki erkannte auch an, dass es den Holocaust gegeben hat, bei dem während des Nationalsozialismus sechs Millionen Juden

ermordet worden waren. Ahmadinedschad hatte den Holocaust im Dezember noch als einen Mythos bezeichnet. Vor dem Auswärtigen Ausschuss des Europäischen Parlaments sagte Mottaki einem Übersetzer zufolge: "Unsere Freunde in Europa unterstreichen, dass solch ein Verbrechen stattgefunden hat. Und sie haben bestimmte Opferzahlen genannt. Wir bestreiten das nicht. Was wir hier aber sagen ist, warum sollen die Moslems einen Preis dafür bezahlen, dass dieses schreckliche Ereignis wiedergutmacht wird?" (Quelle: Focus, 21. Feb.)

Der nächste Schritt ist, den iranischen Präsidenten mit Hitler in Verbindung zu bringen. Am 20.2.2006 sagt der Vorsitzende des Rates der Juden in Frankreich (Crif) in Paris: "Die Erklärungen des iranischen Präsidenten stehen Hitlers 'Mein Kampf' in nichts nach". Paul Spiegel, Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, bezeichnet die Äußerungen Mahmud Ahmadinedschads in der 'Welt' vom 10.12.2005 als "das Schlimmste, was ich in dieser Hinsicht von einem Staatsmann gehört habe seit Adolf Hitler". Und auch Bundeskanzlerin Angela Merkel rückt den iranischen Präsidenten in die Nähe zu Hitler und Nationalsozialismus, indem sie am 4.2.2006 in München sagt: "Anfang der 30er Jahre haben auch viele gesagt, das ist nur Rhetorik. Man hätte rechtzeitig vieles verhindern können, wenn man gehandelt hätte... Wir haben uns in Deutschland verpflichtet, den Anfängen zu wehren und alles daran zu setzen, um deutlich zu machen, was geht und was nicht geht. Iran hat es selbst in der Hand."

Das alles deutet auf Krieg. Slobodan Milosevic wurde zu Hitler. Es folgte der Krieg der Nato gegen Jugoslawien. Saddam Hussein wurde zu Hitler. Es folgte der Krieg der USA und ihrer Koalition der Willigen gegen den Irak. Jetzt wird der iranische Präsident zu Hitler.

Und jemand wie Hitler kann hundertmal versichern, die Kernenergie friedlich nutzen zu wollen. Ihm wird nicht geglaubt. Jemand wie Hitler kann im Rahmen aller Verträge agieren. Ihm wird trotzdem vertragswidriges Handeln un-

terstellt. "Praktisch völlig übersehen wird im Westen, dass Anreicherung absolut legal ist. Kein Vertrag, kein Völkerrecht verbietet das. Im Gegenteil: Der Westen ist eigentlich verpflichtet, Iran dabei sogar zu helfen. So sieht es der Atomwaffensperrvertrag vor. Solange ein Land auf die Bombe verzichtet, hat es Anspruch auf technische Hilfe der Atommächte." (Jörg Pfuhl vom ARD-Hörfunkstudio Istanbul am 11.01.2006) Nur - das alles zählt nicht, wenn das Oberhaupt eines Staates als Hitler stigmatisiert ist.

Original-Quelle der Rede des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad vom 26.10.2005 auf persisch: Iranian Students News Agency (ISNA), [www.isna.ir](http://www.isna.ir).

Und hier noch einige Zitate aus der deutschen Medienlandschaft von Ende Oktober 2005:

Der Staat Israel solle dem Erdboden gleichgemacht werden - Aufruf des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad zur Vernichtung Israels (taz) - Kriegserklärung gegen den jüdischen Staat - Irans Präsident fordert die Vernichtung Israels (Berliner Zeitung) - Irans Präsident fordert Zerstörung Israels (netzzeitung.de) - Mit Empörung hat die internationale Gemeinschaft auf den Aufruf des neuen iranischen Präsidenten zur Vernichtung Israels reagiert - Irans Präsident will den jüdischen Staat 'von der Landkarte tilgen' (Die Welt) - Irans Präsident will Israel von der Landkarte tilgen - Irans Präsident Mahmud Ahmadinedschad hat zur Zerstörung Israels aufgerufen (Der Spiegel) - Irans neuer Staatschef: Israel 'von Landkarte radieren' (Focus) - Iran 'Von der Landkarte tilgen' - Der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad hat am Mittwoch zur Zerstörung Israels aufgerufen (Die Zeit) - Iran Präsident fordert Zerstörung Israels - Der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad hat dazu aufgerufen, Israel von der Landkarte zu tilgen (Stern) - Irans Präsident verlangt die 'Tilgung Israels' (Hamburger Abendblatt) - Vernichtung Israels befürwortet (Handelsblatt) - Iran schürt Nahost-Konflikt: 'Israel zerstören' (N24) - Irans

Präsident Mahmud Ahmadinedschad hat öffentlich gefordert, Israel von der Landkarte zu löschen (ZDF heute) - 'Von der Landkarte tilgen' - Irans Präsident fordert Vernichtung Israels - Ahmadi-nedschad: 'Schandfleck Israel tilgen' (tagesschau.de) - Aufruf zur Zerstörung Israels - Irans Präsident: Von der Karte tilgen (Rheinischer Merkur) - Irans Prä-sident will Israel zerstören - Der irani-sche Präsident Mahmud Ahmadinejad hat gefordert, Israel von der Landkarte zu löschen - Es ist das erste Mal seit Jahren, dass ein ranghoher iranischer Politiker öffentlich die Zerschlagung Is-raels verlangt (tagesanzeiger.ch) - Irans Präsident kündigt die Zerstörung Israels an - Irans Präsident Mahmoud Ahmadi-

nejad hat am Mittwoch zur Zerstörung Israels aufgerufen (hagalil.com) - Iran: 'Israel wird ausradiert' (F.A.Z.) - Irans Präsident droht Israel Vernichtung an (Frankfurter Rundschau)

Es ist haarsträubend. Die Gleichsetzung von 'Regime' und Existenz eines Staat ist - es läßt sich beim besten Willen nicht anders bezeichnen - undifferen-zierte Propaganda. Und das ist nur ein kleiner Ausschnitt aus dem deutschspra-chigen Teil der weltweiten Kampagne gegen den Iranischen Präsidenten.

\* Arbeiterfotografie - Forum für Enga-gierte Fotografie;  
[www.arbeiterfotografie.com](http://www.arbeiterfotografie.com)

## Niederlage im Medienkrieg

Florian Rötzer / Telepolis 19.02.2006

### Rumsfeld sieht das Problem der US-Regierung im neuartigen Krieg gegen den Terror in der Medienkompetenz der Feinde und fordert eine massive Aufrüstung der strategischen Kommunikation

US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld fordert ein stärkeres Engagement im Medienkrieg und eine konsistente Konzeptualisierung und Umsetzung einer umfassenden Strategie der strategi-schen Kommunikation. Der Sieg im "Langen Krieg" hänge letztlich vom Er-folg der strategischen Kommunikation ab (Noch mehr Geld für "The Long War"). Obgleich der neue Haushalt des Pentagon auf die Rekordhöhe von 440 Milliarden US-Dollar gestiegen ist und das Weiße Haus weitere 72 Milliarden für den Globalen Krieg gegen den Terro-rismus in Afghanistan und im Irak ver-langt, spiegeln die Ausgaben keineswegs die angebliche Bedeutung der Herrschaft über den Medienraum, die nach Rums-feld derzeit von den Terroristen erfolg-reich erreicht worden sei. In einer Rede vor dem Council on Foreign Relations wiederholte er erneut, dass mit die wichtigsten Schlachten "nicht in den Bergen Afghanistans oder in den Stra-ßen Iraks stattfinden, sondern in den Nachrichtenredaktionen in New York, London, Kairo und anderswo"



US-Verteidigungsminister Rumsfeld beklagt beim Council of Foreign Relations die Abwehr innovativer Methoden der strategischen Kommunikation des Pentagon

Osama bin Laden oder Ayman Sawahiri müssen sich von der Aufmerksamkeit, die von der Spitze der US-Regierung ausgeht, geehrt fühlen – und sie können mit dieser Aufmerksamkeit auch punkten, wenn ihnen bescheinigt wird, dass

sie die USA oder gar die gesamte "zivilisierte Welt" mit der Niederlage zu bedrohen. Nach den jüngsten Äußerungen von Rumsfeld ist Sawahiri noch immer eine der zentralen Figuren auf der Seite der Gegner, und er agiert auf Augenhöhe mit der weltweit stärksten und technisch am besten ausgestatteten Armee der Supermacht, die noch dazu über ein Dutzend Geheimdienste verfügt, in die jährlich viele Milliarden fließen. Rumsfeld machte einmal wieder den neuen Charakter des Kriegs deutlich und zitierte am Anfang seiner Rede als Beleg dafür Sawahiri, der gesagt hatte:

► *Mehr als die Hälfte dieses Kampfes findet auf dem Schlachtfeld der Medien statt .. Wir befinden uns in einem Medienkrieg um die Herzen und Köpfe der Muslime.*

Die Anschläge vom 11.9. waren nicht vor allem wegen der Opfer und der Zerstörung vernichtend, sie waren tatsächlich ein erster, vehementer Sieg im Medienkrieg gegen die westliche Welt und für die Anhänger des Islamismus. Die US-Regierung interpretierte den Angriff als Kriegserklärung und beantwortete ihn mit konventionellen Kriegen und vielen Maßnahmen des Ausnahmezustands. Aber es handelte sich um eine andere Art der Kriegserklärung, die sich mit militärischen Schlägen, der Tötung der Gegner und vor allem nicht mit unzähligen Verletzungen von rechtsstaatlichen Prinzipien nicht beantworten lässt. Ganz im Gegenteil: ein völkerrechtswidriger Krieg, Zerstörungen, Kollateralschäden, Folter, massenhafte Inhaftierungen, gezielte Tötungen und immer wieder die Demonstration, dass nach zweierlei Maß vorgegangen wird, führen zu Verlusten im Medienkrieg, selbst wenn der militärische Krieg erfolgreich ist.

Spätestens seit der nicht unter amerikanischen und westlichen Einfluss stehende arabische al-Dschasira nach dem 11.9. in Afghanistan immer wieder Videos mit Botschaften von Bin Laden verbreitet, Bilder aus Afghanistan gesendet und kontroverse Diskussionen inszeniert hat und seit das erste Video von der Ermordung des US-Journalisten Daniel Pearl in Pakistan im Internet zirkulierte,

war auch dem Weißen Haus klar, dass es nicht nur um einen "ideologischen" Kampf geht, sondern um den Kampf darum, wer sich in der medialen Aufmerksamkeit und damit auch in der nicht mehr national kontrollierbaren globalen Öffentlichkeit durchsetzt. Die "zufällige" Bombardierung der Redaktion von al-Dschasira in Kabul, die massiv vorgetragene Kritik vor allem an diesem Sender, dem im Schema, dass wer nicht für uns ist, gegen uns ist, Komplizenschaft mit den Terroristen vorgeworfen wurde, die wiederholte "zufällige" Bombardierung der Redaktion in Bagdad und die Gedankenspiele von US-Präsident Bush, den Sender gleich durch eine Bombe auf die Zentrale in Katar auszuschalten, belegen die hilflosen Versuche, die Medien zu kontrollieren (was allerdings im Inland überraschend gut über längere Zeit gelungen ist).

Natürlich haben Pentagon und Weißes Haus schon früh begonnen, massiv in strategische Kommunikation oder Propaganda zu investieren und zum Verkauf ihrer Botschaften Spin-Doktoren zu beschäftigen, die Kampagnen ausbrüteten und neue Medien installierten. Das ist teils auf Kritik gestoßen, teils haben die begangenen militärischen und politischen Fehler und die Versuche, die Öffentlichkeit wie besonders eklatant im Fall der irakischen Massenvernichtungswaffen direkt zu täuschen, diese Anstrengungen unterminiert. Jetzt will Rumsfeld offenbar noch einmal einen Vorstoß vornehmen und einerseits den Medien und den angeblich geschickten Medienstrategen der Islamisten die Schuld an der PR-Misere der US-Regierung geben, sowie andererseits das Militär vom Fiasko entlasten.

► *Unsere Feinde haben sich geschickt an die Kriegsführung im heutigen Medienzeitalter angepasst, aber wir, unser Land, also sowohl unsere Regierung als auch die Medien oder die Gesellschaft insgesamt, haben dies nicht gemacht. Die gewalttätigen Extremisten haben Komitees für die Beziehungen zu Medien eingerichtet und gezeigt, dass sie sehr erfolgreich in der Manipulation der Meinungseliten waren. Sie planen und in-*

*szenieren ihre die Schlagzeilen erreichenden Angriffe, indem sie alle Kommunikationsmittel nutzen, um Angst einzuflößen und den Willen der freien Menschen zu brechen. Sie wissen, dass die Kommunikation Grenzen überschreiten kann und dass eine einzige, geschickt inszenierte Nachricht unserer Sache genauso schaden und ihrer helfen kann wie jede andere Methode des militärischen Angriffs. Sie können schnell mit im Vergleich zu den riesigen und teuren Bürokratien westlicher Regierungen relativ wenigen Menschen und bescheidenen Ressourcen agieren.*

#### *Donald Rumsfeld*

Rumsfeld kommt nicht in den Sinn – zumindest nicht in den öffentlich geäußerten –, dass der "Erfolg" der Gegenseite nicht nur durch die mangelhafte Kommunikationsstrategie und die Unbeweglichkeit der eigenen Seite verursacht sein könnte, sondern auch durch politische und militärische Fehler, die dem Gegner zuarbeiten. Abu Ghraib und Guantanamo sind dafür Symptome und zugleich Symbole. Bei den neuen Bildern von Abu Ghraib war die Devise im Pentagon, dass man diese Bilder, die "angeblich Misshandlungen zeigen", nicht hätte veröffentlichen sollen, weil sie nur alles schlimmer machen, zumal alle Vorkommnisse bereits aufgeklärt und verfolgt worden seien. Und an Guantanamo hält Rumsfeld weiter fest, weil die Gefangenen angeblich zum Terror zurückkehren würden, wenn man sie freiließe. Er kritisierte den eben veröffentlichten UN-Bericht und behauptete, dass jede Behauptung einer Misshandlung überprüft worden sei. Einmal kommt Rumsfeld auch auf Abu Ghraib zu sprechen, doch stellt er lediglich ein Übergewicht der Berichterstattung über die Folter in Abu Ghraib im Vergleich zu derjenigen über die Entdeckung der Massengräber von Husseins Opfern. Dieses Ungleichgewicht, so Rumsfeld sei "die Realität der Welt, in der wir arbeiten und in der unsere Truppen kämpfen müssen".

Problematisch für die Kriegsführung sind eigentlich alle neuen Kommunikations-

mittel, die Rumsfeld auch einzeln aufzählt: Email, Blogs, Instant Messaging, Blackberries. Dazu kommen Digitalkameras und ein "globales Inernet ohne Einschränkungen". Aber auch Massenmedien, Radiosender, 24-Stunden-Nachrichten und Satellitensender, stellen Probleme dar. Während die Medien unter dem Druck stehen, 24 Stunden lang Updates zu machen, würden Pressestellen von Regierungsbehörden oft noch nur 5 Tage die Woche und acht Stunden am Tag arbeiten – und das sei ein "nicht hinnehmbarer gefährlicher Missstand".

Rumsfeld neigt gelegentlich zu Formulierungen, die höchst ambivalent und fast nach Bedauern klingen, wenn er zum Beispiel sagt, dass unter Hussein den Menschen auch noch die Zunge herausgeschnitten worden sei, wenn sie ohne Genehmigung eine Satellitenschüssel oder das Internet benutzt hätten. Heute gäbe es hier wie in der gesamten Region überall Satellitenschüsseln, aber die Sender seien "dem Westen gegenüber extrem feindlich". Unerschrocken (oder neidisch?) zieht Rumsfeld auch den Gegensatz zwischen den Extremisten, die lügen und es daher einfacher hätten, und der eigenen Seite, die stets die Wahrheit sagen würde und daher im Nachteil sei:

► *Die Möglichkeit, schnell zu reagieren, wird für unsere Regierung im Unterschied zu unseren Feinden, die schamlos Lügen verbreiten, dadurch beeinträchtigt, dass wir nicht den Luxus haben, uns anonym oder anderweitig auf andere Informationsquellen stützen zu können. Unsere Regierung muss die Quelle sein. Und wir sagen die Wahrheit.*

Ins Zentrum der Politik müsse nun die Kommunikation gestellt werden. Für das Pentagon hieße das, meint Rumsfeld, dass die Pressezentren rund um die Uhr tätig sein müssten, dass verstärkt Internetkampagnen und –operationen und alle anderen Kommunikationskanäle genutzt werden müssten. Die Printmedien seien hier von sinkender Bedeutung.

Rumsfeld erklärt, dass man allerdings bereits im Irak innovative Wege gefunden habe – natürlich nicht, um die Öffentlichkeit zu beeinflussen, sondern lediglich, um "den Irakern korrekte Informationen angesichts der aggressiven Kampagne der Desinformation zu liefern". Damit meint er die Kampagne, mit Geldern des Pentagon über die private Lincoln Group und anderen Agenturen Artikel in irakischen Zeitungen zu lancieren. Der Auftrag soll mit 300 Millionen US-Dollar dotiert gewesen sein. Das habe man in den Medien "unangemessen" dargestellt und so getan, als habe man "Nachrichten gekauft". Aufgrund der Kritik in den Medien habe man diese Kampagne einstellen müssen. Für Rumsfeld war die Kampagne richtig, die Ablehnung zeuge nur von "keiner Toleranz für Innovation". Ein anderes Beispiel ist die nach Rumsfeld gelungene PR-Begleitung der Hilfe beim Erdbeben in Pakistan. Hier hätten die neu geschaffenen, schnell einsetzbaren Kommunikationsteams die Aufmerksamkeit der Medien auf die militärische Hilfe seitens der USA gelenkt.

In dieser Richtung wird man also in nächster Zeit im Pentagon strategische Kommunikation ausüben wollen. Dringend sei, so Rumsfeld, mehr Experten zu beschäftigen, schnell die militärischen "Kommunikationsmöglichkeiten" in neuen Operationsgebieten einzusetzen und vielgestaltige Medienkampagnen für Printmedien, Rundfunk, Fernsehen und Internet durchzuführen. Zudem müsste man neue Institutionen wie im Kalten Krieg die U.S. Information Agency oder Radio Free Europe schaffen und Menschen auf der ganzen Welt beschäftigen. Und das alles sei sehr dringend, weil der Feind, zu dem auch Journalisten zu zählen scheinen, die dem Pentagon gegenüber kritische Nachrichten produzieren, gnadenlos jede Schwäche ausnutze:

► *Ohne Zweifel müssen wir davon ausgehen, dass je länger wir für die Einrichtung eines Rahmens für die strategische Kommunikation benötigen, das Vakuum*

*vom Feind und von Nachrichteninformatanten gefüllt wird, die gewiss keine genaues Bild von dem liefern werden, was tatsächlich stattfindet.*

Obleich das Medienumfeld heute selbstverständlich sehr viel anders geworden und weitaus schwieriger zu kontrollieren ist, wie noch vor wenigen Jahrzehnten, ist richtig. Dass auch im Kalten Krieg massiv auf Propaganda und Beeinflussung der öffentlichen Meinung gesetzt wurde, ist bekannt. Rumsfeld aber scheint vor allem auf das Standardargument jeder Regierung zu rekurrieren, dass nicht ihre Politik falsch ist



PsyOp-Flugblatt 3010, das im Irak verteilt wurde. Die neuen irakischen Soldaten, die die Terroristen bekämpfen, werden als Helden dargestellt. Der Text: "Die wirklichen irakischen Helden"

oder auf Ablehnung stößt, sondern sie nur falsch von den Medien dargestellt wird. Deswegen muss dann mehr auf mediale Beeinflussung gesetzt werden, was die Unglaubwürdigkeit aber in aller Regel stärkt, zumal wenn Fehler und Probleme verheimlicht oder übertüncht werden sollen. Aber wie auch immer, wir werden, so lässt sich immer deutlicher absehen, noch sehr viel mehr mit Psychologischen Operationen, strategischer Kommunikation, Informationsoperationen oder anderen Medienkampagnen rechnen müssen, die das Image der US-Regierung aufpeppen sollen ("Das Netz muss wie ein feindliches Waffensystem bekämpft werden").

<http://www.heise.de/tp/r4/artikel/22/22074/1.html>

## **Clash of Cartoons: Die westliche Gesellschaft riskiert einen Heiligen Krieg, dem sie nicht gewachsen ist**

**Von Sabine Kebir/ Freitag**

Dass die dänische Tageszeitung Jyllands-Posten nicht gewusst habe, was sie tat, als sie am 30. September Karikaturen des Propheten Mohammed publizierte, stimmt nicht. Im Gegenteil, sie wollte bewusst einen Eklat herbeiführen. Wegen anfangs ausbleibender Resonanz fragte die Redaktion nämlich selbst bei so genannten radikalen Imamen nach, was sie über die Cartoons dächten. Es handelte sich dabei nicht um irgendwelche witzigen Sachen, die allein schon wegen des Verbots einer Darstellung Gottes und des Propheten im Islam problematisch gewesen wären. Die Zeichnungen sollten nicht weniger als die Behauptung illustrieren, dass der Prophet ein Terrorist gewesen sei. Wer in der heutigen Weltlage so etwas druckt, will bei seinem Publikum die Assoziation wecken, dass Jesus wohl als Friedensfürst zu gelten habe. Und schon sind kulturelle Archetypen der Aufrüstung geschaffen, die weder die historischen noch die komplexen Realitäten der Gegenwart zu repräsentieren vermögen. Sie blenden einerseits die Toleranzpotenziale Mohammeds aus, der zum Beispiel Christen und Juden eine freie Religionsausübung unter muslimischer Herrschaft zusicherte, und verführen andererseits dazu, über den Kreuzzugscharakter der Geschichte des realen Christentums hinweg zu sehen.

### **Dieselbe Waffe wird nun auch einmal umgedreht**

Die Reaktion auf das weltweite Bekanntwerden der Karikaturen fällt um einige Dimensionen größer und schwerwiegender aus als beabsichtigt. Trotz der Entschuldigung von Jyllands-Posten und vielerlei Beschwichtigungsversuchen von europäischen Regierungen brennen im Nahen Osten, in Zentral- und Südostasien bis zum Horn von Afrika diplomatische Missionen. Bei den Massendemonstrationen gegen die taktlose Unschuldsmiene der Europäer kommen Menschen ums Leben. Einige arabische

Staaten boykottieren dänische Produkte. Andere drohen damit, Europäern keine Hotelbetten mehr zur Verfügung zu stellen. In Gaza wird sogar die Entführung von EU-Mitarbeitern in Aussicht gestellt. Wenn der Westen in den vergangenen Jahren Millionen von unschuldigen Muslimen durch Pauschalboykotte geschädigt und viele damit sogar getötet hat, darf er sich nicht wundern, dass dieselbe Waffe nun auch einmal umgedreht wird.

Und während die Spannung steigt, drucken andere Zeitungen in Westeuropa die Karikaturen sogar trotzig nach. Dies geschieht auch in Deutschland, obwohl das der letzte Anstoß für die Hinrichtung der entführten René Bräunlich und Thomas Nitzschke im Irak sein könnte. Angeblich soll das Nachdrucken die westliche Errungenschaft der Pressefreiheit demonstrieren und bekräftigen. Ich dachte immer, der Grad von Pressefreiheit misst sich an der ungestraften Möglichkeit, vor allem die eigenen Herrscher zu kritisieren und zu karikieren. Den vermeintlichen Feind zu reizen und zu verhöhnen, war und ist schließlich auch in Diktaturen erlaubt, oft sogar ausdrücklich erwünscht. Die dänischen Cartoons des Propheten sollten ebenso wenig wie die berühmten Karikaturen der "Weisen von Zion" als Zeichen oder gar Symbol der "Pressefreiheit" missverstanden werden. Pressefreiheit bedeutet nicht Hirnlosigkeit, sondern vor allem auch Verantwortung. Als eines der höchsten Güter müsste sie derzeit auf einem ganz anderen Niveau diskutiert werden. Dass die Büros von Al Djasira - des einzigen Fernsehsenders der Welt, der während der Kriege in Afghanistan (2001) und im Irak (2003) am Ort der Kampfhandlungen blieb und dessen Bilder von nahezu allen westlichen Fernsehanstalten gekauft wurden - sowohl in Kabul als auch in Bagdad bombardiert und dabei Mitarbeiter des Kanals getötet wurden, war sicher kein Zufall und kei-

nesfalls ein Zeichen des Respekts vor der Pressefreiheit.

1914 war für das Auslösen eines Weltkrieges noch ein echter Fürstenmord nötig. 1939 reichte ein fingierter Angriff auf den Sender Gleiwitz. Heute scheint ein Spaß zu genügen, den sich die Zivilgesellschaft eben mal erlaubt, obwohl sie per Selbstdefinition doch eigentlich friedlich ist. Tatsächlich unterstützen aber immer weniger Europäer - ja, immer weniger Menschen weltweit - den Heiligen Krieg des Westens gegen den Islam. Der Verdacht liegt nahe, dass bestimmte, nicht zuletzt mediale Scharfmacher deshalb ganz bewusst die Aufgabe übernehmen, augenfällige Beweise zu produzieren, dass die Muslime rückständig, gewalttätig und unberechenbar seien und deshalb vom Westen beaufsichtigt, kontrolliert, notfalls auch einmal geschurigelt werden müssten. Auf dieser Ebene sind die Äußerungen des französischen Innenministers Sarkozy über die Bewohner der Satellitenstädte von Paris oder anderswo genauso zu sehen wie der dubiose Fragenkatalog für einbürgerungswillige Muslime in Baden-Württemberg und das in vielen deutschen Schulen drohende Gebot, allein deutsch statt türkisch oder arabisch zu sprechen.

Während Lea Rosh meint, dass damit nur die Deutschkenntnisse der Ausländer verbessert werden sollten, äußern andere ernsthaft, es gehe dabei auch um die Lahmlegung von terroristischen Netzwerken, die sich in Schulen entwickeln könnten. Auf jeden Fall scheint es, dass der doch mutmaßlich gut und freundlich gemeinte "Demokratisierungsdruck" auf die Muslime in Europa

um so mehr wächst, je spürbarer die sozialstaatlichen Integrationsmechanismen versagen oder nur noch begrenzt zur Verfügung stehen. Weltweit nimmt dieser "Demokratisierungsdruck" um so mehr zu, je weniger sich der Krieg im Irak im Sinne seiner Verursacher zu entwickeln verspricht.

### **Heute genügt ein Spaß, den man sich eben mal erlaubt**

Die Eskalation um die dänischen Karikaturen sollte daher besonders den Friedenswilligen ein Anlass sein, den Blick zu schärfen. Es ist sicher ein gutes, aber kein ausreichendes Zeichen, dass die Dänen weder den Aufruf der öffentlichen Verbrennung von Paperback-Koranen noch zum Boykott muslimischer Gemüseläden befolgt haben. Leider mehren sich aber die Symptome, dass statt eines allgemeinen Sieges der Vernunft bestimmte Kräfte eine Ausweitung der Feindseligkeiten wünschen: es wird in psychologischer Hinsicht das Terrain bereitet, um einen Schlag gegen den Iran zu führen - und es wird eine Art Weltbürgerkrieg riskiert. Der allerdings brächte keinen symmetrischen Schlagabtausch zwischen mehr oder weniger legalen beziehungsweise völkerrechtlich legitimierten Regierungsarmeen, die sich nach einem bestimmten Regelwerk miteinander messen. Ausgelöst würde vielmehr ein unerklärter, oft unsichtbarer, vor allem aber asymmetrischer Krieg, der überall und jederzeit aufflammen könnte. Natürlich würde eine solche Konfrontation auch unsere Regionen erfassen und vorzugsweise die ungeschützten Unschuldigen treffen.

\* Aus: Freitag 06, 10. Februar 2006

## Iran: Das ganze Land ist korrupt, die Jugend drogenabhängig

**Birgit Gärtner 22.02.2006 / Telepolis**

### Für den Soziologen und Autor Fereidoun Gilani geht die Bedrohung der iranischen Bevölkerung vom Mullah-Regime und den USA aus

Fereidoun Gilani ist Professor der Soziologie, Journalist und Autor. Bis 1979 war er der Chefredakteur der größten Tageszeitung Persiens "Keihan". Während der Islamischen Revolution wurde er abgesetzt und war vier Jahre lang im Gefängnis, bis er nach Deutschland kam. Er ist Mitglied des Internationalen Schriftstellerverbandes PEN, Präsident des iranischen Schriftstellerverbandes im Exil und Generalsekretär der Sozialistische Partei Iran. Telepolis sprach mit ihm über das Atomprogramm des Iran, den Karikaturenstreit sowie die aktuelle Debatte in der Friedensbewegung.

► *Der Iran ist in aller Munde. Wie neu ist das derzeit allenthalben diskutierte Atomprogramm?*

Fereidoun Gilani: Der Plan, Kernkraftwerke im Iran zu bauen, existiert seit Jahrzehnten. Im Grunde genommen legt die Regierung in Teheran nur das Atomprogramm wieder neu auf, das Ende der 50er Jahre entstand und mit den USA abgesprochen war. 1967 wurde aus Amerika der erste Forschungsreaktor nach Teheran geliefert. 1974 stieg die BRD in den Atomtransfer nach Persien ein. Die deutsche Kraftwerk Union (KWU), ein Joint-Venture von Siemens und AEG-Telefunken, wollte ein Atomkraftwerk (AKW) in Buschehr am Persischen Golf bauen. Mit den Konstruktionsarbeiten wurde die Firma Thyssen-Krupp betraut.

1979 kam dann die so genannte Islamische Revolution und 1980 begann der 1. Golfkrieg zwischen dem Iran und dem Irak und der Rohbau des AKW Buschehr wurde bei Luftangriffen total zerstört. Die KWU zog sich 1991 aus dem Projekt zurück - nicht ohne 2,5 Mrd. US-Dollar zu kassieren - und 1995 sprang Russland stattdessen ein. Der Bau verzögerte sich ständig, so dass Buschehr bis

heute nicht ans Netz gegangen ist. 1975 schloss der damalige US-Außenminister Henry Kissinger mit dem Schah-Regime Verträge über ein umfassendes Atomprogramm. Schon damals war geplant, 23 AKWs bis zum Jahr 2000 zu bauen.

Derzeit sind drei Forschungsreaktoren in Betrieb, in Teheran, Ramsar und Bonab, eine Anlage zur Urananreicherung befindet sich im Bau sowie eine Anlage zur Produktion von schwerem Wasser und eine zur Produktion von Brennstäben. Alle diese Anlagen befinden sich unter der Kontrolle der Internationalen Atomenergie Organisation (IAEA).

► *Die Befürchtung des Westens ist, dass der Iran Atomwaffen bauen würde, wenn die technischen Voraussetzungen dazu vorhanden wären. Wobei es nicht ganz ausgeschlossen scheint, dass schon jetzt an der Entwicklung von Atombomben gearbeitet wird.*

Fereidoun Gilani: Die IAEA hat dafür bis jetzt keinen Beleg gefunden, das betont der Generaldirektor Mohamed Al-Baradei immer wieder. Damit will ich allerdings nicht sagen, dass ich glaube, dass der iranische Staatspräsident Mahmoud Ahmadinedschat die Möglichkeit der militärischen Nutzung nicht ausschöpfen würde. Meiner Ansicht nach würde er die Bombe bauen, wenn er es könnte.

► *Und sie auch zum Einsatz bringen?*

Fereidoun Gilani: Auch damit müssen wir rechnen. Trotzdem ist das kein Grund, den Iran zu bombardieren, denn davon wäre in erster Linie die Zivilbevölkerung betroffen. Das haben wir alles in Jugoslawien, in Afghanistan und im Irak erlebt. Unsere Forderung kann nur sein, dass Atomwaffen weltweit abgeschafft werden, auch - und gerade - im Westen.

► *Mal abgesehen von der lokalen Umweltverschmutzung ist der Iran eine ausgewiesene Erdbebenregion. Wäre es nicht völliger Wahnsinn, dort 20 AKWs zu bauen?*

Fereidoun Gilani: Das ist etwas, was ich an der gegenwärtigen Diskussion überhaupt nicht verstehe. So weit ich das einschätzen kann, ist die Argumentation der Friedensbewegung gegen den Irankrieg dessen Recht auf die zivile Nutzung der Atomkraft nach den Maßstäben des Atomkraftsperrvertrages. Es wird immer gesagt, es sei nicht einzusehen, weshalb dem Iran Rechte verweigert würden, die andere Länder selbstverständlich in Anspruch nähmen. Das sei eine Ungleichbehandlung, vorgeschobene Argumente, um den Krieg zu legitimieren. Das ist sicher alles richtig, nur es greift meines Erachtens viel zu kurz, schließlich geht es um ein atomares Großprojekt. Ich verstehe nicht, wieso die Ächtung der zivilen und militärischen Nutzung der Atomenergie in dieser Diskussion keine Rolle spielt.

Ahmadinedschad ist das Oberhaupt eines despotischen Regimes

► *Was sind Ihrer Ansicht nach jetzt die notwendigen politischen Schritte?*

Fereidoun Gilani: Wir müssen sowohl die Kriegspläne von Bush kritisieren, als auch das Atomprogramm des Iran und die Politik des Mullah-Regimes. Deshalb sollten lokale Antikriegs-Komitees gegründet werden. Die streikenden Busfahrer sollten unterstützt werden, die für ihre Entlohnung und das Recht auf freie Gewerkschaften kämpfen. Bei den Protesten im Iran werden Hunderte von ihnen auf einen Schlag verhaftet. Iranischen Frauen werden am 8. März 2006 in Den Haag vor dem Menschenrechtshof gegen die brutale Unterdrückung im Iran protestieren, Steinigungen, Vergewaltigungen als systematische Folter, all das steht im Iran auf der Tagesordnung. Natürlich wird in Den Haag auch die Kriegsgefahr thematisiert. Das sind eine ganze Reihe von Aktivitäten und es wäre schön, wenn die Friedensbewegung das unterstützen würde.

Ahmadinedschad ist nicht das unschuldige Opfer der internationalen Atommafia, sondern Oberhaupt eines despotischen Regimes. Die Bedrohung der iranischen Bevölkerung geht von zwei Seiten aus: den USA und dem Mullah-Regime. Dabei brauchen beide Seiten sich gegenseitig.

► *Inwiefern?*

Fereidoun Gilani: Ahmadinedschad will in der islamischen Welt als starker Mann anerkannt werden und die USA müssen ein Feindbild präsentieren können, um den Krieg salonfähig zu machen. Der so genannte "Karikaturenstreit" wird dazu instrumentalisiert und zum Kampf der Kulturen hochstilisiert. Ahmadinedschads antisemitischen Äußerungen liefern die Steilvorlage dafür. Allerdings sind seine Äußerungen nicht 'nur' eine Provokation, sondern Antisemitismus ist integraler Bestandteil der Ideologie der islamischen Fundamentalisten.

► *Welche politische Vergangenheit hat Ahmadinedschad?*

Fereidoun Gilani: Er war der Führer der islamischen Studentenbewegung in den letzten Jahren des Schah-Regimes, er studierte an der Universität der Wissenschaften in Teheran. Danach ging er zu dem Pasdaran-Corps, den Wächtern der islamischen Revolution, eine Armee neben der Armee. Die Revolutionswächter waren unmittelbar nach der Revolution zunächst als kleine Elitetruppe gegründet worden, sie sollten die Revolution gegen innere und äußere Feinde verteidigen und waren maßgeblich an der Niederschlagung der Autonomiebewegungen der kurdischen, arabischen und turkmenischen Völker beteiligt. Ahmadinedschad befehligte eine Einheit, deren Aufgabe Arrestierung und Kidnapping von Oppositionellen war. Später agierte er in dem berüchtigten Evin-Gefängnis in Teheran. Mit diesen Aktivitäten erwarb er sich das Vertrauen der islamischen Führung. Im Iran ist es nicht möglich, an die Macht zu kommen, ohne die Zustimmung der geistlichen Führung. Aber die USA und Europa machen einen Fehler, denn sie denken, Ahmadinedschad ist ein mächtiger Mann.

### ► Ist er das denn nicht?

Fereidoun Gilani: Er hat nicht die Macht, sondern hinter ihm steht Pasdaran: diese Wächter der Revolutionären Garde kontrollieren das Land, im ökonomischen Bereich, in der Landwirtschaft, der Wissenschaft, Armee, Polizei, Geheimdienst, Handel und der Politik, sogar Khomeini wurde von ihnen kontrolliert. Und sie werden sich den USA nicht beugen.

Der Iran hat unglaubliche wirtschaftliche, soziale und politische Probleme. Von all dem profitiert Pasdaran. Eines der größten Probleme ist die Korruption, das ganze Land ist korrupt. Weitere Probleme sind Prostitution und Drogen. 9 Millionen Menschen im Iran sind heroïn- oder opiumabhängig. Opium ist zum Spottpreis zu haben. Eine "Reform" von Mohammed Chatami, dem vorherigen Staatspräsidenten. Er war es, der stolz verkündete, Opium sei inzwischen günstiger als Zigaretten. Vor allem junge Menschen sind abhängig, die Trostlosigkeit treibt sie dazu, oder sie wollen ihre Wut betäuben. Es gibt keine Freizeitangebote, keine Discos, sie dürfen keine Westmusik hören, nicht mit ihren Freundinnen auf der Straße flanieren. Also treffen sie sich in Wohnungen und konsumieren Drogen. Damit sind sie beschäftigt und leicht beherrschbar, denn sie sind entweder auf der Suche nach Stoff oder high.

► Also ist das Heroin in zweierlei Hinsicht nützlich: Zum einen macht es die Men-

schen gefügig, zum anderen bietet es Anlass, sie zu attackieren?

Fereidoun Gilani: Ja, genau. Außerdem ist es ein gigantisches Geschäft. Der größte Teil des Opiums weltweit wird über den Iran vertrieben, kontrolliert von den Revolutionswächtern. Ich habe einmal ehemalige Angehörige von Pasdaran interviewt, die haben mir erklärt, wie das System funktioniert.



Ahmadinedschad: Iran ist jetzt Atommacht

## Atomwaffen

### IRAN: Nicht-Atomwaffenstaaten können US-Angriffe verhindern

#### Entwaffnet die westlichen Atomkräfte / Herrmann Scheer

Die politische Kalkulation der Bush-Regierung zum Irankonflikt ist ein pathologisches Spiel mit dem atomaren Höllenfeuer. Raketenschläge auf iranische Atomanlagen würden weniger eine Massenbewegung zum Sturz des dortigen Regimes zur Folge haben als eine antiwestliche Massenmobilisierung in der islamischen Welt - und eine neue Form

des Atomterrorismus gegen den Westen.

Dabei stinkt der Fisch wie so oft vom Kopf her. Schließlich sind es die westlichen Atomkräfte, die sich beharrlich und völkerrechtswidrig der Atomabrüstung verweigern, zu der sie sich im atomaren Nichtverbreitungsvertrag selbst

verpflichtet haben. Selbstherrlich insistieren sie für sich selbst auf Atomwaffen - und damit auf ein Zwei-Klassen-Völkerrecht. Mithin sind sie der eigentliche Verursacher der Atomwaffenrüstung weiterer Staaten, von Indien bis zum Iran.

Umso drängender stellt sich die Frage, mit welchen anderen als den bisher ergriffenen politischen Mitteln der Iran von seinen Plänen abgehalten werden könnte. Der Pferdefuß der bisherigen britisch-französisch-deutschen Initiative ist, dass Großbritannien und Frankreich selbst Atomwaffenstaaten sind und damit ebenfalls den unglaublichen doppelten Maßstab repräsentieren. Wenn die Bundesregierung etwas bewirken will, muss sie sich entscheiden, auf welcher Seite sie steht: auf der der etablierten Atomkräfte oder auf der der Nicht-Atomwaffenstaaten.

Aus der Position Letzterer ergriff einst Außenminister Willy Brandt die Initiative zu einer Konferenz aller Nicht-Atomwaffenstaaten, die im September 1968 in Genf stattfand und die Bestimmung zur atomaren Abrüstung der Atomwaffenstaaten durchsetzte, ohne die der Nichtverbreitungsvertrag nicht zustande gekommen wäre. Eine Neuauflage einer derartigen Konferenz mit dem Ziel, gemeinsam gegenüber allen Atommächten den politischen Druck zur Atomabrüstung aller zu organisieren, könnte der Ausweg aus der derzeitigen Irankrise sein. HERMANN SCHEER

Hermann Scheer, MdB, war von 1990 bis 1993 Vorsitzender des Unterausschusses Abrüstung und Rüstungskontrolle

taz vom 10.4.2006

## **Atomkrieg gegen den Iran / Nuclear War against Iran**

### **Hat Frankreichs Präsident nur ausgesprochen, was vom US Strategic Command längst vorbereitet wird?**

Der folgende Beitrag erschien im "Freitag" vom 27. Januar 2006 unter dem Titel "Schock und Entsetzen". Der Originalbeitrag wurde am 3. Januar 2006 ins Netz gestellt ("Nuclear War against Iran").

Von Michel Chossudovsky

Das Vorspiel eines uneingeschränkten Krieges gegen die Islamische Republik Iran, bei dem auch Atomsprengköpfe eingesetzt werden, geht in die letzten Planungsphase. Die Koalition aus den USA, Israel und der Türkei signalisiert "ein fortgeschrittenes Bereitschaftsstadium". Hochrangige israelische Militärs nennen Ende März 2006 als Deadline für einen Militärschlag, wenn der nächste Report der Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA) über das iranische Nuklearprogramm an die Vereinten Nationen fällig ist. Die NATO ihrerseits hat derartigen Planungen intern bereits zugestimmt, auch wenn noch unklar ist, wie sich die Allianz an den vorgesehenen Angriffen beteiligt.

Es ist dem US Strategic Command Headquarters (USSTRATCOM) vorbehalten, sämtliche Komponenten der in Frage kommenden Operationen zu koordinieren,

während die Entscheidung, wann Kampfhandlungen aufgenommen werden, selbstredend das Weiße Haus trifft - nur soviel ist bereits sicher, Luftangriffe auf den Iran dürften an die amerikanischen "Shock and Awe"- Bombardierungen des Irak im März 2003 erinnern, und sie werden das Ausmaß des israelischen Angriffs auf den irakischen Kernreaktor Tammuz am 7. Juni 1981 deutlich übertreffen. Mit der vollen Kraft von B-2-Stealth-Bombern, die von Diego Garcia oder direkt von Basen in den USA aus eingesetzt werden - möglicherweise ergänzt durch F-117 Stealth-Fighter, die in Udeid in Katar oder andernorts in der als Gefechtsfeld ausersehenen Region stationiert sind - sollen die iranischen Nuklearanlagen angegriffen werden.

Bereits im November 2005 hatte das US Strategic Command eine Übung für einen "Global Lightning" genannten Ope-

rationsplan abgehalten, bei der Angriffe mit konventionellen und atomaren Waffen gegen einen "fiktiven Feind" simuliert wurden. Danach gab das US-Oberkommando einen "fortgeschrittenen Bereitschaftszustand" bekannt. Während in Presseberichten vielfach die Vermutung auftauchte, beim "Global Lightning"-Manöver sei Nordkorea der "fiktive Feind" gewesen, legte der Zeitpunkt der Operation nahe, dass ein Militärschlag gegen den Iran durchgespielt wurde.

### **Waffen des letzten Auswegs**

Die aufgerufene Kriegsagenda beruht auf der Doktrin des "präemptiven Nuklearkriegs", wie sie von der Bush-Administration mit der Nuclear Posture Review (NPR) von 2002 formuliert wurde, und schließt den Einsatz von Kernwaffen gegen den Iran bei "chirurgischen Schlägen" nicht aus. Nach einer Entscheidung des US-Senats von 2003 scheint die Zeit inzwischen reif zu sein, eine neue Generation taktischer Kernwaffen - der "low yield mini-nukes" mit einer Explosionskraft von bis zu sechs Hiroshima-Atombomben - einzusetzen, die als "sicher für Zivilisten" apostrophiert werden, da die Waffe unter der Erde detoniert.

Mit einer Propagandakampagne, die sich nicht zuletzt auf "maßgebende" Atomwissenschaftler verlassen kann, werden "mini-nukes" geradezu als "Instrumente des Friedens" hofiert, die nun "für das Schlachtfeld freigegeben" seien, um im "Krieg gegen den Terrorismus" neben konventionellen Waffen eingesetzt zu werden. Die Bush-Administration argumentiert, "Low-yield"-Atomwaffen seien zur glaubwürdigen Abschreckung von Schurkenstaaten wie Iran und Nordkorea unverzichtbar. Die bisher vorhandenen Nuklearwaffen hätten eine zu hohe Zerstörungskraft, um sie außerhalb einer umfassenden thermonuklearen Konfrontation anzuwenden. Potenzielle Feinde wüssten dies, so dass die Androhung einer atomaren Vergeltung an Glaubwürdigkeit verliere. Angesichts dieses Dilemmas sorgten "mini-nukes" für Abhilfe, von denen eher anzunehmen sei, dass sie zum Einsatz kämen.

Wir stehen insofern an einem gefährlichen Scheideweg: Die Militärplaner glauben - wie nicht anders zu erwarten - ihrer eigenen Propaganda und behaupten, die neue Generation von Kernwaffen sei "sicher" genug, um sie auf dem Schlachtfeld zu verschießen. Man müsse "mini-nukes" nicht länger als Waffen des letzten Auswegs betrachten. Senator Edward Kennedy hat nicht Unrecht, wenn er konstatiert, die Bush-Regierung habe es fertig gebracht, "eine Generation brauchbarer Atomwaffen" zu entwickeln.

Im Übrigen bereitet sich auch die israelische Regierung nach den Worten des Atomforschers Mordechai Vanunu darauf vor, in ihrem nächsten Krieg gegen die islamische Welt Kernwaffen einzusetzen.

### **"Conplan 8022"**

Für einen präemptiven Angriff mit taktischen Nuklearwaffen sieht sich das US-Strategic Command (USSTRATCOM) in der Offutt Air Force Base in Nebraska mit neuen Vollmachten ausgestattet, um - wie es im Militärjargon heißt - die Rolle eines "globalen Integrators" zu übernehmen, der für Operationen im Weltraum, Nachrichten-Operationen, integrierte Raketenabwehr, für die Geheimdienste, die Überwachung und Aufklärung sowie den globalen Angriff und die strategische Abschreckung zuständig ist. Im Januar 2005, als der militärische Aufmarsch gegen den Iran begann, wurde USSTRATCOM als "das führende Kampfkommando für die Integration und Feinabstimmung der Bemühungen des Verteidigungsministeriums hinsichtlich der Bekämpfung von Massenvernichtungswaffen" eingesetzt.

Um diesen Auftrag abzusichern, entstand gleichzeitig eine nagelneue Befehlseinheit: die Joint Functional Component Command Space and Global Strike (JFCCSGS/Kommandostelle für die vereinigten Komponenten Weltraum und weltweiter Angriff). Auf einen Nenner gebracht, hat JFCCSGS die Aufgabe, die Auslösung eines nuklearen Angriffs im Sinne der erwähnten Nuclear Posture Review (NPR) zu überwachen, die einen präemptiven Einsatz nuklearer Ge-

fechtsköpfe nicht nur gegen "Schurkenstaaten", sondern notfalls auch gegen China und Russland vorsieht.

Im Augenblick befindet sich das JFCCSGS in einem Zustand "erhöhter Bereitschaft", militärische Handlungen auszulösen, die gegen den Iran oder Nordkorea gerichtet sind. Die operative Umsetzung eines solchen Vorgehens trägt den Code-Namen Concept Plan ("Conplan") 8022 - das Planungstableau für strategische Szenarien, die Kernwaffen einbeziehen. "Conplan 8022" ist speziell auf die so genannten neuen Bedrohungen zugeschnitten, womit nicht nur Iran und Nordkorea gemeint sind, sondern auch andere potenzielle Produzenten von Atomwaffen und Terroristen. "Es gibt nichts, was sie (die Amerikaner - der Verf.) daran hindert, >Conplan 8022< bei begrenzten Szenarien gegen russische und chinesische Ziele anzuwenden", schrieb Hans Kristensen vom Nuclear Information Project im Japanese Economic Newswire vom 30. Dezember 2005.

Oberbefehlshaber George Bush würde in diesem Fall dem Verteidigungsminister einen entsprechenden Befehl geben, der seinerseits die Stabschefs anzuweisen hätte, "Conplan 8022" in Kraft zu setzen. Dabei gibt es eine aufschlussreiche Besonderheit: Bei "Conplan 8022" ist der Einsatz von Bodentruppen nicht vorgesehen.

Gemäß diesem strategischen Kalkül und in Erwartung eines Angriffs auf den Iran hat die israelische Armee seit Ende 2004 in den USA hergestellte konventionelle und nukleare Systeme eingelagert. Diese Vorratsbildung - über die US-Militärhilfe finanziert - war im Juni 2005 weitgehend abgeschlossen und umfasste neben Fernlenkraketen auch 500 "Bunker Buster Bombs" (Bunkerbrecher), die mit Kernsprengköpfen bestückt werden können. Vorzugsweise handelt es sich um B61-11, die "Nuklearversion" der konventionellen BLU-113. Allerdings ist die Fähigkeit von B61-11, in die Erde einzudringen, ziemlich begrenzt. Tests zeigen, dass sich diese Bombe nur sechs bis sieben Meter tief in trockenen Boden wühlt, wenn sie aus einer Höhe von et-

wa 13.000 Metern abgeworfen wird. Trotzdem wird - verglichen mit einer Detonation an der Oberfläche - ein viel größerer Anteil der Explosionsenergie in Erschütterungen des Bodens übertragen. Jeder Versuch, sie in einer städtischen Umgebung einzusetzen, würde daher eine große Zahl ziviler Opfer zur Folge haben. Sogar bei einer Bombe kleineren Kalibers, mit einer Explosionskraft bis zu 300 Kilotonnen, wird die Druckwelle einen riesigen Krater aufreißen und eine tödliche Gamma-Strahlung auslösen.

### **Bis nach Zentralasien**

Die Regierung in Teheran hat mehrfach erklärt, dass sie im Falle eines Angriffs mit dem Abschuss ballistischer Raketen auf Israel reagieren werde, wie CNN bereits am 8. Februar 2005 berichtete. Ähnliche Attacken sind auch amerikanischen Militäreinrichtungen im Irak und am Persischen Golf zugeordnet, so dass ein umfassender Krieg im Mittleren Osten die Folge sein könnte. Gibt es im Augenblick mit Afghanistan, Irak und Palästina drei mehr oder weniger separate Kriegsschauplätze, könnte ein Luftkrieg gegen den Iran die Eskalation bis nach Zentralasien treiben. Inzwischen lässt sich auch erkennen, dass mögliche Angriffe auf den Iran vom Rückzug der syrischen Truppen aus dem Libanon nicht zu trennen sind - seither bieten sich für den Fall einer Eskalation der israelischen Armee größere Entfaltungsräume in der ganzen Region.

Erst kürzlich hat Teheran seine Luftabwehr durch den Erwerb von russischen 29-Tor-M-1 Raketenabwehrsystemen verstärkt. Im Oktober 2005 wurde der iranische Spionagesatellit Sinah-1 auf einer russischen Trägerrakete in eine Umlaufbahn geschossen - nur der erste von mehreren iranischen Flugkörpern, die im Weltraum stationiert werden sollen, um über ein Netzwerk zur Früherkennung von Luftangriffen zu verfügen. Nur wird ein solches System bestenfalls eine bescheidene Kopie der leistungsfähigen israelischen und amerikanischen Systeme sein, die auch das kleinste Zittern in den Bärten der Mullahs von Teheran zu registrieren vermögen. Wie

jüngst die britische Sunday Times berichtete, hat Russland einen Vertrag über die Lieferung eines modernen Verteidigungssystems gegen Fernlenkraketen und lasergesteuerte Bomben an den Iran im Wert von einer Milliarde Dollar abgeschlossen, das schon in wenigen Monaten installiert sein soll.

Obwohl ein Bodenkrieg laut "Conplan 8022" nicht erwogen wird, könnte er dann nicht aufzuhalten sein, sollten iranische Truppen die Grenze zum Irak überschreiten und die US-geführte "Koalition der Willigen" angreifen. Offenkundig werden derartige Eventualitäten nicht ausgeschlossen, wie sich allein schon der Tatsache entnehmen lässt, dass sich Ankara und Tel Aviv im Vorjahr auf ein Abkommen geeinigt haben, das es der israelischen Armee gestattet, Manöver in den türkischen Bergregionen an der Grenze zum Iran abzuhalten. Die Vereinbarung kam nach Verhandlungen von Dan Halutz, dem israelischen Oberbefehlshaber, in der Türkei zustande, der sein Ersuchen mit absehbaren Schwierigkeiten begründete, die Bergregionen nahe der iranischen Grenze im Winter zu durchqueren. Die Nachricht über das Abkommen wurde veröffentlicht, als türkische Offizielle den Vorwurf abzuwehren versuchten, sie würden mit den Vereinigten Staaten bei der Spionage gegen die Nachbarländer Syrien und Iran kooperieren. Seit Wochen häufen sich in der arabischen Presse Berichte über die prinzipielle Bereitschaft Ankaras, türkisches Hoheitsgebiet sowie türkischen Luftraum für Militäraktionen gegen den Iran zur Verfügung zu stellen.

Die Konsequenzen des beschriebenen Szenarios wären erschütternd. Es ist an der internationalen Gemeinschaft, sich über die Möglichkeit eines nuklearen Massenmords klar zu werden. Nur sind leider diejenigen, die zu entscheiden haben, von ihrer eigenen Propaganda geblendet. Über Luftangriffe mit taktischen Kernwaffen gibt es inzwischen einen politischen Konsens zwischen Westeuropa und Nordamerika, ohne die verheerenden Folgen in Betracht zu ziehen. Ein solches militärisches Abenteuer wür-

de die Zukunft der Menschheit bedrohen. Notwendig wäre es - national und international - das Kartell des Schweigens zu durchbrechen, um die augenblicklichen Gefahren zu benennen und ins Zentrum der politischen Aufmerksamkeit zu rücken. Die politischen und militärischen Führer sollten herausgefordert und zu einer deutlichen Position gegen einen von den USA einkalkulierten Atomkrieg gezwungen werden. Notwendig sind gleichermaßen internationale Sanktionen, um die USA und Israel zur Mäßigung zu zwingen.

\* *Michel Chossudovsky, Professor für Ökonomie an der Universität Ottawa (Kanada) und Direktor des Centre for Research on Globalization - ist Autor des internationalen Bestsellers Global Brutal ("The Globalization of Poverty"), der in elf Sprachen übersetzt wurde. Er schrieb auch Beiträge für die Encyclopaedia Britannica. Sein jüngstes Buch trägt den Titel America's War on Terrorism. Global Research und erschien 2005.*

*Aus: Freitag 04, 27. Januar 2006*

*Der Originalartikel "Nuclear War against Iran" erschien am 3. Januar 2006 auf der Website des Centre for Research on Globalization: [www.globalresearch.ca](http://www.globalresearch.ca)*

## US-Atomarsenal 2005

Trägermittel	Anzahl	Zahl der Sprengköpfe
landgestützte Raketen	530	1.490
seegestützte Systeme (auf U-Booten Trident I und II)	360	2.730
luftgestützte Systeme (B-52 und B-2)	115	1.660
strategische Sprengköpfe gesamt		5.880
taktische Sprengköpfe gesamt		1.120

*Quelle: Bulletin of the Atomic Scientists*

## **Appell des IPPNW Zur Verhinderung eines Irankrieges**

### **Wortlaut des Appells an die Bundesregierung, die Fraktionen und die Abgeordneten des deutschen Bundestages zur Verhinderung eines Krieges gegen den Iran:**

"Wir sind im höchsten Maß beunruhigt über die Absicht der Vereinigten Staaten, gegen Iran einen Luftkrieg führen zu wollen, an dem auch die Bundesrepublik Deutschland direkt oder indirekt beteiligt sein wird. Viele Indizien untermauern unsere Befürchtung: Vor allem die Ablehnung des russischen Kompromissvorschlages durch die USA am 07. März, obwohl Irans Regierung diesem Vorschlag nach schwieriger interner Abstimmung zugestimmt hatte (s. Anlage). Der Artikel von Seymour Hersh in der Zeitschrift „The New Yorker“ über die aktuellen Planungen der USA für ein Bombardement des Iran, einschließlich des Einsatzes von Atombomben, alarmiert uns zusätzlich.

Obwohl wir die außenpolitische Haltung der gegenwärtigen iranischen Regierung gegenüber Israel für inakzeptabel halten, hat der Iran ein völkerrechtlich verbrieftes Recht auf Urananreicherung (NPT). Der russische Vorschlag sichert dem Iran dieses Recht prinzipiell zu, unterbindet aber gleichzeitig die industrielle Urananreicherung auf iranischem Boden und erfüllt so die zentrale Forderung der EU und der USA.

Im Interesse der Kriegsvermeidung halten wir die Akzeptanz des russischen Vorschlags für notwendig. Dessen ungeachtet lehnen wir selbstverständlich die „friedliche“ Nutzung der Atomkernspaltung ebenso wie die militärische weiterhin ab.

Ein Krieg gegen den Iran wird von der Mehrheit der US-Amerikaner abgelehnt. Die unklare Haltung der Bundesregierung und anderer europäischer Regierungen ermutigt jedoch die USA, die Eskalation zuzuspitzen und Gewalt als Mittel zur Lösung des Atomkonflikts einzusetzen, mit oder ohne UN-Sicherheitsrat. Wir dürfen nicht zu Handlangern einer solchen kriegerischen Entwicklung werden!

Deshalb appellieren wir eindringlich an die Bundesregierung, die Fraktionen und alle Abgeordneten des deutschen Bundestages:

- Schließen Sie jetzt unmissverständlich eine deutsche Unterstützung für einen Krieg gegen den Iran aus und erteilen Sie einer Politik der Droheskalation, die unweigerlich in einen Krieg einmündet, eine klare Absage.

- Verlangen Sie von der Regierung der Vereinigten Staaten, dem russischen Vorschlag zuzustimmen. Nur wenn es gelingt, einen Krieg zu verhindern und Irans legitime Rechte nicht infrage zu stellen, können die Reformwilligen im Iran wieder die Oberhand gewinnen und die Hardliner um den iranischen Präsidenten Ahmadinedschad isolieren.

- Treten Sie ein für die Bildung einer Langzeit-Konferenz für Sicherheit und regionale Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten, die auch das Ziel verfolgt, dort – wie in der IAEO-Resolution vom 04.02.2006 hervorgehoben – eine atomwaffenfreie Zone zu errichten, die Israel einschließt. Unternehmen Sie dafür schon jetzt erste Schritte."

Hintergrund zum aktuellen russischen Kompromissvorschlag

1. Im Januar 2006 führen Irans Reformen, vor allem der ehemalige Staatspräsident Rafsandschani umfangreiche Gespräche mit der gesamten religiösen Führung, um den Revolutionsführer Ayatollah Khamenei und den gegenwärtigen Staatspräsidenten Ahmadinedschad für einen Kompromiss zu gewinnen.

2. Mitte Februar 2006 veröffentlichten iranische Medien Auszüge aus einer spektakulären Rede von Hassan Rouhani (Rafsandschanis Gefolgsmann und ehemaliger Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrates und Irans Verhandlungsführer mit den EU-Drei unter der Regierung Khatami). Darin erklärt Rouhani die bisherige Doppelstrategie des

Irans, nämlich die friedliche Nutzung der Nuklearenergie in Verbindung mit der Beherrschung des gesamten Brennstoffkreislaufs für gescheitert. „Wir müssen Geduld haben und zur Beendigung der Aussetzung (der Urananreicherung) andere günstigere Gelegenheiten abwarten. Und wenn wir uns damit abfinden wollen, müssen wir auch alle unsere Möglichkeiten dafür einsetzen und überlegt vorgehen, ohne uns unter Druck zu setzen.“ (zitiert nach Enghelabe Eslami Nr. 640 (6.-19. März, Paris))

3. Russland unterbreitet Iran Ende Februar einen neuen Vorschlag. Die iranischen und internationalen Medien berichten über intensive und zähe Verhandlungen.

4. Die iranische Reformzeitung Shargh berichtete am 05. März über ein aus 6 Paragraphen bestehendes Einigungsdokument zwischen Russland und Iran und zitierte Irans gegenwärtigen Verhandlungsführer Larijani, der nach Gesprächen mit El Baradei gerade nach Teheran zurückkehrte, u. a. mit folgenden Äußerungen: „Über das Recht Irans zur Urananreicherung gibt es keine Diskussion mehr. [...] Die Europäer wollten, dass wir auch die Urananreicherung zu Forschungszwecken im Zusammenhang mit dem russischen Vorschlag aussetzen, was wir aber nicht akzeptieren [...] Urananreicherung zu Forschungszwecken ist für uns nicht verhandelbar. [...] Der russische Vorschlag enthält Forderungen der IAEA und unsere Erwartungen.“

Kommentar: Larijani bestätigt indirekt jedoch eindeutig, dass Iran bereit ist, auf industrielle Urananreicherung auf eigenem Boden zu verzichten.

5. Am 07. März versucht Sergej Lawrow in Washington die US-Regierung für eine Zustimmung zum russischen Kompromissvorschlag zu gewinnen. Präsident Bush und Außenministerin Rice lehnen diesen Vorschlag rundweg ab. Lawrow erklärt noch am selben Tag zur Verblüffung der anwesenden Journalisten den russischen Vorschlag für „nicht existent“. Zeitgleich drohte Dick Cheney dem Iran trotz dessen unbestreitbarem Sinneswandel bei einer öffentlichen Veranstaltung, dass die „internationale Gemeinschaft auf bedeutungsvolle Konsequenzen vorbereitet“ sei. Stunden später erklärte der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad, dem Irans Reformler nach harten Auseinandersetzungen und mit erheblicher Mühe die Zustimmung zum russischen Vorschlag abgerungen hatten, diesen Vorschlag ebenfalls für „nicht existent“ und erwiderte Cheneys Drohung seinerseits mit dem Satz „Wer iranische Rechte zu verletzen versucht, der wird das bitter bereuen.“

Kommentar: Die Botschaft Irans ist im Umkehrschluss klar erkennbar: der russische Vorschlag steht noch auf der Agenda, sofern die USA ihre Zustimmung signalisieren.

*Bonn, 09. April 2006*

## **Englische Atomwaffen werden modernisiert**

### **Kooperation mit den Amerikanern mit der Entwicklung neuer Atomwaffen begonnen**

Nach Angaben der britischen Times hat die britische Regierung in Großbritannien zusammen mit den USA heimlich eine neue Generation von nuklearen Sprengköpfen entwickelt. Die britische Regierung wirbt dafür, dass wegen der neuen Bedrohung durch Terroristen das Atomwaffenarsenal erneuert werden müsse.

Der britische Verteidigungsminister John Reid hatte – ebenso wie Regierungschef

Blair - Ende des letzten Jahres noch versprochen, dass die Entscheidung, die alten Trident-Atomraketen zu ersetzen, nicht heimlich fallen werde (Nukleare Aufrüstung).

Offenbar aber hat man mit der Entwicklung der neuen nuklearen Sprengköpfe im Atomic Weapons Establishment in Aldermaston bereits begonnen. Politisch nach der "strategischen Partnerschaft" zwischen USA und Indien wieder ein ka-

tastrophales Signal für die Verhandlungen mit Iran und für die Verhinderung der Proliferation von Atomwaffen allgemein. Auch die Entdeckung, dass Großbritannien in den 60er Jahren heimlich Plutonium und andere Mittel heimlich nach Israel geliefert hat, das damit vermutlich sein Atomwaffenprogramm beschleunigen konnte, dürfte die Position des Westens weiter unglaublich machen.

Im letzten Jahr wurde auch bereits bekannt, dass das Pentagon, das schon lange auch für die Entwicklung neuer taktischer Atomwaffen zur Zerstörung unterirdischer Anlagen (Das Pentagon

will neuartige taktische Atombomben) wirbt und Atomwaffen auch unterhalb der Schwelle eines Atomkrieges einsetzen will, in der "Doctrine for Joint Nuclear Operations" den präventiven Einsatz von Atomwaffen plant. Die Notwendigkeit der Modernisierung der Atomwaffen wurde vom Pentagon immer wieder diskutiert (Arsenal neuer Atomwaffen). Dabei wurde auch überlegt, dass Tests neuer Atomwaffen wieder wirklich durchgeführt werden müssen und Computersimulationen nicht ausreichen.

<http://news.web-hh.de/index.php?newsfull=1&lid=23817>

## USA sind uneingeschränkt nuklear erstschlagsfähig

Ein vernichtender atomarer Erstschlag gegen Russland und China kann nach der Analyse von Keir A. Lieber und Daryl G. Press von den USA folgenlos durchgeführt werden: die nukleare Bewaffnung und Abwehr der Gegner wäre zu einer Vergeltung oder Abschreckung nicht mehr in der Lage aufgrund ihres mangelhaften bzw. unterentwickelten Zustands.

Damit ist erstmalig seit einem halben Jahrhundert ein erfolgreicher Atomkrieg

möglich geworden: das nukleare Patt der Zeit des kalten Krieges, das diese Möglichkeit ausgeschlossen hat, gehört der Vergangenheit an.

Der Council on Foreign Affairs, der diese Studie veröffentlichte, hat in der Vergangenheit die Leitlinien der US-Außenpolitik entwickelt und hierfür den Konsens innerhalb der amerikanischen politischen Elite hergestellt.

## The Rise of U.S. Nuclear Primacy

### Keir A. Lieber and Daryl G. Press

From *Foreign Affairs*, March/April 2006 / [www.foreignaffairs.org](http://www.foreignaffairs.org)

Summary: For four decades, relations among the major nuclear powers have been shaped by their common vulnerability, a condition known as mutual assured destruction. But with the U.S. arsenal growing rapidly while Russia's decays and China's stays small, the era of MAD is ending -- and the era of U.S. nuclear primacy has begun.

*Keir A. Lieber, the author of War and the Engineers: The Primacy of Politics Over Technology, is Assistant Professor of Political Science at the University of Notre Dame. Daryl G. Press, the author*

*of Calculating Credibility: How Leaders Assess Military Threats, is Associate Professor of Political Science at the University of Pennsylvania.*

#### PRESENT AT THE DESTRUCTION

For almost half a century, the world's most powerful nuclear states have been locked in a military stalemate known as mutual assured destruction (MAD). By the early 1960s, the nuclear arsenals of the United States and the Soviet Union had grown so large and sophisticated that neither country could entirely destroy the other's retaliatory force by

launching first, even with a surprise attack. Starting a nuclear war was therefore tantamount to committing suicide.

During the Cold War, many scholars and policy analysts believed that MAD made the world relatively stable and peaceful because it induced great caution in international politics, discouraged the use of nuclear threats to resolve disputes, and generally restrained the superpowers' behavior. (Revealingly, the last intense nuclear standoff, the 1962 Cuban missile crisis, occurred at the dawn of the era of MAD.) Because of the nuclear stalemate, the optimists argued, the era of intentional great-power wars had ended. Critics of MAD, however, argued that it prevented not great-power war but the rolling back of the power and influence of a dangerously expansionist and totalitarian Soviet Union. From that perspective, MAD prolonged the life of an evil empire.

This debate may now seem like ancient history, but it is actually more relevant than ever -- because the age of MAD is nearing an end. Today, for the first time in almost 50 years, the United States stands on the verge of attaining nuclear primacy. It will probably soon be possible for the United States to destroy the long-range nuclear arsenals of Russia or China with a first strike. This dramatic shift in the nuclear balance of power stems from a series of improvements in the United States' nuclear systems, the precipitous decline of Russia's arsenal, and the glacial pace of modernization of China's nuclear forces. Unless Washington's policies change or Moscow and Beijing take steps to increase the size and readiness of their forces, Russia and China -- and the rest of the world -- will live in the shadow of U.S. nuclear primacy for many years to come.

One's views on the implications of this change will depend on one's theoretical perspective. Hawks, who believe that the United States is a benevolent force in the world, will welcome the new nuclear era because they trust that U.S. dominance in both conventional and nuclear weapons will help deter aggression by other countries. For example, as U.S.

nuclear primacy grows, China's leaders may act more cautiously on issues such as Taiwan, realizing that their vulnerable nuclear forces will not deter U.S. intervention -- and that Chinese nuclear threats could invite a U.S. strike on Beijing's arsenal. But doves, who oppose using nuclear threats to coerce other states and fear an emboldened and unconstrained United States, will worry. Nuclear primacy might lure Washington into more aggressive behavior, they argue, especially when combined with U.S. dominance in so many other dimensions of national power. Finally, a third group -- owls, who worry about the possibility of inadvertent conflict -- will fret that U.S. nuclear primacy could prompt other nuclear powers to adopt strategic postures, such as by giving control of nuclear weapons to lower-level commanders, that would make an unauthorized nuclear strike more likely -- thereby creating what strategic theorists call "crisis instability."

#### ARSENAL OF A DEMOCRACY

For 50 years, the Pentagon's war planners have structured the U.S. nuclear arsenal according to the goal of deterring a nuclear attack on the United States and, if necessary, winning a nuclear war by launching a preemptive strike that would destroy an enemy's nuclear forces. For these purposes, the United States relies on a nuclear triad comprising strategic bombers, intercontinental ballistic missiles (ICBMs), and ballistic-missile-launching submarines (known as SSBNs). The triad reduces the odds that an enemy could destroy all U.S. nuclear forces in a single strike, even in a surprise attack, ensuring that the United States would be able to launch a devastating response. Such retaliation would only have to be able to destroy a large enough portion of the attacker's cities and industry to deter an attack in the first place. The same nuclear triad, however, could be used in an offensive attack against an adversary's nuclear forces. Stealth bombers might slip past enemy radar, submarines could fire their missiles from near the enemy's shore and so give the enemy's leaders

almost no time to respond, and highly accurate land-based missiles could destroy even hardened silos that have been reinforced against attack and other targets that require a direct hit. The ability to destroy all of an adversary's nuclear forces, eliminating the possibility of a retaliatory strike, is known as a first-strike capability, or nuclear primacy.

The United States derived immense strategic benefits from its nuclear primacy during the early years of the Cold War, in terms of both crisis-bargaining advantages vis-à-vis the Soviet Union (for example, in the case of Berlin in the late 1950s and early 1960s) and planning for war against the Red Army in Europe. If the Soviets had invaded Western Europe in the 1950s, the United States intended to win World War III by immediately launching a massive nuclear strike on the Soviet Union, its Eastern European clients, and its Chinese ally. These plans were not the concoctions of midlevel Pentagon bureaucrats; they were approved by the highest level of the U.S. government.

U.S. nuclear primacy waned in the early 1960s, as the Soviets developed the capability to carry out a retaliatory second strike. With this development came the onset of MAD. Washington abandoned its strategy of a preemptive nuclear strike, but for the remainder of the Cold War, it struggled to escape MAD and reestablish its nuclear dominance. It expanded its nuclear arsenal, continuously improved the accuracy and the lethality of its weapons aimed at Soviet nuclear arms, targeted Soviet command-and-control systems, invested in missile-defense shields, sent attack submarines to trail Soviet SSBNs, and built increasingly accurate multiwarhead land- and submarine-launched ballistic missiles as well as stealth bombers and stealthy nuclear-armed cruise missiles. Equally unhappy with MAD, the Soviet Union also built a massive arsenal in the hope of gaining nuclear superiority. Neither side came close to gaining a first-strike capability, but it would be a mistake to dismiss the arms race as entirely irra-

tional: both superpowers were well aware of the benefits of nuclear primacy, and neither was willing to risk falling behind.

Since the Cold War's end, the U.S. nuclear arsenal has significantly improved. The United States has replaced the ballistic missiles on its submarines with the substantially more accurate Trident II D-5 missiles, many of which carry new, larger-yield warheads. The U.S. Navy has shifted a greater proportion of its SSBNs to the Pacific so that they can patrol near the Chinese coast or in the blind spot of Russia's early warning radar network. The U.S. Air Force has finished equipping its B-52 bombers with nuclear-armed cruise missiles, which are probably invisible to Russian and Chinese air-defense radar. And the air force has also enhanced the avionics on its B-2 stealth bombers to permit them to fly at extremely low altitudes in order to avoid even the most sophisticated radar. Finally, although the air force finished dismantling its highly lethal MX missiles in 2005 to comply with arms control agreements, it is significantly improving its remaining ICBMs by installing the MX's high-yield warheads and advanced reentry vehicles on Minuteman ICBMs, and it has upgraded the Minuteman's guidance systems to match the MX's accuracy.

#### IMBALANCE OF TERROR

Even as the United States' nuclear forces have grown stronger since the end of the Cold War, Russia's strategic nuclear arsenal has sharply deteriorated. Russia has 39 percent fewer long-range bombers, 58 percent fewer ICBMs, and 80 percent fewer SSBNs than the Soviet Union fielded during its last days. The true extent of the Russian arsenal's decay, however, is much greater than these cuts suggest. What nuclear forces Russia retains are hardly ready for use. Russia's strategic bombers, now located at only two bases and thus vulnerable to a surprise attack, rarely conduct training exercises, and their warheads are stored off-base. Over 80 percent of Russia's silo-based ICBMs have exceeded their original service

lives, and plans to replace them with new missiles have been stymied by failed tests and low rates of production. Russia's mobile ICBMs rarely patrol, and although they could fire their missiles from inside their bases if given sufficient warning of an attack, it appears unlikely that they would have the time to do so.

The third leg of Russia's nuclear triad has weakened the most. Since 2000, Russia's SSBNs have conducted approximately two patrols per year, down from 60 in 1990. (By contrast, the U.S. SSBN patrol rate today is about 40 per year.) Most of the time, all nine of Russia's ballistic missile submarines are sitting in port, where they make easy targets. Moreover, submarines require well-trained crews to be effective. Operating a ballistic missile submarine -- and silently coordinating its operations with surface ships and attack submarines to evade an enemy's forces -- is not simple. Without frequent patrols, the skills of Russian submariners, like the submarines themselves, are decaying. Revealingly, a 2004 test (attended by President Vladimir Putin) of several submarine-launched ballistic missiles was a total fiasco: all either failed to launch or veered off course. The fact that there were similar failures in the summer and fall of 2005 completes this unflattering picture of Russia's nuclear forces.

Compounding these problems, Russia's early warning system is a mess. Neither Soviet nor Russian satellites have ever been capable of reliably detecting missiles launched from U.S. submarines. (In a recent public statement, a top Russian general described his country's early warning satellite constellation as "hopelessly outdated.") Russian commanders instead rely on ground-based radar systems to detect incoming warheads from submarine-launched missiles. But the radar network has a gaping hole in its coverage that lies to the east of the country, toward the Pacific Ocean. If U.S. submarines were to fire missiles from areas in the Pacific, Russian leaders probably would not know of the attack until the warheads detonated. Russia's radar coverage of some areas

in the North Atlantic is also spotty, providing only a few minutes of warning before the impact of submarine-launched warheads.

Moscow could try to reduce its vulnerability by finding the money to keep its submarines and mobile missiles dispersed. But that would be only a short-term fix. Russia has already extended the service life of its aging mobile ICBMs, something that it cannot do indefinitely, and its efforts to deploy new strategic weapons continue to flounder. The Russian navy's plan to launch a new class of ballistic missile submarines has fallen far behind schedule. It is now highly likely that not a single new submarine will be operational before 2008, and it is likely that none will be deployed until later.

Even as Russia's nuclear forces deteriorate, the United States is improving its ability to track submarines and mobile missiles, further eroding Russian military leaders' confidence in Russia's nuclear deterrent. (As early as 1998, these leaders publicly expressed doubts about the ability of Russia's ballistic missile submarines to evade U.S. detection.) Moreover, Moscow has announced plans to reduce its land-based ICBM force by another 35 percent by 2010; outside experts predict that the actual cuts will slice 50 to 75 percent off the current force, possibly leaving Russia with as few as 150 ICBMs by the end of the decade, down from its 1990 level of almost 1,300 missiles. The more Russia's nuclear arsenal shrinks, the easier it will become for the United States to carry out a first strike.

To determine how much the nuclear balance has changed since the Cold War, we ran a computer model of a hypothetical U.S. attack on Russia's nuclear arsenal using the standard unclassified formulas that defense analysts have used for decades. We assigned U.S. nuclear warheads to Russian targets on the basis of two criteria: the most accurate weapons were aimed at the hardest targets, and the fastest-arriving weapons at the Russian forces that can react most quickly. Because

Russia is essentially blind to a submarine attack from the Pacific and would have great difficulty detecting the approach of low-flying stealthy nuclear-armed cruise missiles, we targeted each Russian weapon system with at least one submarine-based warhead or cruise missile. An attack organized in this manner would give Russian leaders virtually no warning.

This simple plan is presumably less effective than Washington's actual strategy, which the U.S. government has spent decades perfecting. The real U.S. war plan may call for first targeting Russia's command and control, sabotaging Russia's radar stations, or taking other preemptive measures -- all of which would make the actual U.S. force far more lethal than our model assumes.

According to our model, such a simplified surprise attack would have a good chance of destroying every Russian bomber base, submarine, and ICBM. [See Footnote #1] This finding is not based on best-case assumptions or an unrealistic scenario in which U.S. missiles perform perfectly and the warheads hit their targets without fail. Rather, we used standard assumptions to estimate the likely inaccuracy and unreliability of U.S. weapons systems. Moreover, our model indicates that all of Russia's strategic nuclear arsenal would still be destroyed even if U.S. weapons were 20 percent less accurate than we assumed, or if U.S. weapons were only 70 percent reliable, or if Russian ICBM silos were 50 percent "harder" (more reinforced, and hence more resistant to attack) than we expected. (Of course, the unclassified estimates we used may understate the capabilities of U.S. forces, making an attack even more likely to succeed.)

To be clear, this does not mean that a first strike by the United States would be guaranteed to work in reality; such an attack would entail many uncertainties. Nor, of course, does it mean that such a first strike is likely. But what our analysis suggests is profound: Russia's leaders can no longer count on a survivable nuclear deterrent. And unless they

reverse course rapidly, Russia's vulnerability will only increase over time.

China's nuclear arsenal is even more vulnerable to a U.S. attack. A U.S. first strike could succeed whether it was launched as a surprise or in the midst of a crisis during a Chinese alert. China has a limited strategic nuclear arsenal. The People's Liberation Army currently possesses no modern SSBNs or long-range bombers. Its naval arm used to have two ballistic missile submarines, but one sank, and the other, which had such poor capabilities that it never left Chinese waters, is no longer operational. China's medium-range bomber force is similarly unimpressive: the bombers are obsolete and vulnerable to attack. According to unclassified U.S. government assessments, China's entire intercontinental nuclear arsenal consists of 18 stationary single-warhead ICBMs. These are not ready to launch on warning: their warheads are kept in storage and the missiles themselves are unfueled. (China's ICBMs use liquid fuel, which corrodes the missiles after 24 hours. Fueling them is estimated to take two hours.) The lack of an advanced early warning system adds to the vulnerability of the ICBMs. It appears that China would have no warning at all of a U.S. submarine-launched missile attack or a strike using hundreds of stealthy nuclear-armed cruise missiles.

Many sources claim that China is attempting to reduce the vulnerability of its ICBMs by building decoy silos. But decoys cannot provide a firm basis for deterrence. It would take close to a thousand fake silos to make a U.S. first strike on China as difficult as an attack on Russia, and no available information on China's nuclear forces suggests the existence of massive fields of decoys. And even if China built them, its commanders would always wonder whether U.S. sensors could distinguish real silos from fake ones.

Despite much talk about China's military modernization, the odds that Beijing will acquire a survivable nuclear deterrent in the next decade are slim. China's modernization efforts have focused on con-

ventional forces, and the country's progress on nuclear modernization has accordingly been slow. Since the mid-1980s, China has been trying to develop a new missile for its future ballistic missile submarine as well as mobile ICBMs (the DF-31 and longer-range DF-31A) to replace its current ICBM force. The U.S. Defense Department predicts that China may deploy DF-31s in a few years, although the forecast should be treated skeptically: U.S. intelligence has been announcing the missile's imminent deployment for decades.

Even when they are eventually fielded, the DF-31s are unlikely to significantly reduce China's vulnerability. The missiles' limited range, estimated to be only 8,000 kilometers (4,970 miles), greatly restricts the area in which they can be hidden, reducing the difficulty of searching for them. The DF-31s could hit the contiguous United States only if they were deployed in China's far northeastern corner, principally in Heilongjiang Province, near the Russian-North Korean border. But Heilongjiang is mountainous, and so the missiles might be deployable only along a few hundred kilometers of good road or in a small plain in the center of the province. Such restrictions increase the missiles' vulnerability and raise questions about whether they are even intended to target the U.S. homeland or whether they will be aimed at targets in Russia and Asia.

Given the history of China's slow-motion nuclear modernization, it is doubtful that a Chinese second-strike force will materialize anytime soon. The United States has a first-strike capability against China today and should be able to maintain it for a decade or more.

#### INTELLIGENT DESIGN?

Is the United States intentionally pursuing nuclear primacy? Or is primacy an unintended byproduct of intra-Pentagon competition for budget share or of programs designed to counter new threats from terrorists and so-called rogue states? Motivations are always hard to pin down, but the weight of the evi-

dence suggests that Washington is, in fact, deliberately seeking nuclear primacy. For one thing, U.S. leaders have always aspired to this goal. And the nature of the changes to the current arsenal and official rhetoric and policies support this conclusion.

The improvements to the U.S. nuclear arsenal offer evidence that the United States is actively seeking primacy. The navy, for example, is upgrading the fuse on the W-76 nuclear warhead, which sits atop most U.S. submarine-launched missiles. Currently, the warheads can be detonated only as air bursts well above ground, but the new fuse will also permit ground bursts (detonations at or very near ground level), which are ideal for attacking very hard targets such as ICBM silos. Another navy research program seeks to improve dramatically the accuracy of its submarine-launched missiles (already among the most accurate in the world). Even if these efforts fall short of their goals, any refinement in accuracy combined with the ground-burst fuses will multiply the missiles' lethality. Such improvements only make sense if the missiles are meant to destroy a large number of hard targets. And given that B-2s are already very stealthy aircraft, it is difficult to see how the air force could justify the increased risk of crashing them into the ground by having them fly at very low altitudes in order to avoid radar detection -- unless their mission is to penetrate a highly sophisticated air defense network such as Russia's or, perhaps in the future, China's.

During the Cold War, one explanation for the development of the nuclear arms race was that the rival military services' competition for budget share drove them to build ever more nuclear weapons. But the United States today is not achieving primacy by buying big-ticket platforms such as new SSBNs, bombers, or ICBMs. Current modernization programs involve incremental improvements to existing systems. The recycling of warheads and reentry vehicles from the air force's retired MX missiles (there are even reports that extra MX war-

heads may be put on navy submarine-launched missiles) is the sort of efficient use of resources that does not fit a theory based on parochial competition for increased funding. Rather than reflect organizational resource battles, these steps look like a coordinated set of programs to enhance the United States' nuclear first-strike capabilities.

Some may wonder whether U.S. nuclear modernization efforts are actually designed with terrorists or rogue states in mind. Given the United States' ongoing war on terror, and the continuing U.S. interest in destroying deeply buried bunkers (reflected in the Bush administration's efforts to develop new nuclear weapons to destroy underground targets), one might assume that the W-76 upgrades are designed to be used against targets such as rogue states' arsenals of weapons of mass destruction or terrorists holed up in caves. But this explanation does not add up. The United States already has more than a thousand nuclear warheads capable of attacking bunkers or caves. If the United States' nuclear modernization were really aimed at rogue states or terrorists, the country's nuclear force would not need the additional thousand ground-burst warheads it will gain from the W-76 modernization program. The current and future U.S. nuclear force, in other words, seems designed to carry out a preemptive disarming strike against Russia or China.

The intentional pursuit of nuclear primacy is, moreover, entirely consistent with the United States' declared policy of expanding its global dominance. The Bush administration's 2002 National Security Strategy explicitly states that the United States aims to establish military primacy: "Our forces will be strong enough to dissuade potential adversaries from pursuing a military build-up in hopes of surpassing, or equaling, the power of the United States." To this end, the United States is openly seeking primacy in every dimension of modern military technology, both in its conventional arsenal and in its nuclear forces.

Washington's pursuit of nuclear primacy helps explain its missile-defense strategy, for example. Critics of missile defense argue that a national missile shield, such as the prototype the United States has deployed in Alaska and California, would be easily overwhelmed by a cloud of warheads and decoys launched by Russia or China. They are right: even a multilayered system with land-, air-, sea-, and space-based elements, is highly unlikely to protect the United States from a major nuclear attack. But they are wrong to conclude that such a missile-defense system is therefore worthless -- as are the supporters of missile defense who argue that, for similar reasons, such a system could be of concern only to rogue states and terrorists and not to other major nuclear powers.

What both of these camps overlook is that the sort of missile defenses that the United States might plausibly deploy would be valuable primarily in an offensive context, not a defensive one -- as an adjunct to a U.S. first-strike capability, not as a standalone shield. If the United States launched a nuclear attack against Russia (or China), the targeted country would be left with a tiny surviving arsenal -- if any at all. At that point, even a relatively modest or inefficient missile-defense system might well be enough to protect against any retaliatory strikes, because the devastated enemy would have so few warheads and decoys left.

During the Cold War, Washington relied on its nuclear arsenal not only to deter nuclear strikes by its enemies but also to deter the Warsaw Pact from exploiting its conventional military superiority to attack Western Europe. It was primarily this latter mission that made Washington rule out promises of "no first use" of nuclear weapons. Now that such a mission is obsolete and the United States is beginning to regain nuclear primacy, however, Washington's continued refusal to eschew a first strike and the country's development of a limited missile-defense capability take on a new, and possibly more menacing, look.

The most logical conclusions to make are that a nuclear-war-fighting capability remains a key component of the United States' military doctrine and that nuclear primacy remains a goal of the United States.

#### STOP WORRYING AND LOVE THE BOMB?

During the Cold War, MAD rendered the debate about the wisdom of nuclear primacy little more than a theoretical exercise. Now that MAD and the awkward equilibrium it maintained are about to be upset, the argument has become deadly serious. Hawks will undoubtedly see the advent of U.S. nuclear primacy as a positive development. For them, MAD was regrettable because it left the United States vulnerable to nuclear attack. With the passing of MAD, they argue, Washington will have what strategists refer to as "escalation dominance" -- the ability to win a war at any level of violence -- and will thus be better positioned to check the ambitions of dangerous states such as China, North Korea, and Iran. Doves, on the other hand, are fearful of a world in which the United States feels free to threaten -- and perhaps even use -- force in pursuit of its foreign policy goals. In their view, nuclear weapons can produce peace and stability only when all nuclear powers are equally vulnerable. Owls worry that nuclear primacy will cause destabilizing reactions on the part of other governments regardless of the United States' intentions. They assume that Russia and China will work furiously to reduce their

vulnerability by building more missiles, submarines, and bombers; putting more warheads on each weapon; keeping their nuclear forces on higher peacetime levels of alert; and adopting hair-trigger retaliatory policies. If Russia and China take these steps, owls argue, the risk of accidental, unauthorized, or even intentional nuclear war -- especially during moments of crisis -- may climb to levels not seen for decades.

Ultimately, the wisdom of pursuing nuclear primacy must be evaluated in the context of the United States' foreign policy goals. The United States is now seeking to maintain its global preeminence, which the Bush administration defines as the ability to stave off the emergence of a peer competitor and prevent weaker countries from being able to challenge the United States in critical regions such as the Persian Gulf. If Washington continues to believe such preeminence is necessary for its security, then the benefits of nuclear primacy might exceed the risks. But if the United States adopts a more restrained foreign policy -- for example, one premised on greater skepticism of the wisdom of forcibly exporting democracy, launching military strikes to prevent the proliferation of weapons of mass destruction, and aggressively checking rising challengers -- then the benefits of nuclear primacy will be trumped by the dangers

## Das gefährliche Spiel der amerikanischen Nuklearwissenschaftler

**(Originaltitel: "Nuclear punditry can be a dangerous game")  
Der ehemalige russische Premier Yegor Gaidar zur Gefährlichkeit der Analyse des amerikanischen Council on Foreign Relations über die vorbehaltlose Erstschlagsfähigkeit der USA und ihre Konsequenzen**

In an article in the latest issue of Foreign Affairs, the US-based journal, Keir Lieber of the University of Notre Dame and Daryl Press of the University of Pennsylvania lay out results of calculations according to a model they have

developed. They show that the US has developed nuclear capacity sufficient to launch a strike guaranteed to wipe out Russia and China, without the risk of suffering a return strike.

They also provide a detailed explanation for Russian and Chinese leaders of the purpose of America's anti-missile defence system. The system is not about preventing the threat of attack from "rogue" nations, they argue, but rather, about enabling the US dramatically to reduce the risk of a nuclear counter-strike by Russia and China after a nuclear attack by the US.

America is a free country and what these two authors wrote in their article, entitled "The Rise of US Nuclear Primacy", is their business. The trouble is, when addressing such a delicate issue, it would be good to understand the responsibilities that go with it.

I am a professional economist who once headed the government of a nuclear state, and I have some expertise both in models and nuclear weaponry. When I read passages about how US cruise missiles launched from B-52s would "probably" be invisible to Russian air-defence systems, I am struck by the word "probably". My question is: if the authors' guess about the invisibility of these weapons turns out to be wrong, to whom do they plan to explain the reasons for their mistake?

The world came closest to nuclear war in 1962, in the Cuban missile crisis. At the time, dramatic events were occurring within 60 miles of the US coast. US military planning was based on the assumption there were no Soviet tactical nuclear weapons on the island, as supported by data from the CIA and US military intelligence. Just a reminder: these events took place in a country nearly 155 times smaller than modern-day Russia. Acting on its hypothesis, the US drew up plans for bombing and invading Cuba. Only 27 years later was it discovered that, at the time, more than 100 Soviet tactical nuclear charges were already in Cuba. Anyone who knows their cold war history might envy the authors' confidence in their complete understanding of how the potential enemy organises its nuclear forces and control systems. Once again, the authors enjoy an indisputable advantage –

if proved wrong, no one would be left to tell them.

All this could be labelled as mind games, if not for the critical international consequences. There are plenty of Russians who have a similar global vision and believe that the US is preparing its capability for a nuclear strike against Russia. However, the publication of such ideas in a reputable US journal has had an explosive effect. Even Russian journalists and analysts not inclined to hysteria or anti-Americanism have viewed the article as an expression of the US official stance. As China is more closed, it is harder to gauge the authorities' reaction, although I fear it may be similar.

Since Soviet times, I have disliked the word "provocation". But if someone had wanted to provoke Russia and China into close co-operation over missile and nuclear technologies, it would have been difficult to find a more skilful and elegant way of doing so. Soviet military planning rested on the concept of the "return-counterstrike". That meant if a threat from an enemy arose, a Soviet nuclear strike would follow. The chances of a comeback for this doctrine are stronger now – which will hardly help strengthen global security.

Over the past few years, I and many colleagues have fought for Russia to maintain a sound economic policy amid high oil prices. Russia's Stabilisation Fund, into which windfall oil taxation revenues have been paid, constituted one element of that struggle. Now I fear the battle is lost. It is not hard to guess where the resources from this fund will now be directed.

The world is confronting a serious challenge associated with Iran's nuclear programme. The united stance of the US, Europe, Russia and China is a key prerequisite if we are to deal with this challenge. In the circumstances, mutual suspicion of nuclear strike preparations form the worst backdrop for such co-operation. Were I an Iranian leader, I would have paid a handsome fee for such an article.

When you are provoked, it is important to keep cool and look at who is trying to get you to lose your temper. Let us hope that Russian and Chinese leaders will have enough common sense to understand this.

The writer, former prime minister of the Russian Federation, is director of the Institute for the Economy in Transition

Quelle:

<http://news.ft.com/cms/s/5beab630-be83-11da-b10f-0000779e2340.html>

## Weitere deutsche Nuklearwaffenträger für Israel?

### - Die Dolphin-U-Boote

Auszüge aus: Otfried Nassauer & Christopher Steinmetz / Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit (BITS)

Deutschland wird Israel zwei weitere Dolphin-U-Boote liefern, diesmal mit dem neuartigen außenluft-unabhängigen Brennstoffzellen-Antrieb. Dies meldeten am Wochenende „Der Spiegel“ und „Focus“. Der Vertrag über die zusätzlichen Boote soll am Montag, also einen Tag vor der Wahl einer neuen Kanzlerin auf Staatssekretärebene (BMVg und AA) unterzeichnet werden. Die Zustimmung des Bundessicherheitsrates liegt vor. Auch Außenminister Fischer habe der Lieferung zugestimmt. Das Geschäft sei mit der künftigen Kanzlerin, Angela Merkel und ihrem designierten Verteidigungsminister, Franz Josef Jung, abgestimmt.

Mit einer Milliarde Euro werden die beiden zusätzlichen U-Boote mehr als doppelt so teuer kalkuliert wie jene, die Israel 1999 und 2000 erhielt. Ein Drittel, bis zu 330 Millionen Euro, sollen nicht aus dem Einzelplan 14 des deutschen Verteidigungsministeriums getragen werden, sondern aus dem Einzelplan 60 des Finanzministeriums. Durch das Geschäft erhält das Verteidigungsministerium die Möglichkeit, das geplante, zweite Los des U-Boot-Typs U-212 für die Bundesmarine zu verschieben, weil die Bauwerft – HDW-Kiel – nun länger ausgelastet sein wird. Israel will die restlichen zwei Drittel beisteuern – zu einem großen Teil durch Zulieferungen an die Bundeswehr. So wird das Hauptproblem Jerusalems umgangen, die Verfügbarkeit frei konvertierbarer Währungen. [Hinweis 1]

Israel bemüht sich seit etwa drei Jahren intensiv um zusätzliche U-Boote vom

Typ Dolphin. Lange war dieses Bemühen aber an der Finanzierungsfrage gescheitert. Deutschland war ursprünglich nicht bereit, erneut Mittel aus dem Verteidigungshaushalt bereit zu stellen (s.u.).

Aus Jerusalemer Sicht wäre es vorteilhaft, im oder am Roten Meer eine zweite U-Boot-Flottille für Operationen in der Arabischen See und im Indischen Ozean aufbauen zu können. Regelmäßige Patrouillen in diesen Seegebieten würden Israel neue militärische Optionen gegenüber jenen Staaten eröffnen, die Israel für besonders bedrohlich hält: Die Nuklearmacht Pakistan, Saudi-Arabien und vor allem den Iran, der nach israelischer Auffassung nach Atomwaffen strebt. Etliche Indizien (s.u.) deuten darauf hin, dass Israel die U-Boote der Dolphin-Klasse als Träger für weitreichende Flugkörper und als seegestützten Teil der israelischen Nuklearabschreckung einsetzen will oder bereits einsetzt.

Aus deutscher Sicht machen vor allem drei Aspekte das neuerliche U-Bootgeschäft politisch brisant und fragwürdig:

- Schon der Anschein, dass Deutschland dazu beiträgt Israels Nuklearpotential zu modernisieren oder aufrechtzuerhalten, schädigt die Glaubwürdigkeit der deutschen nuklearen Nichtverbreitungspolitik. Deutschlands politische Unterstützung einer atom- oder massenvernichtungswaffenfreien Zone im Nahen und Mittleren Osten kann kaum glaubwürdig sein, wenn der Eindruck entsteht,

dies halte man erst in ferner Zukunft für eine Option.

- Deutschlands Vermittlerrolle im Streit um das iranische Atomprogramm verliert ebenfalls deutlich an Glaubwürdigkeit. Wie soll Berlin ein „neutraler“ Vermittler sein, wenn es zugleich Israel hilft, sein Nuklearpotential zu modernisieren.
- Schleusen öffnet das Geschäft in der deutschen Rüstungsexportpolitik. Um die U-Boote zu liefern bedarf es auch der Genehmigung für den Export vieler Hi-Tech- und Rüstungskomponenten. Dies führt zu Präzedenzfällen, auf die sich künftig Firmen, die ähnliche Technologien und Komponenten exportieren wollen, berufen können und werden.

(...)

### **Nuklearwaffenträger oder nicht?**

Am 12.10.2003 berichtet die Los Angeles Times, Israel sei es nunmehr gelungen, die Dolphin-U-Boote mit nuklear bestückten Sub-Harpoon-Flugkörpern zu bestücken, für die in den letzten Jahren ein Atomsprengkopf, eine Lenkeinrichtung für Schiff-Land-Einsätze und weitere Komponenten von der israelischen Rüstungsindustrie entwickelt worden sei. Israel verfüge nunmehr über eine seegestützte, und damit kaum noch verwundbare nukleare Abschreckungsfähigkeit. Dies hätten zwei ungenannte Quellen aus Kreisen der US-Administration sowie unabhängig davon eine israelische Quelle bestätigt. Die Intention der Informanten sei es gewesen, Israel durch die Veröffentlichung zu schützen.

Gerüchte, dass Israel die in Deutschland gebauten Dolphin-U-Boote zu Nuklearwaffenträgern umrüsten wolle, gab es schon früh. Zunächst tauchten sie als unbewiesene Behauptungen auf, später konkretisierten sie sich. Im Jahre 2000 berichteten sowohl die Washington Post als auch die Sunday Times, Israel beabsichtige nukleare Sub-Harpoon-Raketen an Bord der Boote zu stationieren.[ 6 ]

Doch während kaum Zweifel daran bestehen können, dass Israel eine seegestützte nukleare Abschreckung aufbaut, ist Vorsicht angebracht, wenn es um Meldungen geht, dass diese aus nuklear-bestückten Sub-Harpoon-Raketen besteht. Diese Raketen tragen in ihrer konventionellen Version einen 227kg schweren Sprengkopf über eine Entfernung von ca. 130 Kilometer. Nukleare Sprengköpfe sind meist schwerer als konventionelle. Selbst wenn es Israel gelungen sein sollte, einen sehr, sehr leichten atomaren Sprengkopf für diesen Flugkörper zu entwickeln[ 7 ] und selbst wenn es gelungen sein sollte, dessen Reichweite deutlich zu steigern, so wäre dies im Blick auf die strategischen Interessen Israels doch höchstens eine unbefriedigende Interimslösung. Sie hätte zudem viel Geld gekostet, denn die Entwicklung eines neuen Atomsprengkopfes ist teuer, genauso wie die Umrüstung des Flugkörpers.

Zur Verdeutlichung: Selbst mit einer Harpoon-Rakete, die mit 250km rund doppelt soweit fliegt wie ihr konventionelles Gegenstück könnte Israel nur einige wenige für seine Nuklearabschreckung wichtige Ziele abdecken. Diese liegen nämlich oft nicht in Küstennähe, sondern tief im Inneren anderer Staaten. Zudem: Selbst küstennahe Ziele im Iran, in Saudi-Arabien oder gar in Pakistan könnten mit einer Rakete dieser Reichweite nur angegriffen werden, wenn die U-Boote zunächst durch den Suez-Kanal, die Straße von Gibraltar oder die Dardanellen aus dem Mittelmeer nahe genug an die Küsten des Ziellandes verlegt worden wären. Von ihrem normalen Operationsraum im Mittelmeer aus könnten mit Flugkörpern dieser Art nur relativ wenige interessante Ziele erreicht werden. Ein Angriff auf diese wäre darüber hinaus oft zugleich mit dem Risiko behaftet, dass der nukleare Fallout vor den Grenzen Israels nicht halt macht.

Ähnliche Argumente sprechen auch gegen eine weitere Flugkörper-Variante, die in der Berichterstattung zur Bewaffnung der Dolphin-U-Boote Erwähnung fand: Die Ausstattung der U-Boote mit

sogenannten "Turbo-Popeye" Raketen mit 200-350 km Reichweite.[ 8 ]

Israels strategische Interessen an einer seegestützten nuklearen Abschreckungsfähigkeit geben die Notwendigkeit zu weit größeren Fähigkeiten, zu einer größeren Reichweite der Flugkörper vor. Diese müsste bei mindestens knapp 1.000 oder sogar bei 1.500 und mehr Kilometer liegen, wollte Israel die wichtigsten Ziele seiner potentiellen Gegner in Ländern wie dem Iran, Saudi-Arabien oder gar Pakistan unter Risiko halten.

Dies machte schon der erste Versuch Israels an geeignete nuklearfähige Trägersysteme zu kommen deutlich. Israel fragte in den USA an, ob Washington bereit sei, 50 Marschflugkörpern vom Typ Tomahawk zu liefern. Deren nukleare Variante hat eine Reichweite von 2.500 Kilometern. Die USA aber waren zu einer solchen Lieferung nicht bereit.[ 9 ]

Seither gibt es immer wieder Meldungen, dass Israel einen eigenen Flugkörper größerer Reichweite entwickle. Über Existenz und Fortschritte eines solchen Programms gibt es kaum verlässliche Nachrichten: Vor Sri Lanka sollen im Mai 2000 Tests mit Flugkörpern größerer Reichweite (1500km) durchgeführt worden sein.[ 10 ] Darauf angesprochen, antwortete Eli Marum, Operationschef der israelischen Marine, mit einer Gegenfrage: "Sie wissen, wer unsere Nachbarn sind. Glauben Sie, dass wir Langstreckenraketen testen sollten?"[ 11 ]

Flugkörper größerer Reichweite könnten auch den eigentlichen Zweck der vier zusätzlichen Torpedorohre mit 650 mm Durchmesser erklären.[ 12 ] Je größer der Durchmesser eines Flugkörpers, desto mehr Treibstoff kann in einem Flugkörper begrenzter Länge untergebracht werden. Die nuklearfähigen Flugkörper zum Abschuss aus diesen Rohren könnte Israel sowohl weitgehend eigenständig als auch mit diskreter Hilfe anderer Staaten entwickeln oder entwickelt haben. Ihre Einrüstung könnte Teil der Umrüstarbeiten sein, die Israel an

allen aus Deutschland gelieferten Dolphin-U-Booten vornimmt.

Aus israelischer Sicht stellt eine seegestützte nukleare Abschreckung ein strategisches Element dar, das sich auch gegen weiter entfernte potentielle Gegner richtet. Schon am 1. Dezember 1990 hatte der ehemalige Kommandeur der israelischen Marine, GenMaj. Avraham Botzer in der Fernsehsendung "A New Evening" (1. Programm) gesagt: "Diese U-Boote müssen Mittel des Staates Israel sein. (..) Überall auf der Welt dienen U-Boote als Teil des Abschreckungssystems gegen nicht-konventionelle Kriegführung. (...) Sie sind ein Weg, um zu garantieren, dass der Feind sich nicht herausgelockt fühlt, präemptiv mit nicht-konventionellen Waffen zuzuschlagen und doch ungestraft davonzukommen.[ 13 ]

### **Prävention**

Einen Tag vor der Veröffentlichung der Los Angeles Times, am 11.10.03 meldete der Spiegel vorab, Israels Regierung habe den Mossad beauftragt, operative Planungen zu entwickeln, um die iranischen Nuklearanlagen vollständig durch einen militärischen Präventivschlag auszuschalten.[ 14 ] In israelischen Sicherheitskreisen halte man eine solche Operation für realisierbar. Stehen diese Meldungen in einem Zusammenhang? Ja und Nein.

Israel hat als einziger Staat der Erde in der Vergangenheit außerhalb eines Krieges einen solchen militärischen Präventivschlag durchgeführt. Im Juni 1981 zerstörten israelische Kampfflugzeuge den irakischen Reaktor Osirak. Nur mit Hilfe der USA konnte Israel eine scharfe Verurteilung seines völkerrechtswidrigen Vorgehens im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen abwenden - Washington machte von seinem Vetorecht Gebrauch. Einige Quellen berichten, daß Israel etwa zur gleichen Zeit auch daran gedacht habe, die pakistanischen Nuklearanlagen präventiv zu zerstören[ 15 ], aber seitens Indiens die erforderlichen Land- und Überflugrechte nicht erhalten zu haben.

Die damalige politische Konstellation in Washington unter Ronald Reagan ähnelte bzgl. der Israelpolitik der heutigen. Die Regierung Sharon dürfte sich ziemlich sicher sein, dass Washington eine Verurteilung Israels im Sicherheitsrat erneut verhindern würde, zumal Washington selbst mittlerweile präventive Angriffe dieser Art nicht mehr ausschließt, sondern offen als Teil der nationalen Sicherheitsstrategie ausweist. Dieses Wissen wiederum könnte in der Regierung Sharon jene stärken, die bereit sind, einen solchen Angriff nicht nur zu planen, sondern auch durchzuführen. Israel hat wiederholt deutlich gemacht, dass es die Nuklearprogramme seiner arabischen Nachbarn nicht bereit sei zu dulden (Begin-Doktrin).

Entsprechend deutlich sind die aktuellen Reaktionen aus dem Iran, die Israel vor einer "Dummheit" warnen und entschiedene Gegenwehr - so z.B. Angriffe auf die israelische Nuklearanlage Dimona - ankündigen. Angesichts dieser angespannten Lage könnte die Indiskretion der amerikanischen Regierungsmitarbeiter in der Los Angeles Times in der Tat darauf zielen, beide Seiten rasch vor einem zu unvorsichtigen Vorgehen zu warnen.

(...)

Der ganze Beitrag unter <http://www.bits.de/public/stichwort/dolphin3.htm>

**Weitere Informationen zum Thema unter [www.hh-online.net/iran](http://www.hh-online.net/iran)**